

PROTOKOLL

über die 36. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 3. Juli 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höllner

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. Hofrat SR Dr. Ger-

hard Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Kurt Apfelthaler

GR Mag. Stephan Keiler LL.M.

GR Dr. Helmut Zöttl

PROTOKOLLFÜHRER:

Schwingshackl Thomas

Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) Fin-122/06	Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG; Haftung der Stadt.	371
2) Fin-108/98	Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH; Haftung der Stadt	371
3) Gem-106/06	Global-Personalleasing GmbH, 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15; Abschrei- bung offener Forderungen.	372
4) ÖAG-13/08	Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Lingtos Holding GesmbH. über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut; NKE Austria GmbH; Gewährung einer Wirtschafts- förderung.	373
5) Fin-120/07	Rechnungsabschluss 2007.	375
6) Präs-406/08	Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Herrn LH-Stv. DI Erich Haider.	390
7) Präs-472/08	Verleihung der Prof. Anton-Neumann- Medaille der Stadt Steyr an Herrn Intendant Kons. Karl-Michael Ebner.	397
8) Präs-473/08	Verleihung der Prof. Anton-Neumann- Medaille der Stadt Steyr an Herrn OSR Siegfried Huber.	397
9) Präs-474/08	Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Rudolf Wally.	398
10) Präs-486/08	Antrag des Bürgerforums und Herrn GR Hack betreffend Prof. Karl Mostböck; Verleihung der Ehrenbürgerwürde.	406
11) Präs-487/08	Antrag des Bürgerforums, der Grünen und der ÖVP-Fraktion an den Gemeinderat betreffend Erweiterung des bestehenden Ausschusses für Schule und Sport um das Gebiet „Liegenschaften“.	414

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
12) Kdg-5/07	Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung.	416
13) Fin-141/08	APT; Jahresabschluss 2007.	423
14) Fin-142/08	APM; Jahresabschluss 2007.	423
15) Präs-482/08	Antrag der Grünen betreffend Um- setzung und Gültigkeit der Eltern- beitragsverordnung 2008 für Krabbel- stuben.	424
16) GHJ2-39/08	Sanierung Bodenbelag im Gangbereich, Rathaus; Stadtplatz 27.	427
17) GHJ2-27/08	Hauptschule Tabor – Heizkesseltausch.	427
18) K-33/99	Neugestaltung Stadtmuseum Steyr; Konzept „spurwien“; weitere Planungen.	428
19) Stw-86/08	Stadtbad Steyr – Finnsauna und Whirl- pool; Erweiterung des Freibereiches Sauna 2008.	437
20) Stw-87/08	Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag; Neu- fassung für den Zeitraum Nov. 2008 bis Ende 2011.	438
21) Wa-15/04	Hochwasserschutzprojekt Steyr; Geschiebe- entlastung Himmlitzer Au; Verpflichtungs- erklärung.	439
22) Wa-15/04	Hochwasserschutzprojekt Steyr, Enns-Fluss; Aufweitung Innenbogen und teilweiser Insel- Abtrag; Verpflichtungserklärung.	439
23) BauT-8/08	Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2008/1 Kanalneubau inkl. Straßenbau und Be- leuchtungsverlegearbeiten. 1. MK Reithofferareal, MK Reichenschwall- Neuluststraße-Sarninggasse 2. NK Daimlerweg	442
24) BauStr-7/05	Westspange Steyr; Vergabe der Planungs- arbeiten.	443

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
25) BauH-34/00	Taborstiege; Hangsicherung und Generalinstandsetzung – 6. Teil; Vergabe.	443

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

- | | |
|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1) Fin-131/08 | Tourismusverband Steyr; Ersatz des Abganges für den Betrieb des Weihnachtsmuseum Christkindlwelt in der Saison 2007/2008. |
| 2) K-92/07 | Stadtfest 2008; Eröffnung bereits am Freitag um 19.00 Uhr und Ausdehnung der musikalischen Beiträge auf das gesamte Veranstaltungsgelände. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-122/06 Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG; Haftungen der Stadt.
- 2) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH; Haftungen der Stadt
- 3) Gem-106/06 Global-Personalleasing GmbH, 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15; Abschreibung offener Forderungen.
- 4) ÖAG-13/08 Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Lingtos Holding GesmH. über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut; NKE Austria GmbH; Gewährung einer Wirtschaftsförderung.
- 5) Fin-120/07 Rechnungsabschluss 2007.
- 6) Präs-406/08 Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Herrn LH-Stv. DI. Erich Haider.
- 7) Präs-472/08 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr an Herrn Intendant Kons. Karl-Michael Ebner.
- 8) Präs-473/08 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr an Herrn OSR. Siegfried Huber
- 9) Präs-474/08 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Rudolf Wally.
- 10) Präs-486/08 Antrag des Bürgerforums und Herrn GR. Hack betreffend Prof. Karl Mostböck; Verleihung der Ehrenbürgerschaft.
- 11) Präs-487/08 Antrag des Bürgerforums, der Grünen und der ÖVP-Fraktion an den Gemeinderat betreffend Erweiterung des bestehenden Ausschusses für Schule und Sport um das Gebiet „Liegenschaften“.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 12) Kdg-5/07 Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung.
- 13) Fin-141/08 APT, Jahresabschluss 2007.
- 14) Fin-142/08 APM; Jahresabschluss 2007.

- 15) Präs-482/08 Antrag der Grünen betreffend Umsetzung und Gültigkeit der Elternbeitragsverordnung 2008 für Krabbelstuben.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 16) GHJ2-39/08 Sanierung Bodenbelag im Gangbereich, Rathaus; Stadtplatz 27.
- 17) GHJ2-27/08 Hauptschule Tabor – Heizkesseltausch.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

- 18) K-33/99 Neugestaltung Stadtmuseum Steyr; Konzept „spurwien“; weitere Planungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 19) Stw-86/08 Stadtbad Steyr – Finnsauna und Whirlpool; Erweiterung des Freibereiches Sauna 2008
- 20) Stw-87/08 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag; Neufassung für den Zeitraum Nov. 2008 bis Ende 2011.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 21) Wa-15/04 Hochwasserschutzprojekt Steyr; Geschiebeentlastung Himmlitzer Au; Verpflichtungserklärung.
- 22) Wa-15/04 Hochwasserschutzprojekt Steyr; Enns-Fluss; Aufweitung Innenbogen und teilweiser Inselabtrag; Verpflichtungserklärung.
- 23) BauT-8/08 Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2008/1
Kanalneubau incl. Straßenbau und Beleuchtungsverlegearbeiten.
1. MK Reithofferareal, MK Reichenschwall-Neuluststraße-Sarninggasse
2. NK Daimlerweg

24) BauStr-7/05

Westspange Steyr; Vergabe der Planungsarbeiten.

25) BauH-34/00

Taborstiege; Hangsicherung und Generalinstandsetzung –
6. Teil; Vergabe.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen. Ich darf die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit feststellen. Protokollprüfer sind heute GR Gerald Hackl der GR DI Christian Altmann. Entschuldigt sind heute GR Kurt Apfelthaler, GR Mag. Stephan Keiler, GR Dr. Helmut Zöttl und die GR Helga Feller-Höllner. Die GR Fanta wird etwas später zu uns stoßen.

Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen.**

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 19. Juni 2008 folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem das Kasernengelände bereits seit längerer Zeit von einem Tiroler Investor angekauft wurde und dieses Areal für die Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung ist (bezüglich Verbauung und längst fälliger Verkehrsmaßnahmen Taborknoten bzw. Posthofknoten), stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage:

1. Wurden seitens der Verantwortlichen der Stadt Steyr Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer über die zukünftige Nutzung (basierend auf den vom Gemeinderat beschlossenen Bebauungsplan) bereits aufgenommen?

2. Wurden mit dem Land OÖ bezüglich der Errichtung von weiteren Einkaufszentren in diesem Bereich Gespräche geführt bzw. die dafür notwendigen Verkehrsmaßnahmen besprochen?

3. Ist daran gedacht, die Bevölkerung dieses Stadtteiles über die geplanten Maßnahmen und Auswirkungen in die-

sem Bereich in Form von Stadtteilveranstaltungen mit einzubinden?

Wir ersuchen um Beantwortung.“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Mit Herrn Strasser gab es zwei Gesprächsrunden in meinem Büro, und zwar am 16. 1. und 1. 2. dieses Jahres. Herr Strasser erklärte sich bereit, den Grund für den Tabor- und Posthofknoten unentgeltlich abzutreten und ein Verkehrsgutachten basierend auf den im Planungsausschuss beschlossenen Bebauungsplan in Auftrag zu geben, dass sodann mit den Vertretern des Landes und der Stadt diskutiert werden soll. Ein Mitarbeiter der Bauabteilung war bei der Erstpräsentation am 10. 6. 2008 anwesend.

Zu Frage 2: Wurden mit dem Land OÖ bezüglich der Errichtung von weiteren Einkaufszentren in diesem Bereich Gespräche geführt bzw. die dafür notwendigen Verkehrsmaßnahmen besprochen?

Die Gespräche mit dem Land werden richtigerweise durch die Projektentwickler geführt.

Zu Frage 3: Ist daran gedacht, die Bevölkerung dieses Stadtteiles über die geplanten Maßnahmen und Auswirkungen in diesem Bereich in Form von Stadtteilveranstaltungen mit einzubinden?

Wenn ein genehmigungsfähiges Projekt vorliegt, wird dies selbstverständlich in einer Stadtteilveranstaltung der Bevölkerung vorgestellt.

Das zur ersten Anfrage. Eine weitere Anfrage richtete die ÖVP-Fraktion mit Schreiben vom 26. Juni 2008 an mich, die ich zuständigkeithalber an Herrn Vzbgm. Ing. Spanring weitergeleitet

habe. Ich ersuche Herrn Spanring um die Verlesung.

GR Ute Fanta kommt um 14.15 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an den Bürgermeister und Finanzreferenten und eventuell an Vizebürgermeister Spanring als Personalreferenten.

Mit der Gehalts- und Bezügereform wurde versucht, ein einheitliches Gehaltsschema für alle Bediensteten des öffentlichen Bereiches zu schaffen.

Eine genaue Gliederung und Einteilung sollte höchstmögliche Transparenz und Vergleichsmöglichkeit bieten.

Nun ist es Praxis im Steyrer Magistrat, Sonderregelungen zu treffen und vereinzelt oder durchaus auch im breiten Ausmaß von dieser Norm abzuweichen.

Wir ersuchen daher um Beantwortung nachfolgender Fragen:

Im Personalbeirat vom 24. Juni 2008 wurde eine Vielfalt von Abfertigungen für aus dem Magistrat ausscheidende bzw. in Pension gehende Mitarbeiter mit Mehrheit der SP-Fraktion beschlossen. Viele Magistratsbediensteten bekommen im Zuge ihres Pensionsantrittes eine um eine Biennalstufe höher bezeichnete Abfertigung, obwohl diese Vorrückung aufgrund ihrer Dienstzeit etc. eigentlich nicht zusteht.

1. Handelt es sich bei diesen von einer höheren Biennalstufe berechneten Abfertigungen um eine gesetzlich verpflichtete Vorrückung oder um eine

freiwillige Zahlung des Magistrates Steyr?

2. Bei vorgezogenen Biennalsprüngen kommen die Betroffenen nicht nur früher zu einer Gehaltserhöhung, weitere Biennalsprünge sind davon nicht betroffen. Theoretisch könnten in einem Jahr 2 Biennalsprünge vorkommen, gibt es für diese Entscheidung Richtlinien, wenn ja, wie lauten sie?

3. Nachdem nicht alle Ansuchen um eine höhere als die zustehende Abfertigung positiv beschieden wurden - welche Gründe sprechen für eine auf die Abfertigung bezogene Vorrückung, welche dagegen? Gibt es Richtlinien oder sind es subjektive Entscheidungen?

4. Bei wie vielen Personen wurde in den letzten 3 Jahren höhere als die eigentlich zustehende Abfertigung positiv beschieden, bei wie vielen negativ?

5. Werden Abfertigungen bei Vertragsbediensteten bezahlt, zu denen wir nicht verpflichtet wären und welche finanziellen Auswirkungen hat das für die Stadt Steyr?

6. Wie hoch waren die Mehrkosten für den Magistrat Steyr in den letzten 3 Jahren, die durch die oben angeführten freiwilligen Zahlungen entstanden sind.

7. Hat es Fälle gegeben, bei denen Mitarbeiter im neuen Abfertigungssystem waren, denen man aber trotzdem eine Abfertigung nach Monatsentgelt (sprich altes System) zahlte?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Sehr geehrte Damen und Herrn der ÖVP-Gemeinderatsfraktion!

Zu Frage 1:

Handelt es sich bei diesen von einer höheren Biennialstufe berechnete Abfertigung um eine gesetzlich verpflichtete Vorrückung oder um eine freiwillige Zahlung des Magistrates Steyr?

Bei den Abfertigungszahlungen anlässlich des Dienstaustrittes handelt es sich um eine gesetzliche Verpflichtung, die wir wahrnehmen müssen. Die Zuerkennung einer höheren Biennialstufe für die Berechnung der Abfertigung ist aber freiwillig.

Und es freut mich besonders, dass wir diese finanzielle Besserstellung für die in Pension gehenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemeinsam im Stadtssenat beschlossen haben, Herr Kollege Mayrhofer.

Zu Frage 2:

Bei vorgezogenen Biennalsprüngen kommen die Betroffenen nicht nur früher zu einer Gehaltserhöhung, weitere Biennalsprünge sind davon nicht betroffen. Theoretisch könnten in einem Jahr 2 Biennalsprünge vorkommen, gibt es für diese Entscheidung Richtlinien, wenn ja wie lauten sie?

Bei der Zuerkennung eines Biennalsprunges sollen alle Bediensteten, denen ein solcher bewilligt wird, den gleichen zeitwerten Vorteil haben, dadurch ist dies möglich, wenn dem Bediensteten zum 1. 1. eines Jahres ein Biennalsprung zuerkannt wird, er den automatischen Biennalsprung zum 1. 7. des Jahres hat. Biennialbeförderungen, auf die der Bedienstete einen Rechtsanspruch hat, sind nur in die 3. bzw. 7. Gehaltsstufe der Dienstklasse III vorgesehen. Dies ist in den Beförderungsrichtlinien geregelt.

Zur Frage 3:

Nachdem nicht alle Ansuchen um eine höhere als die zustehende Abfertigung positiv beschieden wurden – „Welche

Gründe sprechen für eine auf die Abfertigung bezogene Vorrückung, welche dagegen?“ Gibt es Richtlinien oder sind es subjektive Entscheidungen.

Für die Zuerkennung einer Biennialvorrückung anlässlich des Dienstaustrittes ist es notwendig, den Dienstaustritt, also den eigenen Pensionierungszeitpunkt, zu wissen. Liegt der nicht im Zeitraum zwischen 1. 7. und 31. 12. bzw. weiß der Bedienstete aufgrund der immer komplizierteren Pensionsberechnung, herbeigerufen durch die unglückliche Pensionsreform von Schwarz/Blau, diesen jedoch nicht, kann ein derartiges Ansuchen, das als Begründung „aufgrund meiner Pensionierung“ vorweist, nicht positiv bearbeitet werden.

Weiters ist natürlich, so wie bei jeder besoldungsmäßigen Besserstellung, der Arbeitserfolg des/der Betroffenen und die Zufriedenheit mit der Dienstleistung ein wichtiger Parameter.

Richtlinien gibt es nicht, jedoch lauten die Usancen, dass, wenn sich der Bedienstete nichts zu Schulden kommen lässt bzw. er bis zur Pensionierung eine tadellose Dienstleistung für die Bevölkerung der Stadt erbracht hat, dies erbringen viele, wie mir bei den vielen Gesprächen mit den Bürgern unserer Stadt erzählt wird, ihm eine Derartige bei Pensionierung zuerkannt wird.

Zu Frage 4:

Bei wie vielen Personen wurde in den letzten 3 Jahren höhere als die eigentlich zustehenden Abfertigungen positiv beschieden, bei wie vielen negativ?

Im Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum heutigen Tage wurde bei 37 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bereich der Stadtverwaltung der Stadt Steyr aufgrund deren Ansuchen für die Berechnung der Abfertigung anlässlich der

Pensionierungen aufgrund deren oft Jahrzehnte langen ausgezeichneten Arbeitsleistung für die Stadt Steyr eine um eine Stufe höhere Gehaltsstufe für die Abfertigung zugrunde gelegt.

Diese dadurch entstandenen Mehraufwendungen, die ich den in Pension gegangenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gönne, betragen im Bereich des Magistrates der Stadt Steyr Euro 11.509,74 und im Bereich der Betriebe der Stadt Steyr Euro 6.572,85.

Dies sind nur 26 Prozent oder besser gesagt ein Viertel jener Kosten, die Ihre Fraktion durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandates des Herrn Stadtrat Mayrhofer der Stadt Steyr in diesen drei Jahren zusätzlich verursacht hat.

Zu Frage 5:

Werden Abfertigungen bei Vertragsbediensteten bezahlt, zu denen wir nicht verpflichtet wären und welche finanziellen Auswirkungen hat das für die Stadt Steyr?

Im Bereich der Stadtverwaltung sind im Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum heutigen Tage 359 Dienstaustritte von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die als Vertragsbedienstete, Seniorenklubleiterinnen, Aushilfskräfte für die Reinigung, Praktikanten im Rahmen eines verlängerten Schulpraktikums, Stützkräfte für Kindergärten, Kindergartenhelferinnen usw. beschäftigt waren, zu verzeichnen.

Davon wurde an 14 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über deren Ansuchen eine Abfertigung, zu deren Zahlung wir nicht verpflichtet wären, gewährt. Bei diesen 14 Fällen erfolgte im Stadtsenat dreimal eine Stimmenthaltung, zweimal wurde gegen die Gewährung einer Abfertigung gestimmt. D. h., dass auch in 9 Fällen seitens der ÖVP-Fraktion für die Zuerkennung einer freiwilligen Ab-

fertigung gestimmt wurde und diese Zustimmung erfolgte nicht nur bei den geringen Abfertigungsbeträgen, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

Bei einigen dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen war es vor allem im Interesse des Dienstgebers gelegen, dass diese ihre Tätigkeit beim Magistrat Steyr beenden. Daher wurde seitens der Personalabteilung auf eine einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses gedrängt.

Für die einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses konnte jedoch nur dann die Zustimmung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwirkt werden, wenn wir ihnen eine Abfertigung zahlen.

Da vor allem das Beenden des Dienstverhältnisses im Vordergrund stand, wurde dies auch bei diesen Fällen im Stadtsenat so beschlossen.

Bei den anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die uns aufgrund eines Wohnsitzwechsels oder aufgrund neuer Herausforderungen in der Privatwirtschaft verließen, handelte es sich um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die bis zu mehr als zweieinhalb Jahrzehnte ausgezeichnete Arbeit leisteten und sich die gewährte Abfertigung mehr als erarbeitet haben. Diese wurde meistens auch als Überbrückungshilfe für einen Start in das neue Berufsleben oder in die Selbständigkeit verwendet und war unsererseits ein Zeichen der Anerkennung für ihre Dienstleistung.

Zu Frage 6:

Wie hoch waren die Mehrkosten für den Magistrat Steyr in den letzten 3 Jahren, die durch die oben angeführten freiwilligen Zahlungen entstanden sind.

Die Mehrkosten für die freiwilligen Zahlungen der Abfertigungen betragen für den Magistrat Steyr Euro 92.233,83 oder 84,67 Prozent jenes Betrages, der durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandates von Stadtrat Mayrhofer dem Magistrat Steyr auferlegt wurden.

Zu Frage 7:

Hat es Fälle gegeben, bei denen Mitarbeiter im neuen Abfertigungssystem waren, denen, man aber trotzdem eine Abfertigung nach Monatsentgelt (sprich älteres System) zahlte.

„Ja“.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, wäre es möglich, dass wir diese Anfragebeantwortung in schriftlicher Form bekommen. Es ist nicht möglich den Ausführung zu folgen. Wir verstehen einfach nichts.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Selbstverständlich bekommen Sie die Anfragebeantwortung schriftlich.

Eine weitere Anfrage richtete Frau Mag. Frech mit Datum vom 26. Juni 2008 an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Interessensgemeinschaft Steyrdorf hat bereits im letzten Jahr eine Umfrage an alle 285 Haushalte Steyrdorfs versandt und im Anschluss auch ausgewertet.

In diesem Zusammenhang ergehen an Sie folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2008.

Könnten Sie dem Gemeinderat bitte kurz die Ergebnisse dieser Befragung mitteilen?

Welche Schritte wird die Stadt Steyr setzen, um die Probleme in Steyrdorf zu lösen?

Auf welche Art und Weise wird die Interessensgemeinschaft Steyrdorf in kommunalpolitische Entscheidungen eingebunden?

Würden Sie bitte Vertreter der Interessensgemeinschaft Steyrdorf zu einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz einladen?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Die von der Interessensgemeinschaft Steyrdorf im letzten Jahr durchgeführte Umfrage an alle 285 Haushalte, ich habe jetzt nicht überprüft, ob 285 Haushalte wirklich alle sind, das weiß ich nicht, im Stadtteil Steyrdorf bezüglich der Lebensqualität in Steyrdorf ergab folgende nach Themenbereichen gegliederte Rückmeldungen:

Zum Thema Verkehr der Volksbefragung – sind Sie mit der Situation zu diesem Zeitpunkt zufrieden?

Von den insgesamt 150 Rückmeldungen zeigten sich 132 Personen mit der Situation nicht zufrieden. Für 108 Personen war dieser Punkt sehr wichtig. 12 Personen waren mit der Verkehrssituation einverstanden und 6 enthielten sich einer Aussage

Zur Frage 2 der Volksbefragung Kultur und der damit zusammenhängenden Zufriedenheit über die derzeitige Situation kamen 54 negative Rückmeldungen sowie 60 positive Rückmeldungen. 36 Personen gaben keine Aussage zu diesem Thema ab.

Zur Frage 3 der Volksbefragung Kommunikation (Öffentlichkeitsarbeit, Tourismus, Medien) und der damit verbundenen Zufriedenheit:

Hier waren 63 Personen mit der Ist-Situation unzufrieden - 44 Personen zeigten sich zufrieden und 43 enthielten sich einer Aussage.

Zur Frage 4 der Volksbefragung Infrastruktur und der damit verbundenen Zufriedenheit:

Zu diesem Punkt waren 51 Personen zufrieden, 57 Personen unzufrieden und 42 Personen enthielten sich einer Aussage.

Frage 5 der Volksbefragung Ortsbild - mit dem Ortsbild waren 77 Personen zufrieden, 46 stimmten dagegen und 27 enthielten sich der Stimme.

Zu Frage 2: Welche Schritte wird die Stadt Steyr setzen, um die Probleme in Steyrdorf zu lösen?

Die Stadt Steyr aber auch viele private Investoren haben erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt, um die Infrastruktur und die Wohnqualität im Stadtteil Steyrdorf wesentlich zu verbessern. Themen wie Verkehr, Kultur, Kommunikation, Infrastruktur und Ortsbild werden nicht nur in Steyrdorf, sondern - zwar mit unterschiedlichen Schwerpunkten - in allen Stadtteilen von Steyr diskutiert. Allgemeine Probleme gibt es dabei nicht. Es müssen immer individuelle Lösungen im Sinne der Gesamtbevölkerung Steyrs gefunden werden.

Zu Frage 3: Auf welche Art und Weise wird die Interessensgemeinschaft Steyrdorf in kommunalpolitische Entscheidungen eingebunden?

Die Interessensgemeinschaft Steyrdorf kann wie jede andere Interessensgemeinschaft ihre Anliegen an die politischen Entscheidungsträger herantragen, die dann einer politischen Meinungsbildung und Entscheidung zugeführt werden.

Im konkreten Fall war es so, dass die Herren bei mir waren und ich habe das Thema Verkehr z. B. an den Kollegen Hauser weiter gegeben und einmal gefragt, ob man diese Linienführung in diesem Bereich so gestalten könnte, dass dort wesentlich weniger Busse fahren. Er hat mir da entsprechende Antwort gegeben und hat auch das Gespräch mit diesen Herren gesucht.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aber in einem politischen Gremium ist das nicht behandelt worden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein.

Wenn es entsprechende Maßnahmen zu setzen gibt, dann werden die gesetzt. 88 % sind unzufrieden mit dem Verkehr, ist ganz klar, dass das in erster Linie von den Bussen her kommt, das in diesem Bereich ja die große Unzufriedenheit hervorruft, dann kann man das nur in diesem Bereich behandeln und da ist es ja nicht nur einmal behandelt worden sondern mehrere Male in der Vergangenheit.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Es geht um den politischen Meinungsbildungsprozess.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist im Ausschuss nicht einmal darüber geredet worden? Ich nehme an, dass da im Ausschuss x-mal auch über das Thema geredet worden ist, im Verwaltungsausschuss. Also, das ist ein politischer Meinungsbildungsprozess. In allen möglichen Bereichen wird da darüber geredet.

Zu Frage 4: Würden Sie bitte Vertreter der Interessensgemeinschaft Steyrdorf zu einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz einladen?“

Wenn dieses Thema auf die Tagesordnung einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz aufgenommen wird und es als notwendig und sinnvoll erscheint, werden wir diesem Vorschlag nähertreten. Das ist eine Selbstverständlichkeit, wenn wir so etwas machen würden, muss man das vorher auch ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage Herr Bürgermeister. Wenn Sie jetzt richtigerweise gesagt haben, dass fast 90 % der Steyrdorfbewohner, laut dieser Umfrage mit dem Thema Verkehr unzufrieden sind, in welcher Form gedenken Sie die Ergebnisse dieser Umfrage zu behandeln? Weil wenn Sie jetzt sagen, es kann auf eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz gesetzt werden ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das muss ja doch mir überlassen bleiben, ob ich das in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz oder sonst irgendwo oder in einem Ausschuss oder in mehreren Ausschüssen behandle, diese Themen, das liegt ja auch in meiner Entscheidung und das werde ich auch tun. Ob das eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz ist, also bis jetzt haben wir Themen dieser Art nicht drauf gehabt. Das muss man auch ganz klar sagen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Also nein.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir werden im gegebenen Fall, und das kommt ja immer auf den Fall selbst an, entscheiden, wo wir die verschiedenen Themen behandeln. Wie auch in der Vergangenheit.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Die Umfrage ist ein Jahr alt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Deswegen hat es ja auch schon Gespräche gegeben.

Es ist auch schon in politischen Gremien diskutiert worden. Ich habe jetzt die 5. Rückfrage. Ich glaube, es ist ausreichend erklärt, dass das für uns eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir Probleme, die es dort gibt, in verschiedenen Gremien behandeln. Das weiß nicht nur der Verwaltungsausschuss der dort die Busse führt, sondern das weiß auch genauso der Baudirektor und alle anderen Bereiche die sich mit diesen Themen oder mit diesem Teil beschäftigen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Sie haben nicht beantwortet, die Ergebnisse der Umfrage.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir können nicht alle Ergebnisse von Umfragen die in Steyr passieren in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz behandeln. Das musst du wohl einsehen. Oder? Es gibt jede Menge Umfragen.

So, wir kommen zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters.**

„Schlaue Jause“ für Steyrer Pflichtschüler

„Schlaue Jause – Coole Pause“ heißt eine Aktion, die ab sofort an den Steyrer Pflichtschulen startet und von der Umweltschutz-Abteilung des Steyrer Magistrates durchgeführt wird

Ziel der Aktion ist es, Eltern und Kinder für gesunde Ernährung zu sensibilisieren und zu vermitteln, und dass die Kinder die gesunde Jause beim Schulkiosk bekommen ist ebenfalls unser Ziel.

„Mein Körper gehört mir“ bereits zum dritten Mal

„Mein Körper gehört mir“ ist in Steyr ein Kooperationsprojekt von der Kriminalpolizei Steyr, dem Stadtschulrat, dem Magistrat Steyr (Jugendwohlfahrt) und dem Kinderschutzzentrum Wigwam. Von der Stadt Steyr werden zwei Drittel der Kosten übernommen, das restliche Drittel von den Eltern beziehungsweise den Elternvereinen an der Schule.

Schul-Sportplätze im Sommer geöffnet

Auch heuer in den Sommerferien können Kinder und Jugendliche Schul-Sportplätze in Steyr benützen. Geöffnet bleiben: die Sportanlagen der Schulen Tabor (Taschelried 1 bis 3), Münchenholz (Schuhmeierstraße 2) und Ennsleite (Glöckelstraße 4 bis 6). Auch das Faustballfeld des Sportplatzes Rennbahnweg kann während der Ferien benützt werden.

Die Öffnungszeiten sind täglich von 9 bis 20 Uhr, der Sportplatz Rennbahnweg ist an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen geschlossen. Im Bereich der Sportanlage Ennsleite werden Bauarbeiten durchgeführt, die Benützung ist deshalb eingeschränkt.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Mai 2008 betrug 4,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 % niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,5 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Mai 2008 1.643. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 4,7 % (d.s. 81 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 9,4 % (d.s. 170 Personen).

Im Mai 2008 sind 500 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 75 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 40 Stellen weniger.

Wir kommen zur „**Aktuellen Stunde**“.

Frau Mag. Frech vom Bürgerforum Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „GWG der Stadt Steyr“.

Ich möchte da vorab aber noch einiges klar stellen. Weil es ja in einer der letzten GR-Sitzungen, ich glaube die vorletzte GR-Sitzung war das, da hat es die „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Bürgeranliegen“ gegeben und daraufhin hat es eine Frage an den Herrn Dr. Kehrer vom Land OÖ geben, ob denn das eine Anfrage ist, die in dieser Form auch zulässig ist. Es hat da eine eindeutige Stellungnahme des Landes zu diesem Thema gegeben, wo darauf hingewiesen worden ist, dass diese Themen entsprechend konkret und eingrenzbar sein müssen. Und zwar, wortwörtlich steht: „Aus dem Begriff über ein bestimmtes Thema ergibt sich, dass der Antrag auf Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ ein konkretes eingrenzbares Thema zum Inhalt haben muss. Dies ist nach unserer Ansicht beim Thema „Bürgeranliegen“ nicht gegeben.“ Jetzt hat es die Diskussion gegeben, in den Medien ist es ja lange und breit diskutiert worden, in den letzten Wochen, so quasi ich hätte abgelehnt, was ich ja gar nie getan habe, sondern ich habe nur um Konkretisierung gebeten, das muss man auch ganz klar sagen. Auch an die Medien möchte ich das heute noch einmal ganz klar sagen, ich habe das Thema nie abgelehnt, mit keinem einzigen Wort, sondern ich habe immer gesagt, ich möchte genau entsprechend dieses Textes vom Herrn Dr. Kehrer eine Konkretisierung und Präzisierung dieses Themas. Der Herr Dr. Kehrer hat auch mit der Frau Mag.

Frech noch einmal gesprochen und da hat er ihr gesagt, und das hat sie mir nämlich nachher nicht richtig mitgeteilt, dass sie doch nächstes Mal so weit sein sollte, dass sie diese Themen konkreter fassen sollte. Wenn er das zu dir nicht gesagt hat, zu mir hat er das am Telefon gesagt. Er hat mir aber auch gesagt, aufgrund der Indizien, und Indizien hat er mir diese Themen genannt die wir in der Vergangenheit zur „Aktuellen Stunde“ zugelassen hätten, und da sind halt Themen dabei wie Kulturentwicklung der Stadt Steyr, Kunst- und Kulturpolitik, Hochwasserschutzmaßnahmen, Sicherheit in Steyr, aufgrund der Indizien würde er mir empfehlen, das dieses Mal nicht abzusagen. Aber er hat der Frau Mag. Frech eindeutig gesagt, in Zukunft konkreter werden und ein Thema eingrenzbar und auch überblickbar machen. Das hat ja auch einen Sinn. Diese Bestimmung ist ja nicht gemacht worden, weil man gesagt hat aus Jux und Tollerei macht man da jetzt irgendeine Festlegung zum Thema „Aktuelle Stunde“, sondern man hat ja den Hintergrund darin, und das sind ja Erfahrungen der Vergangenheit die sich auch bei uns im Gemeinderat bestätigt haben, dass hin und wieder Fragen gestellt werden wo man halt nicht ad hoc sofort antworten kann, weil unter Umständen auch irgendwelche Themen ein bisschen untergriffig sind oder nicht richtig formuliert sind, sodass auch missbräuchlich dann irgendwo in der Zeitung herauskommen könnte. Um das abzuwenden hat man eben diese Bestimmung so gemacht, dass man gesagt hat drei Tage vorher und eingrenzbare und konkretes Thema sollte das sein. Aber ich habe da schon in den Zeitungen vermeldet und ich habe da auch schon überall gesagt, dass dieses Thema heute trotzdem auf der Tagesordnung sein kann, weil das halt ein eher schwammiges Thema nach der Definition des Dr. Kehrler ist. Bitte Michaela du hast das Wort.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Anscheinend wird in diesem Haus manches sehr subjektiv gesehen und manches überhaupt verschwiegen, weil es wundert mich ja, dass in den Mitteilungen des Bürgermeisters, wo in der letzten GR-Sitzung ja auch das wieder ein Thema war mit der „Aktuellen Stunde“, wir heute nicht hören konnten, dass es aufgrund einer Aufsichtsbeschwerde an das Land OÖ mir als Gemeinderätin Recht gegeben worden ist, und das war nicht in deinen Mitteilungen heute, dass das Land OÖ gesagt hat, dass jener Antrag, den wir als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, im letzten Jahr noch, und zwar für ein externes Rechtsgutachten ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das hat aber nichts mit der „Aktuellen Stunde“ zu tun.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich gebe es nur zur Kenntnis, nachdem du es nicht berichtet hast.

Wo es darum geht, dass wir als Opposition ein externes Rechtsgutachten gefordert haben, ob wir in der Causa Vorwärts zu zahlen haben oder nicht, und das dann zugewiesen worden ist an den Ausschuss und im Ausschuss selbst wurde dann ein Abänderungsantrag der SPÖ gestellt, von dem ich in der Sitzung noch zugesagt habe, dass er rechtlich nicht zulässig ist. Das Land OÖ hat mir Recht gegeben. D. h., dieser Antrag den ihr gestellt habt um das Baurecht, Übernahme des Baurechts und damit Schuldentilgung gegenüber Raika ist hinfällig. Das berichtest du gar nicht. Und dann verdrehst du auch noch, und jetzt sind wir beim Thema, das was mir das Land OÖ zur Kenntnis bringt. Das eine wird verschwiegen, das hast du heute nicht vorgelesen.

Wann gedenkst du diese Antwort des Landes OÖ, die dir auch zur Kenntnis kam, vorzulesen?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das betrifft ja nicht den Gemeinderat.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das betrifft sehr wohl den Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das war im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das betrifft den Gemeinderat, weil aufgrund des Antrages im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss kam es dann in den Gemeinderat. Sonst wäre es gar nicht in den Gemeinderat gekommen. Das betrifft es sehr wohl. Aber so viel zum Thema was verschwiegen wird. Dort sind wir jetzt wo es verdreht wird. Der Bürgermeister hat schon richtig gesagt, und die Frage sollte man sich schon stellen, derselbe Bürgermeister dasselbe Stadtstatut, da hat sich nichts geändert in den letzten zwei Jahren. Alles gleiches Stadtstatut, gleicher Bürgermeister, lässt Themen zu, die wirklich schwammig sind. Sicherheit in Steyr. Da kann ich reden von der Feuerwehr bis zur Polizei, bis zu Kinderspielplätzen. Veranstaltungsräumlichkeiten in Steyr. Da kann ich über Private reden, da kann ich über solche der Stadt reden. Neustrukturierung im Sozialbereich. Ja gut, da kann ich tagelang darüber reden. All diese Themen wurden zugelassen. Das heutige Thema ist das Konkreteste das wir in den letzten zwei Jahren hatten. GWG der Stadt Steyr. Noch konkreter geht es nicht. Die erste Antwort die ich vom Dr. Kehrner bekommen habe, Spontanant-

wort, wie ich gefragt habe, weil du mich gebeten hast zu konkretisieren. Da muss ich jetzt schon eines sagen, wenn du sagst du lehnt es nicht ab, na ja was denn jetzt bitte. Hätte ich es ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Habe ich es abgelehnt oder nicht?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, du hast es nicht abgelehnt, weil ich mich geweigert habe zu konkretisieren und weil ich auch den Rückhalt ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe es auch nachher nicht abgelehnt, wie du schon in der Zeitung geschrieben hast, dass ich es abgelehnt habe.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nicht gesagt, dass du es abgelehnt hast, nur du hast eines gemacht, du hast gesagt konkretisieren. Du hast auch heute in deiner Wortmeldung gesagt, wenn es in Zukunft nicht konkretisiert wird, dann lässt du es nicht zu, weil eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Zulassen oder nicht zulassen. Aber heute so Gnaden halber gibt sie es noch einmal. Antwort vom Dr. Kehrner, wie viele GWG's der Stadt Steyr gibt es? Sage ich, eine, die der Stadt Steyr gehört. Sagt er, dann ist das ein klar zuordenbares Thema, es gibt eine GWG. Gibt es zwei GWG's die der Stadt Steyr gehören, dann müsste man es konkretisieren. Er hat nicht gesagt ich soll das konkretisieren, sondern man könnte wenn man wollte natürlich immer konkretisieren, aber es ist nicht notwendig. Und es ist das konkreteste Thema das wir in den letzten Jahren hatten. Beim selben Bürgermeister, beim selben

Stadtstatut. Dann frage ich mich schon, warum darf man jetzt plötzlich aktuelle Stunden nicht mehr einbringen mit etwas großzügigeren Themen? Warum will man plötzlich das auf Punkt und Beistrich konkretisiert haben? Vor was hat man denn bitte schön Angst? Wir dürfen eh fast nichts mehr da herinnen machen, aber reden dürfen wir vielleicht noch. Wir bekommen keine ordentlichen Antworten auf Anfragen, Bürgeranliegen werden nicht behandelt. Da muss ich schon sagen Herr Bürgermeister, wenn du heute sagst, für mich ist das ein Armutszeugnis in der Demokratie dieser Stadt, die Ergebnisse einer Umfrage, wo 285 Haushalte angeschrieben worden sind in Steyrdorf, da könnte ja jeder kommen, so auf die Art, man kann nicht jede Umfrage in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz behandeln. Also ich denke mir, die Zeit sollten wir uns nehmen. Und ob das eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz ist oder ein sonstiger Ausschuss, das ist mir piep egal. Ich möchte, dass die Steyrdorfbewohner ihre Umfrage behandelt haben. Das ist das Minimum. Wenn sich die die Arbeit machen eine Umfrage zu machen, die eigentlich wir machen sollten, die auch auswerten, dann denke ich mir ist es vielleicht diese halbe Stunde oder Stunde oder zwei Stunden Zeit die man übrig haben wird um das zu behandeln. Also, das finde ich sowieso einen Affront. Ich gebe dir Recht, das einzige Thema das wirklich sehr schwammig war, und da stehe ich auch dazu, das hättest du verlangen können zu konkretisieren, aber da denke ich ist es vom Inhalt her nicht richtig, das ist Bürgeranliegen. Weil die Anliegen der Bürger, denke ich mir, die kann man nicht immer ganz konkret auf den Punkt bringen und da sollte jeder die Möglichkeit haben über seine Sicht zum Thema Bürgeranliegen zu reden. Aber wie gesagt, alle anderen Themen waren viel schwammiger und jetzt auf einmal wird man happig.

Aber zum Thema „GWG der Stadt Steyr“. Das hat eben mehrere Aspekte und darum kann man es oft nicht so konkretisieren. Damit Sie sich ein bisschen weniger fürchten, ich werde auch nicht losgehen auf irgendeinen Stadtrat oder sonst jemanden, das liegt mir fern, der kann zum Teil auch nichts dafür, sondern es geht um Grundsätzliches und über das sollten wir reden und das passiert halt leider im Wohnungsausschuss in dem Maße nicht, auch wenn ich es dort schon thematisiert habe. Drei Punkte sind mir wichtig. Der eine Punkt ist Barrierefreiheit. Ich habe im Wohnungsausschuss auch schon gefragt, wie viele Wohnungen, die der GWG der Stadt Steyr gehören, sind barrierefrei? Da gibt es keine Auflistung darüber. Wie viele können barrierefrei gemacht werden? Ja, das sieht man sich im Einzelfall an. Aber ich denke, das ist zu wenig sich das im Einzelfall anzuschauen, weil wir haben in Steyr, und das können Sie in der Statistik nachlesen, die älteste Bevölkerung, Durchschnittsalter, in ganz Oberösterreich. Das hängt mit unserer ganz besonderen demographischen Situation zusammen. D. h., wir müssten danach trachten, dass neue Wohnungen ohnedies barrierefrei gemacht werden, aber auch die bestehenden möglichst barrierefrei umgebaut werden. Da geht es jetzt nicht nur um Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung wie Rollstuhlfahrer, da geht es genauso um blinde Personen, da geht es um ältere Personen die nicht mehr so mobil sind, da geht es auch um Personen die, einfach weil sie schon älter sind, gewisse Beschwerden dann haben, gewisse Dinge in normalen Wohnungen nicht mehr erledigen können. D. h., das Thema Barrierefreiheit müsste uns besonders wichtig sein. Das ist ein Aspekt den ich aufzeigen möchte. Ob Sie ihn dann behandeln in der GWG, ich kann es eh nicht beeinflussen als kleiner, einfacher Gemeinderat, aber ich möchte es einfach ein-

mal auch da herinnen im Gemeinderat aktualisieren. Es ist ein Thema.

Der zweite Punkt, der ein sehr aktuelles Thema ist, ist die Miethöhe. Wenn Sie sich heute anschauen, und im Ausschuss frage ich auch immer nach wenn es um Wohnungsvergaben geht, na ja, was kostet diese Wohnung jetzt, wenn sie an jemand anderen übergeben worden ist, weil meistens steigt dann der Mietzins. Das lässt sich oft nicht so genau sagen. Jetzt habe ich mir einfach zwei konkrete Beispiele herausgefasst von GWG-Wohnungen. Das ist für mich nicht mehr gemeinnütziger, sozialer Wohnbau, meine Damen und Herren, wenn ich heute für eine Wohnung mit 33 m², das ist glaube ich kein Luxus, 33 m² 272 Euro zahle, dann heißt das 8,20 Euro pro Quadratmeter, umgerechnet. Für eine 33,26 m² Wohnung 272 Euro, Quadratmeter kommen Sie dann auf 8,2. Die, die ich jetzt genannt habe, ist im Wehrgraben.

Anderer Fall, Resthof. Miete für 79 m², 626 Euro. Da kommen Sie auch auf einen Quadratmeterpreis von um die 8 Euro. Das zieht sich so durch. Eines frage ich mich jetzt schon. Wie geht das, wenn ich jetzt eine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft habe, die ja keinen Gewinn macht, dass Private zum Teil niedrigere Mieten haben. Entweder gleich hohe oder sogar niedrigere Mieten. Beispiel dafür, können Sie auch nachlesen auf Immorents at., ganz aktuelle Beispiele, für eine Wohnung mit 50 m², alles immer inklusive Betriebskosten, also ich habe schon Gleiches mit Gleichem verglichen, 330 Euro inkl. Betriebskosten, kommen Sie auf einen Quadratmeterpreis von 6,6 Euro. Anderes Beispiel, 80 m² Wohnung, 616 Euro, da kommen Sie auch auf einen Quadratmeterpreis um die 8 Euro herum. Das heißt, die Privaten sind nicht teurer zum Teil, zum Teil sogar billiger, obwohl sie ja eine Gewinnerzielungsabsicht haben. Ich ver-

stehe es ganz einfach nicht, wie das sein kann, dass im sozialen Wohnbau Mieten inzwischen so hoch sind. Wer soll sich das noch leisten können? Vor allem, was jetzt passiert ist, sind es starke Mieterhöhungen. Und zwar Mieterhöhungen die die Personen wirklich treffen, nämlich gerade in Zeiten einer Inflationsrate die wir jetzt haben von fast 4 % bald, wo die Betriebskosten ständig steigen und da sind auch wir herinnen schuldig daran, dass das so ist, weil die Kanalgebühren erhöht werden, die Müllgebühren erhöht werden, die Wassergebühren erhöht werden und, und, und. D. h., es haut die Betriebskosten nach oben. Die Mieten wiederum steigen zum Teil aufgrund der ganzen Darlehensgeschichte, dass ältere Wohnungen im Laufe der Zeit immer teurer werden, was absurd ist, und dadurch, dass ältere Wohnungen teurer werden, ist ja eigentlich auch eines, dass halt jemand, wenn er in eine neue Wohnung zieht, günstigere Mieten vorfindet in einer besseren Qualität. Und das sollen Sie einmal jemanden erklären. Ich weiß schon die Hintergründe, nur die Hintergründe die sind dem Bürger schlichtweg egal, der versteht das nicht und der zieht zum Teil dann auch, wenn er kann, aus den teuren, alten Wohnungen in die neuen günstigeren. Ob das sinnvoll ist, stelle ich auch ziemlich in Frage. Was mich bei diesen Mieterhöhungen vor allem stört ist, 1. einmal, dass das die Leute wirklich trifft plötzlich 40 Euro im Monat mehr zu bezahlen, 50 Euro mehr zu bezahlen, das ist für die Leute eine Existenzgeschichte. Und bei der Wohnung kann ich nicht sagen, da spare ich halt ein bisschen, suche ich mir eine günstigere kleine. Wenn ich heute eine Familie mit zwei Kindern bin, kann ich nicht sagen jetzt suche ich mir eine günstigere kleine, noch dazu wo ich die Kinder in der Schule habe, die Wohnung eingerichtet habe usw. D. h., die Leute können auch nicht einmal darauf reagieren. Und die Transparenz

der Information ist eine sehr niedrige. Die Leute werden gar nicht wirklich informiert, dass die Mieten so stark steigen, sie fühlen sich etwas überfahren. Also, die Informationspolitik könnte man wirklich verbessern. Die könnte man auch verbessern, weil man eine so tolle Homepage hat. Schauen Sie sich einmal die Homepage der GWG der Stadt Steyr an. Die ist wirklich toll gemacht. Sie erfahren über die Geschichte der GWG, Sie erfahren über Kontakte wie man an die GWG herantreten kann, aber Sie erfahren keine einzige freie Wohnung. Sie erfahren nicht, wenn Sie heute in Linz, Wien oder in Innsbruck sind und sagen, ich möchte einmal schauen was gibt es für Wohnungsangebote in Steyr von der GWG. Da sind keine Wohnungen oben. Ich kann mich erinnern, das ist schon Jahre her, da habe ich einmal angeregt, freie Wohnungen im Amtsblatt zu veröffentlichen. Da hat man gesagt, das ist schwierig, weil das Amtsblatt hat so eine lange Vorlaufzeit und wenn das dann drinnen steht, dann sind die Wohnungen schon wieder weg. Ja, da war das Internet noch kein Thema. Heute ist Internet ein Thema. Heute gibt es eine tolle Homepage. Da kann ich doch wohl freie Wohnungen auf die Homepage hinaufstellen. Wissen Sie, wo man freie Wohnungen der GWG findet? Nicht auf der Homepage der GWG der Stadt Steyr, sondern das finden Sie z. B. von Personen die ihre Wohnung an jemand anderen weiter vermieten wollen, so de facto ein bisschen unter der Hand mit gewissen Ablösen, da finden Sie z. B. eh unter Immorents at. „suche Nachmieter für die GWG, Ablöse so und so viel“. Da finden Sie die Wohnungen drinnen aber nicht auf der Homepage der GWG der Stadt Steyr. Ich denke mir, da hätte man auch ein bisschen Handlungsbedarf. Sie erfahren auch gar nicht wer dort im Vorstand sitzt, wer dort im Aufsichtsrat ist. Optisch eine schöne Homepage, aber bitte ein

bisschen mehr Information wäre schon ganz schön. Ich würde Sie wirklich bitten, ich weiß, dass das eine Querschnittsmaterie ist mit Land usw., aber ich würde Sie wirklich bitten, das Thema Mieten, Mieterhöhung, Betriebskostenerhöhung ernst zu nehmen. Gerade in Zeiten einer immer höheren Inflationsrate, höherer Spritpreise usw. können sich viele Leute dieses Existenzrecht auf Wohnen schlichtweg nicht mehr leisten. Und, wenn Sie die Presse gelesen haben vom 23. Juni, dann steht ungefähr, 400.000 Haushalten in Österreich aufgrund der Steigerung des Verbraucherpreisindex eine Mieterhöhung von noch einmal 6 % ins Haus. Die Leute verdienen aber nicht um 6 % mehr, die verdienen vielleicht um 2 % mehr, wenn überhaupt und das klafft immer mehr auseinander. Wenn ich heute sehr oft das Thema neue Armut höre, dann denke ich mir, tragen Sie etwas dazu bei diese neue Armut zu verhindern und sei es z. B. einen Gebührenstopp zu verhängen oder Gebühren, die wir nach oben revidiert haben, vielleicht wieder zu senken, das wird heute beim Rechnungsabschluss sowieso noch ein Thema sein. Und wie gesagt, vielleicht auch bitte ein bisschen mehr Transparenz und Information an die Bürgerinnen und Bürger, wenn schon die Mieten so stark steigen und nicht einfach drüber fahren. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. So, jede Fraktion hat eine Wortmeldung? Wer nimmt Stellung? Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Grundsätzlich, genau deswegen ist auch im Statut oder vom Landesgesetzgeber vorgesehen, dass bei der „Aktuellen Stunde“ das Thema konkretisiert wer-

den soll. Genau wegen dem, Kollegin Frech, liebe Michaela, wie du es heute bringst. Du bringst Beispiele, die hättest du jederzeit so anführen können warum das so ist, was da ist und wieso ist die Miete dort so hoch oder warum ist die Miete bei Privaten billiger. Das hättest du genau anführen können. Wegen dem hat der Gesetzgeber das auch vorgesehen, damit auch eine objektive Darstellung hier im Gemeinderat möglich sein sollte. Das geht nämlich in diesem Fall sehr schwierig, weil man die Situation speziell anschauen muss. Zum Barrierefreiem, ich glaube das ist ein Thema das sicher im Ausschuss diskutiert wird und der Kollege Oppl dort auch dementsprechend antworten, oder die Geschäftsleitung, antworten kann. Ich glaube, so grundsätzlich dazu zu sagen, aber da wird der Walter Oppl als Referent eh noch was sagen, dass wir gerade mit den Maßnahmen der Nachjustierung bei den Lifteinbauten einen wesentlichen, wichtigen Schritt für die barrierefreie Wohnung hier in Gang gesetzt haben und dass wir gut unterwegs sind. Dass bei allen neuen Wohnungen da auf das Rücksicht genommen wird ist selbstverständlich und das passiert auch so. Das ist bei alten Wohnungen, wir haben halt viele alte Wohnungen, dass nicht jede Wohnung barrierefrei gemacht werden kann, das ist Faktum. Da dürfen wir uns nichts vormachen, da dürfen wir uns nicht anlügen. Es muss ja auch bezahlt werden. Es sind ja wahnsinnig viel Investitionen für barrierefreie Wohnungen notwendig. Ich glaube, dass wir, gerade bei jenem Personenkreis die hier barrierefreie Wohnungen brauchen, ob sie gehbehindert, sehbehindert sind oder dergleichen, dass bei der Zuweisung solcher Wohnungen dementsprechend darauf Rücksicht genommen wird und Bedacht genommen wird. Grundsätzlich bin ich auch bei dir, dass das Leben in Österreich, aber nicht nur in Österreich, für die Menschen, und

gerade für jene die nicht zu den begüterten gehören, die Topverdiener sind, dass das Leben immer schwieriger wird und das Bestreiten des Aufkommens immer schwieriger wird und dass dabei die Miete auch eine Rolle spielt. Aber die Debatte hier im Steyrer Gemeinderat zu führen, warum sich die Leute die Miete oder die Pendler das Autofahren oder verschiedene andere Dinge, oder man kann auch im Lebensmittelbereich schauen, welche Kostenexplosionen im letzten halben, dreiviertel Jahr stattgefunden hat, diese Debatte hier im Gemeinderat zu führen, das kann man zwar tun, aber nicht so quasi Schuldzuweisung, die GWG muss jetzt schauen, dass sie das in den Griff bekommt, dass sich die Leute die Miete leisten können. Es ist ein gesellschaftliches Problem und es ist in Wirklichkeit ein ureigenstes Problem der Umverteilung. Das Geld ist ja nicht weniger geworden, das Geld wird mehr, die Gesellschaft wird reicher, aber nur ein geringer Teil unserer Gesellschaft wird reicher und die anderen werden ärmer und dadurch entsteht da hier auch eine Kluft zwischen reich und arm. Die Debatte kann man da sicherlich schon führen. Aber im konkreten Fall, die Mieten, diese zwei Beispiele von der GWG und ein paar Beispiele aus dem Privatbereich heranzuführen, also da muss man schon sehr differenziert vorgehen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Es ist deine „Aktuelle Stunde“. Du hast dein Sacherl angebracht und damit ist es erledigt und es ist eh egal was wer anderer sagt. Das war wichtig. Deine Stellungnahme haben sie gehört, die Journalisten werden es schreiben und dann ist das erledigt, egal welche Debatte da stattfindet. Also, das gehört auch ein bisschen zur Disziplin. Na

wirklich, ich habe dir auch brav zugehört.

Beispiele hier anzuführen, mit der Miete, mit 33 m², die kostet über 270 Euro. Wir wissen ganz genau, und da muss man differenzieren, erstens was ist die Miete. Die Miete ist gesetzlich, vom Landesgesetz her ist die Miete geregelt. Da gibt es genaue Grenzen, da gibt es Obergrenzen und wie setzt sich die zusammen, was sind die Betriebskosten. Sind da eventuell Fenstererneuerungen dabei? Ist da eine Heizung dabei? Oder was auch immer dabei ist. Das ist hier nicht angeführt. Das spielt aber eine entscheidende Rolle, wie sich der Gesamtbetrag für das Wohnen zusammen setzt. Oder ist aufgrund allgemeiner Sanierungsmaßnahmen, wo auch die Mieter zustimmen müssen, eine Generalsanierung durchgeführt worden oder hat die dort stattgefunden. Das muss man dabei berücksichtigen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Da kann man jetzt nicht sagen, eine 33 m² Wohnung kostet bei der Steyrer GWG über 270 Euro, der Quadratmeterpreis 8 Euro. Also, das ist eine sehr oberflächliche und unkorrekte Vorgangsweise oder bei der 79 m² Wohnung ist es dasselbe. Da muss man alle Details dazu sehen und muss man dabei auch anführen, dann wäre das korrekt.

Ich glaube, wenn man sagt, in Steyr sind die Sozialwohnungen nicht mehr vorhanden. Liebe Michaela, du kommst eh ein bisschen herum, du weißt ganz genau, dass in der GWG Steyr nach wie vor die Mieten im Vergleich zu anderen Städten noch immer halbwegs vernünftig sind. Wobei ich nicht bestreite, dass viele Menschen, aufgrund ihres geringen Einkommens, hier in Probleme kommen. Es ist auch, und das ist auch eine langjährige Forderung von uns, dass bei der Mietbeihilfe, die vom Land gewährt wird, nicht nur die Grundmiete miteinbezogen gehört, sondern dass auch die Betriebskosten dort miteinbezogen gehören.

Das ist eine langjährige Forderung die wir als SP schon gebracht haben. Es war halt nicht umsetzbar, es war halt nicht realisierbar und deswegen kommen da die Leute auch zum Teil in solche Belastungen wo es schwierig ist.

Zu einem Punkt möchte ich schon sagen, und ich war auch kurze Zeit Wohnungsreferent, zur Kommunikation, zu den Informationen. Also, die Leute werden bei den Generalsanierungen ausführlich informiert und es muss jeder Bewohner eigenhändig seine Unterschrift dazu leisten. Wenn das nicht der Fall ist, dann kann eine Generalsanierung von der GWG aus alleine nicht gemacht werden, sondern dann muss das über das Gericht eingefordert und beim Gericht beantragt werden, dass diese Erhöhung ist und die Sanierung auch genehmigt wird.

Eines möchte ich auch noch dazu anführen, das trifft uns nämlich in der heutigen Zeit schon in einem vermehrten Ausmaß. Wir haben über viele Jahrzehnte im Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag immer versucht und geschaut, dass wir das eher niedrig halten, mit dem Ergebnis, dass bei den jetzigen Sanierungen zum Teil die Rücklagen in den Objekten fehlen. Das ist ein Problem und dadurch haben wir heute auch oft erhöhte Dinge. Jetzt das Rad wieder zurückzudrehen, wie du es sagst, jetzt sollen wir wieder zurückgehen, die Häuser nicht sanieren und die Häuser verkommen lassen und erst in 20 oder 30 Jahren wieder drüber reden, also das ist wirklich nicht vertretbar und zu einfach. Grundsätzlich glaube ich sollte man die politische Debatte führen, ob die Einkommen gerecht sind oder ob die Fördermöglichkeiten, das ist aber nicht das Thema der Stadt, gerecht sind oder nicht dementsprechend ausgebaut werden. Zum anderen Thema, alte Wohnungen, neue Wohnungen, wird der Kollege Oppl etwas dazu sagen, das hat nämlich auch Hintergründe.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es von den anderen Fraktionen eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzter Vorstand, meine sehr geehrten Damen und Herren. Grundsätzlich glaube ich, dass es gut ist über aktuelle Themen zu diskutieren. Ich glaube, wir brauchen alle miteinander eine Diskussion nicht scheuen.

Zum ersten Thema das die Kollegin Frech angeschnitten hat, das barrierefreie Wohnen. Danke für den Hinweis, ich habe auch nicht gewusst, dass das nicht aufliegt. Ich glaube das ist eine gescheite Forderung, dass man sich frühzeitig damit beschäftigt und einmal festlegt, wie viel hat man von seinen zu betreuenden Wohnungen, wie viele davon sind barrierefrei. Das schadet sicher nicht und das werden wir sicher auch in der GWG machen können. Warum nicht. Bei der Miethöhe allerdings, da sind wir jetzt schon ein bisschen auch dabei. Mit Forderungen das Wohnen besser zu machen, auch z. B. sämtliche Wohnungen barrierefrei zu machen, steigen natürlich auch die Kosten. Diese Kosten sind ja nicht irgendwo, dass sie irgendjemand trägt, sondern wie es in einer Genossenschaft ja üblich ist, tragen das die Genossenschaftsmitglieder, in dem Fall eben die Wohnungseigentümer. D. h., das muss bezahlt werden. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass es falsch wäre Gettos zu machen. Nur wenige Bauten die ich behindertengerecht mache, oder barrierefrei mache, und dort fülle ich dann alles an, nur mit Menschen mit Beeinträchtigungen. Das wäre sicher der falsche Weg. Ein Mix daraus wird wahrscheinlich die Lösung sein. Das ist überhaupt keine

Frage. Ich tu mir bei der Mietenhöhe etwas schwer. Ich gebe das zu. Die Kosten entstehen. Wir können sie auch nicht auf irgendjemand anderen übertragen. Sie müssen objektbezogen abgerechnet werden. D. h., ich kann auch nicht sagen, ich tu mir bei einem Wohnbau leichter, also nivelliere ich die Mieten und hole mir das von dem anderen Bau. Das ist rechtlich, gesetzlich einfach nicht machbar. Sehr viele der Investitionen, die getätigt werden, dienen auch dazu, dass die Betriebskosten in Summe und in Zukunft sinken. Vollwärmeschutz z. B. ist so ein Fall. D. h., damit habe ich zwar jetzt einen Investitionsaufwand, aber in den laufenden Kosten komme ich damit natürlich runter. Ich bin allerdings schon auch der Meinung der Kollegin Frech, dass eine frühzeitige, umfassende Information natürlich viele Emotionen hinten an hält. Wir haben allerdings schon beschlossen, in einer Vorstandssitzung, dass wir alle, die in solche Bauten einziehen, wo eine Mieterhöhung bevor steht, dass wir hier bei der Vermietung gleich die Erhöhungszeiträume und die Höhen bekannt geben, sodass sich jeder wirklich einstellen kann, wann kostet diese Wohnung, in die ich jetzt einziehe, mehr, wann ist mit Mieterhöhungen, außertourlichen, zu rechnen. Wir wissen alle, das betrifft vor allem jene Wohnungen die in den 90iger Jahren gebaut wurden. Hier hat es ein Landesgesetz gegeben, das in den ersten Jahren praktisch zinsfrei das Wohnen macht. Da hat sich jeder gefreut natürlich der in diese Wohnungen einzieht. Aber jetzt muss irgendjemand die Zeche dann zahlen.

Der Lifteinbau, da warne ich schon ein bisschen Kollege Bremm. Ein Lifteinbau bedeutet nicht barrierefrei. Sehr viele unserer Lifte enden im Halbstock und damit sind sie nicht barrierefrei. Ich muss genauso dann die Stufen überwinden. Ein Rollstuhlfahrer ist nicht in der Lage dazu, jemand der schwer gehbeeinträchtigt ist, schafft

die Stiege alleine auch nicht. D. h., es ist eine Erleichterung, es hilft, dass Menschen länger in diesem Objekt wohnen können, aber ein barrierefreies Wohnen ist es natürlich nicht. Im Zuge, nachdem das ja in der Presse auch mitgeteilt wurde, haben mich Bewohner angesprochen, die mit dem Lifteinbau nicht einverstanden sind. Das gibt es auch. Nicht alle sind, wenn ein Lift in ihrem Objekt errichtet werden soll, einverstanden. Vor allem die im Erdgeschoss nicht. Die brauchen dann zwar bei den Investitionskosten nicht mit zahlen, wir sollten uns aber anschauen, die sind der Meinung, dass sie bei den laufenden Kosten mit zahlen. Auch hier eine möglichst große Transparenz und Information ist sicher sinnvoll. Ich bin im Aufsichtsrat der GWG und ich bin eigentlich dort noch nie auf verschlossene Türen gestoßen. Wenn man ein Problem erkennt, dann muss man es sagen und dann arbeiten glaube ich alle miteinander daran, dass man es auch löst. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Der Vizebürgermeister Bremm entwickelt sich ja inzwischen zum Universalgenie, eine Art Stadtsenatsmitglied mit Universalportefeuille. Weil einmal tritt er als Baustadtrat auf und sagt uns, dass die Kirchengasse nicht hergerichtet wird, heute ist er der Wohnexperte. Das ist ja sehr begrüßenswert. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum er nächstes Jahr noch einmal kandidiert. Aber Spaß beiseite. Es ist sehr interessant, wie sich hier auf einmal die Kompetenzen bei der SPÖ verschieben. Wohnkosten sind natürlich ein Thema das alle Menschen betrifft und ist natürlich ein sehr

wichtiges Thema. Darum soll man auch glaube ich halbwegs bei der Wahrheit bleiben, was so hier kund getan wird. Ich sitze schon sehr lange im Wohnungsausschuss und beschäftige mich mit diesem Thema sehr intensiv und ich möchte auch gerne ein paar Worte dazu sagen.

Vielleicht wäre es heute vernünftiger gewesen, wenn der Gemeinderat an das Land eine Resolution beschlossen hätte, wo man nämlich wirklich die Kosten beeinflussen kann, die ja wir hier in Steyr nur über die Betriebskosten beeinflussen können, wo unsere Fraktion ohnedies immer gewarnt hat vor allzu großen Erhöhungen bei Kanalgebühren, Müllgebühren, Wasser usw., weil ja das natürlich die Gesamtmieten entsprechend in die Höhe treibt. Was die Zinsen anbelangt, so haben wir natürlich weniger Einfluss und ich bin trotzdem erfreut, dass auch der Vzbgm. Bremm, noch einmal zitiert, so einen tollen Draht zum Land hat, weil offensichtlich im vorausgehenden Gehorsam hat ja der zuständige Landesrat eh schon reagiert darauf. Wir debattieren heute und er hat uns schon mitgeteilt, dass das alles nicht unnötig teurer werden darf. Offensichtlich hat er ein bisschen ein Problem mit der Landesjugend, dass er sich da durchsetzt, was überhaupt ein allgemeines Problem der SPÖ in letzter Zeit ist. Ankündigungen hören wir viele, umsetzen eher weniger. Das Problem haben wir auch einmal einige Zeit gehabt, jetzt habt ihr es. Ihr habt uns auch sieben Jahre nicht geschont, daher werdet ihr auch damit leben müssen, dass wir diese Themen jetzt aufgreifen wo ihr nicht mehr so an Durchlasskraft besitzt. Es wäre wichtig in diesen Themen, denn wenn das wirklich so ist, dass die Zinsen, die ja für ältere Bauten dann teurer werden, StR Oppl, wir alle wissen, wenn man die jetzt länger hinausdehnt, länger ausweitet, weil auf das kommt es ja hinaus, dann werden auch die schon vor

längerer Zeit gebauten Wohnungen wieder billiger. Wenn das dann tatsächlich eintritt, dann wäre das vielleicht eine Teillösung des Problems. Wir werden sehen, ob sich da der Landesrat in der Landesregierung durchsetzen kann gegen Schwarz-Grün. In dieser Sache wäre das sicher für die Mieter eine erfreuliche Entwicklung.

Was die Kosten anbelangt, es ist immer ein Problem mit Einzelbeispielen. Das ist schon richtig. Es gibt sicher eine, vielleicht nicht allzu große, aber eine kleine Anzahl von relativ kleinen Wohnungen bei der GWG die unverhältnismäßig teurer sind, der Herr Geschäftsführer wird mir das bestätigen, z. B. die Wohnungen am Ortskai, eine kleine Anzahl, die sind sehr klein und verhältnismäßig teuer, die bringen wir ja auch seit Jahren dort sehr schwer an. Im Großen und Ganzen muss man aber sagen ist die Nachfrage nach Wohnungen die einer gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft gehören, ob sie jetzt der Stadt angehört oder einer anderen, nach wie vor sehr groß. Warum? Weil sie unter dem Strich natürlich schon billiger sind wie Privatwohnungen. Also das ist eine Behauptung die ich so nicht teilen kann. Unter dem Strich sind natürlich gemeinnützige Wohnungen noch immer, so wie man das bezeichnen kann, sozialer als wie die meisten privaten Wohnungen. Man braucht sich das ja nur anschauen, was da manche Immobilienhändler, wenn sie eine Wohnung vermitteln, was die dann unter dem Strich kosten.

Bei den Liftkosten ist es wahrscheinlich so, sie sind natürlich zu begrüßen und wir haben sie selbst auch immer gefordert, weil ältere Menschen dadurch länger in den Wohnbauten bleiben können. Wenn man sie jetzt baulich so umändern kann, dass jeder mit dem Rollstuhl in die Wohnung hineinfahren kann, dann werden alle sagen, die Wohnungen wird sich wahrscheinlich

keiner mehr leisten können. Ein Lift einbau ist sicher eine tolle Sache, aber vielleicht kann man sich da was überlegen, dass man auch für behindertengerechte Wohnungen eine Lösung findet. Der StR Oppl wird sicher noch etwas dazu sagen. Unter dem Strich ist das natürlich langfristig auch eine große Herausforderung für die Stadt, weil mit 6.500 Wohnungen ist die GWG der Stadt Steyr ja bekanntlich die größte Wohnungsgenossenschaft und die Preisentwicklung dort natürlich auf die Lebensqualitäten, auf das was sich die Leute leisten können, einen großen Einfluss hat. Und über die Betriebskosten hat die Stadt eigentlich nur eine Möglichkeit das ein bisschen zu steuern und das sollte man auch in Zukunft berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Vertreter, Vertreterinnen der Presse. Ich habe selbst bis vor ein paar Monaten eine Wohnung in Steyr gesucht. Ich bin Alleinerzieherin mit einer Tochter, 9 Jahre alt, d. h., man braucht zumindest zwei Wohnräume die man bewohnen kann. Ich bin nach wie vor bei der GWG gemeldet, habe auch privat gesucht. Es hat relativ schnell gehen sollen, müssen. Was mir aufgefallen ist zu dem Thema, und darum melde ich mich auch, es gibt keinen Unterschied, also bei den Wohnungen die für mich in Frage gekommen wären, und ich habe keine sehr hohen Ansprüche. Es ist zwischen privaten Wohnungen, also wenn man dann wirklich die Kosten unter dem Strich zusammen rechnet, und GWG, bei den Objekten, und es waren sicher 5 bis 6 seitens der GWG und mehrere private Wohnungen, kein Unterschied. Was stimmt Herr Bremm, es stimmt,

dass alles teurer wird. Dieses Argument, das ich ein bisschen unglücklich finde, dass man ja da irgendwie schauen muss und da kann man nichts machen, ich bekomme da immer ein bisschen eine Wut, weil ich denke mir für was sind wir Politiker und Politikerinnen. Ich denke mir es gibt eine Verwaltung ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Gleich dem Herrn Landesrat eine Mitteilung machen Frau Kollegin. Ihr habt eh wem in dort.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Sollen wir uns jetzt unterhalten oder darf ich weiter reden? Nachher in der Pause. Oder?

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Gerne.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Ich persönlich bin vor vier Jahren in die Politik gegangen, weil ich die Hoffnung gehabt habe, dass genau diese Dinge, diese von Gott gegebenen, von der Wirtschaft gegebenen Entwicklungen, alles wird teurer, die Arbeitsplätze werden prekärer, die Kosten steigen, man kann nichts machen. Ich denke mir es ist eine große Aufgabe der Kommunalpolitik grundsätzlich sich zu überlegen, wie man diesen Tendenzen begegnen soll. Ich erwarte mir eigentlich von einem Vizebürgermeister der heraußen steht und auf so etwas antwortet eine Zusage, dass man grundsätzlich bereit ist sich etwas zu überlegen was diese Tendenzen betrifft und nicht nur zu sagen, ja, da kann man nichts machen, das sind leider Dinge die so passieren. So gesehen denke ich mir, dass man Prioritäten setzen muss und dass man nicht sagen kann man kann nichts machen. Mich hat das

jetzt ein bisschen empört und dem habe ich irgendwie einfach Ausdruck geben müssen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Walter bitte.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Die Debatte war aus meiner Sicht eh so zu erwarten. Ich möchte aber vorausschicken, es hat keiner von uns Angst gehabt, dass wir die Debatte führen. Ich denke mir es ist ja gut, dass wir das einmal in diesem Gremium und in diesem Kreis diskutieren. Es ist jetzt von meinen Vorrednern schon relativ viel, speziell vom Kollegen Bremm aber auch vom Kollegen Mayrhofer, gesagt worden und ich möchte mich da jetzt nicht noch einmal ausführlichst wiederholen. Ich werde jetzt einmal versuchen mein Mitgeschreibsel zu beantworten. Ich möchte gleich einmal auf den Aspekt barrierefrei eingehen. Michaela du hast gesagt, du hast das schon mehrmals im Wohnungsausschuss thematisiert. Aus irgendeiner Intention heraus habe ich mir die Protokolle aufgehoben. Es war genau im Wohnungsausschuss vom 19. November des vorigen Jahres. Da haben wir protokolliert: GR Frech möchte wissen, warum die Wohnungen auf den Knoglergründen nicht barrierefrei und behindertengerecht errichtet worden sind bzw. ob generell eine Nachrüstung im Stadtgebiet möglich ist. Meine Antwort dazu: StR Oppl stellt dazu fest, dass zum Zeitpunkt der Baubewilligung die geltenden gesetzlichen Bestimmungen ein barrierefreies Bauen noch nicht vorgesehen haben und daher auch nicht gefördert werden. Neue Projekte werden aber barrierefrei errichtet, siehe Stelzhamerstraße. D. h., jetzt gibt es Bestimmungen wo sowieso von Haus aus jeder Neubau barriere-

refrei ausgeführt werden muss. Festzuhalten ist aber auch, dass barrierefrei nicht behindertengerecht ist. Das muss man sich auch noch einmal in Erinnerung rufen. Zwischen den beiden Begriffen liegt nämlich ein riesen-großer Unterschied. Selbstverständlich ist es möglich, geeignete Wohnungen in jedem Stadtteil zu adaptieren und umzubauen. Am einfachsten ist das im Objekt Resthofstraße 75 und 77 bzw. 79 zu bewerkstelligen. Das hat nämlich den Grund, dass wir viele unserer Wohnungen die in den 50iger, 60iger und zum Teil noch in den 70iger Jahren gebaut wurden, einfach gar nicht barrierefrei umgerüstet werden können, außer man reißt das ganze Innenleben heraus, weil zum Teil die Türzargen nicht die entsprechenden Dimensionen haben usw. Ich stehe auch dazu, dass man überall dort wo wir den Bedarf haben, und das tun wir auch laufend und das haben wir auch mehrfach schon bewiesen, Wohnungen die von Haus aus noch nicht barrierefrei sind, selbstverständlich, sofern es in einem relativ vernünftigen finanziellen Aufwand möglich ist, diese auch barrierefrei ausführen. Ich halte nichts davon, dass wir jetzt alle unsere Wohnungen adaptieren und barrierefrei umrüsten. Z. B. wenn jetzt eine Wohnung frei wird, bevor wir sie vergeben, wird sie generalsaniert, wir bringen sie dementsprechend auf den neuesten Stand und wenn das noch einmal der Fall sein sollte, dass wir punktuell, wenn ein Wohnungswerber sagt ich brauche aufgrund meiner Behinderung eine barrierefreie Wohnung, dann werden wir diese Wohnung auch dementsprechend adaptieren. Also, wir arbeiten zielgerecht und nicht einfach so jetzt mit dem Gießkannenprinzip dann einmal grundsätzlich alle Wohnungen barrierefrei adaptieren. Ich glaube, dass das auch ein vertretbarer Weg ist. Wir haben noch immer, sofern es notwendig war, und Gott sei Dank jeder Behinderte ist zu viel und es wäre

schön, wenn er keine Behinderung hätte, aber diese Anzahl hält sich Gott sei Dank in Grenzen.

Ja, dann Mietenhöhe. GWG-Wohnung 33 m², 272 Euro hast du gesagt. Ich kann nur eines sagen, dass der durchschnittliche Preis für einen Quadratmeter bei der GWG zwischen maximal 5 bis 7 Euro liegt. Es kann sich, und da liegt nämlich jetzt irgendwo der Teufel im System, wahrscheinlich, man kann nämlich nicht jetzt da, und das ist schon ein bisschen ein Problem, wenn man das nicht genau konkretisieren kann. Ich will das gar nicht in Zweifel stellen was du sagst, dass da eine 33 m² Wohnung 272 Euro kostet. Nur kann ich jetzt nicht das einfach sagen und das ist die Norm. Da können so viele Faktoren mit spielen, bis hin, dass sich z. B. der Mieter oder die Mieterin ein Bad neu machen hat lassen und nicht in der Lage war, diese Kosten, die für das Bad aufzuwenden sind, von sich aus zu finanzieren. So viel nämlich jetzt zum sozialen Aspekt. Da geht nämlich die GWG her und finanziert das vor, ermöglicht den Leuten, dass sie einen Preis bekommen wie ihn die GWG bekommt, weil ja wir für unsere Generalsanierungen über das ganze Jahr, sowohl bei den Fliesenlegerarbeiten, bei den Installateuren und bei den Elektrikern ect., ausschreiben und natürlich dann aufgrund der großen Summe die wir im Jahr in Summe brauchen, haben wir natürlich einen günstigeren Preis als wie wenn ich als Privatperson zu einem Installateur gehen und sage mache mir ein Angebot. Dann bekomme ich ganz einen anderen Preis zusammen als wie wenn ich die Vorteile von der GWG nützen kann. D. h. die GWG baut den Leuten das Bad um, finanziert das quasi vor und verrechnet das dann über die Mieten und auf 10 Jahre aufgeteilt bezahlen dann die Leute das zurück. Das ist nur einer von vielen, vielen Gründen warum es bei dem Beispiel so sein könnte. Ich kann es nicht sagen, es gibt

keinen Namen, es gibt keine Adresse, du hast nur gesagt es ist eine Wohnung im Wehrgraben. Aber ich denke mir, die durchschnittliche Miete ist sicherlich nicht in der Höhe wie es du mit den 8,20 Euro als Beispiel angeführt hast.

Zu den privaten Mieten möchte ich sagen, da liegt auch, wenn ich mir jetzt das Beispiel was ich zuerst gesagt habe mit den 5 bis max. 7 Euro Quadratmeterkosten, dann bin ich locker dort nur mit dem Unterschied, dass ich bei einer gemeinnützigen Wohnung, egal ob das jetzt die 1. GWG oder die Styria ist, wie sie halt alle heißen, habe ich da eine sehr, sehr große Sicherheit, dass dann bei der Betriebskostenabrechnung, Mitte des Jahres oder am Jahresende, es zu keinen bösen Überraschungen kommt. Ich kenne viele, viele Fälle die in Privatwohnungen gewohnt haben und sich irrsinnig gefreut haben, weil sie so eine günstige Miete gehabt haben, inkl. Betriebskosten, und dann das böse Erwachen gekommen ist, wie sie dann die jährliche Betriebskostenabrechnung vorgelegt bekommen haben und dann haben sie etliche Euro nachzahlen müssen. Es ist so. Das passiert bei den gemeinnützigen Genossenschaften sicher nicht. Selbstverständlich kommt es dort und da auch zu einer Nachzahlung, aber ich kann euch sagen, jetzt, bei der jetzigen Betriebskostenabrechnung die vor ein paar Wochen hinausgegangen ist, ist der überwiegende Teil und das auch wiederum aufgrund unserer Sanierungstätigkeit, ersparen sich die Leute unter dem Strich bei den Betriebskosten, speziell was die Heizung anbelangt, so viel Geld. Da gibt es Beträge die gehen bis zu den hundert Euro die zurückbezahlt werden und wo sich die Miete verringert um diesen Betrag. Ich habe ja, ich glaube es war in der Jänner-Sitzung, ich möchte mich da jetzt nicht wiederholen, weil sonst rede ich noch eine halbe Stunde, ja relativ ausführlich, sogar

eine Art Expertise da in diesem Kreis erläutert, wie sich die Mieten zusammen setzen. Nur ganz kurz, da gibt es im Grunde genommen drei große Töpfe. Das eine ist quasi der Topf der eigentlichen Miete, wo man die Kredite zurück bezahlt, dann gibt es den relativ großen Topf wo die ganzen Betriebskosten enthalten sind und dann gibt es den Topf wo der sogenannte Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag einbezahlt wird, aus dem dann Reparaturen und auch die Sanierungen getätigt werden müssen. Logischer Weise, jeder sieht bei der Miete unter dem Strich einen Betrag und ist auch nicht zu verlangen von jedem Einzelnen, dass er das genau jetzt unterscheiden kann. Aber ein Faktum ist, dass die eigentliche Miete bei den gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften sich gar nicht verändern darf, bis auf die Bestimmungen wo sich halt aufgrund der Wohnbauförderung die Kreditrückzahlungen, die Annuitäten verändern, die dann umgelegt werden müssen. Sonst ist die Grundmiete immer gleich. Vom ersten Tag des Baues, vom Einzug bis in alle Ewigkeit. Die Schwankungen, wie gesagt, die basieren in erster Linie auf steigende Betriebskosten, Energiekosten und um da vielleicht gleich die letzte Wortmeldung der Ute Fanta mit einfließen zu lassen, wir als Kommunalpolitiker, denke ich mir, haben relativ wenig bis überhaupt keinen Einfluss darauf, wie sich die Energiepreise ect. entwickeln. Ich kann nur daran erinnern, dass wir im Jänner diese Resolution, Kollege Payrleithner die du angesprochen hast, speziell mit den Sprüngen jetzt beim Auslaufen der Wohnbauförderung, haben wir ja gemeinsam da herinnen eine Resolution beschlossen, wo wir auch die Forderung drinnen gehabt haben, dass eben die Betriebskosten in die Berechnung der Wohnbeihilfe mit einfließen soll. Also, so ist es ja nicht. Wir haben ja erst vor ein paar Monaten dieses Thema da diskutiert und haben da ge-

meinsam diese Beschlüsse gefasst. So viel zu den Mieten.

Dass die Leute nicht informiert werden, also das muss ich schon in aller Deutlichkeit zurückweisen. Wenn Haussanierungen anstehen, dann gibt es selbstverständlich Mieterversammlungen. Es gibt selbstverständlich bei Nachrüstungen von Liften Mieterversammlungen, wo die Leute informiert werden, wo die Leute Fragen stellen können, wo das ausdiskutiert wird. Wenn wer eine spezielle Frage hat, dann kann er jederzeit bei der GWG anrufen und er bekommt im Regelfall wirklich äußerst schnell und kompetent Auskunft. Ich kann euch nur sagen, alle Anrufe die zu mir kommen, weil sie sich z. B. bei der Betriebskostenabrechnung nicht auskennen und behauptet wird das stimmt nicht und das ist alles falsch, ich gehe natürlich jedem Fall persönlich nach und habe dann immer noch zurück gerufen und aufklären können, dass das seine Richtigkeit hat und auf die dementsprechend zuständigen Kolleginnen und Kollegen von der GWG verweisen können die dann das im Detail aufgeklärt haben.

Michaela, wenn du sagst auf der Homepage sind keine freien Wohnungen und wo anders sind freie Wohnungen, dann sage ich jetzt einmal sind wir in einer relativ glücklichen Lage, dass wir keine freien Wohnungen auf der Homepage haben. Weil das heißt, dass wir fast keinen Leerstand haben, weil sonst bräuchte man ja keine freien Wohnungen auf die Homepage stellen. Und die Praxis, und du bist selbst im Wohnungsausschuss, du weißt ganz genau, wie viele Wohnungen bei uns, bei der GWG alleine in einem Jahr zurückkommen, vergeben werden ect. Ich brauche die freien Wohnungen die wir haben, die sind in erster Linie Einraumwohnungen wo der Bedarf nicht gegeben ist. Es ist einfach der Bedarf nicht mehr da. Es will kein Mensch mehr eine Einraumwohnung, verständ-

licher Weise. Die Lebensweise hat sich geändert. Wir können aber die Wohnungen nicht so einfach wegzaubern. Da fühlen sich dann die Leute, die auf die Homepage schauen, unter Umständen ein bisschen veräppelt, wenn ich nur Einraumwohnungen drinnen habe. Wenn eine 2-, 3- oder 4-Raumwohnung gekündigt wird, dann kann man gar nicht so schnell schauen sind zwei, drei, vier Bewerber oben die sagen ich möchte gerne die Wohnung. Das läuft in der Praxis so herunter, dass wir von der GWG noch gar nicht wissen, dass diese Wohnung gekündigt ist, weil sie de facto noch nicht gekündigt ist, aber die Leute stehen schon beim Kollegen Baumgarten oder rufen mich an und sagen, du oder Sie ich möchte die Wohnung haben. Worauf wir dann immer sagen, die gibt es nicht. Nein, das ist ja doch unmöglich. Es ist tatsächlich so, die Leute wissen durch die allgemeine Kommunikation in der Nachbarschaft, das geht wie ein Schneeballsystem, egal, wenn auf der Ennsleite eine Wohnung frei wird, wissen sie das meisten schon ganz unten in Gleink oder draußen in der Steinfeldstraße. D. h., so viele Wohnungen können gar nicht frei sein, dass wir irgendwann das auf die Homepage geben könnten, weil die sowieso sofort wieder vergeben werden. Am besten ist in diesem Fall sowieso der Kontakt, immer der direkte, weil dann kann man sich das auch ausreden.

Ja, und ob jetzt der Aufsichtsrat auf der Homepage steht oder nicht, wir werden die Anregung mitnehmen, werden die Mitglieder des Aufsichtsrates auf der Homepage veröffentlichen. Es ist ja kein Geheimnis, zumindest in diesem Kreis, wie sich der Aufsichtsrat der GWG der Stadt Steyr zusammen setzt. Da gibt es zwei Eigentümervertreter und dann gibt es Mitglieder des Aufsichtsrates. Nachdem die GWG der Stadt Steyr zu 100 % im Eigentum der Stadt Steyr ist, ist dieser Aufsichtsrat bzw. die Eigentümervertreter sind ident

mit den Mitgliedern des Stadtsenates. Falls wer das von euch herinnen noch nicht gewusst hat, ich erkläre euch das jetzt ganz kurz. Der Herr Bürgermeister ist ein Eigentümerversorger von 99 % und der Herr Vizebürgermeister Bremm ist Eigentümerversorger von den restlichen Prozent auf die 100 % und alle anderen Mitglieder des Stadtsenates sind die Mitglieder des Aufsichtsrates und ich, in meiner Funktion als Wohnungsreferent, übe auch die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden aus und der Kollege Mayrhofer übt die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden-Stellvertreters aus. Bei der Gelegenheit möchte ich das schon auch klipp und klar sagen, nicht dass einer auf die Idee kommt und sagt, was kassieren die denn für diese Tätigkeit. Also, diese Tätigkeit wird zu gewaltigen 0,00 Euro ausgeübt. Also, in dieser Tätigkeit entstehen der GWG der Stadt Steyr und somit wiederum unseren Mieterinnen und Mietern keine zusätzlichen Kosten. Ich kenne andere Wohnungsgenossenschaften die ebenfalls gemeinnützig sind und wo das nicht der Fall ist. Aber weil es halt so gerade passt, denke ich mir kann man das auch so ohne weiteres dazu sagen.

Liftnachrüstungen, nicht barrierefrei und Mieter zahlen bei den laufenden Kosten mit. Gunter, ich glaube das ist von dir gekommen. Selbstverständlich sind die Lifte die wir nachrüsten, im Übrigen heuer erreichen wir die Zahl alleine bei der GWG der Stadt Steyr von 91 Liften, die wir mit Jahresende in unseren Häusern nachgerüstet haben. Und die Vorgangsweise ist so, dass, wenn die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter das wünschen, dann wird so ein Lift nachgerüstet mit der bekannten Förderung von 50 plus 30 % seitens des Landes und seitens der Stadt. All jene Mieterinnen und Mieter die sich nicht dazu einverstanden erklären, werden selbstverständlich in den laufenden Kosten, sprich in den Betriebs-

kosten nicht mit eingerechnet. Also, das möchte ich in aller Deutlichkeit hier auch in diesem Saal kund tun. Selbstverständlich ist es so, dass jede neue Mieterin oder jeder neue Mieter, der dann in ein Haus einzieht wo schon ein Lift drinnen ist, in eine Wohnung die noch nicht mitfinanziert haben, automatisch dann bei der Bezahlung der Betriebskosten mit hineingerechnet wird und somit sich dann aber der Anteil der Betriebskosten für die restlichen Mieter, die bereits bezahlt haben, das dementsprechend auch verringert.

Ich denke mir, soweit habe ich ziemlich alle Themen die von meinen Vorrednern noch nicht erläutert wurden, hoffe ich, so ausführlich erklärt. Ich kann vielleicht abschließend, nur weil es gerade passt, die Mitteilung machen, dass wir zwischenzeitlich bei unserem Sanierungsprogramm schon gut 70 % abgeschlossen haben und noch 79 Gebäude für eine Sanierung haben, eine Generalsanierung, und wir rechnen, dass wir bis zum Jahr 2014 bzw. 2015, das kommt auf die Witterung darauf an und auch auf die Lage und wie sich auch die Preise entwickeln, das Generalsanierungsprogramm bei unseren Häusern abgeschlossen haben, mit dem Beiwerk, dass natürlich durch die Sanierungen sich die Mieten, der EV-Betrag sich dementsprechend erhöht. Noch einmal, überall wo wir über die gesetzlich erlaubten 1,46 Euro sind, ist es notwendig, eine 100%ige Zustimmung der Mieterinnen und Mieter zu erwirken. Ich kann in diesem Zusammenhang sagen, dass wir bis auf einen einzigen Fall, der gerichtsanhängig ist, eigentlich alle einstimmig die Zustimmung der Mieter bekommen haben. Respektive dort wo drei oder vier Mieter in einem Haus nicht bereit waren, haben wir im Aufsichtsrat beschlossen, dass wir das dann bei Gericht einklagen. Es war bis jetzt immer noch so der Fall, dass entweder dann diese Einsprüche im Vorfeld zurückge-

zogen wurden, respektive überhaupt keine Einsprüche gemacht worden sind.

Zum Abschluss, als Beispiel, wenn ich z. B. ein Haus habe wo ich 32 Wohnungen drinnen habe und von den 32 Wohnungsinhabern sagen 31 okay, sanieren wir, auch mit dem erhöhten EVB und einer weigert sich, dann glaube ich ist es verständlich, dass man dann sagt, man lässt das Gericht entscheiden, noch dazu wenn man dann so hinten herum erfährt, dass für diese Person das keine finanzielle Frage war, sondern weil ihm der Dreck zu viel war. Grundsätzlich möchte ich sagen, dass ich überzeugt bin, dass die GWG eine hervorragende Arbeit im Sinne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger leistet und wir wirklich unsere Aufgaben als gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft auch wahr nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Frech hat sich noch zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin sehr dankbar über die Wortmeldung vom zuständigen Stadtrat Oppl, weil er im Prinzip sehr viel von dem, oder eigentlich fast alles bestätigt, was ich hier heraußen zur Diskussion stellen wollte. Der StR Oppl hat gesagt, das was sich nicht ändert ist die Miete, die bleibt ja gleich, aber es sind die steigenden Betriebskosten. Und die steigenden Betriebskosten, das ist etwas, was wir in der Stadt Steyr beeinflussen können und wo man nicht sagen kann, na ja es ist eine Verteilungsungerechtigkeit auf der Welt vorhanden, da können wir

nichts tun dagegen. Die Betriebskosten haben wir zu einem großen Teil im Griff, mit Kanal, Wasser usw., ich habe sie schon aufgezählt. Das hast du bestätigt.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Thema ist ja GWG und die kann da nichts machen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber wie wir gehört haben, gehört zu 98 % die GWG der Stadt Steyr.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Aber nicht die Kanalgebühren.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, nicht die GWG, aber die Stadt Steyr macht sie. Wenn die GWG zu 98 % der Stadt Steyr gehört, wie wir gerade gehört haben, ja dann ...

Zwischenrufe: 100 %

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zu 98 % dem Herrn Bürgermeister als Finanzreferenten. Wenn die GWG zu 100 % der Stadt Steyr gehört, ja dann wird doch die Stadt Steyr vielleicht einen Einfluss machen können der allen Steyrerinnen und Steyrern zu Gute kommt, nicht nur die, die Bewohner der GWG sind, indem man die Betriebskosten in den Griff bekommt. Also, steigende Betriebskosten, da haben wir ein Eingriffsrecht, eine Eingriffsmöglichkeit und da würde ich halt bitten, und darum habe ich diese „Aktuelle Stunde“ gemacht, damit man darüber nachdenkt. Punkt 1).

Punkt 2), wenn heute Leute anrufen bei der GWG und sagen sie kennen sich bei der Abrechnung nicht aus, dann weiß ich schon, dass man dort sehr serviceorientiert arbeitet und es

erklärt. Der Ansatzpunkt müsste aber so sein, dass die Abrechnungen so gestaltet sind, dass sie jemand lesen kann, ohne dass er dafür ein Hochschulstudium oder einen Maturabschluss braucht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber das kann jeder.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Na, das schaue ich mir einmal an. Also, ich bin häufig mit Leuten konfrontiert, die zeigen mir dann ihre Abrechnung und sagen: "Wissen Sie was, können Sie mir das erklären, da kenne ich mich nicht aus." Und vielleicht ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Kann ich dazu was sagen?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Du hast zwar deine Redezeit schon überschritten, aber mir ist das egal.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Das hängt direkt mit dem EDV-Programm zusammen das in Verwendung steht. Wir haben beschlossen, dass wir eine neue Software machen wollen, die alles verbessert.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
D. h. es wird besser?

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, es wird besser.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Na wunderbar, d. h., es bestätigt ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es ist aber jetzt schon nicht schlecht.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Lesen kann man es trotzdem.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das Bessere ist immer der Feind des Guten. Also bin ich froh wenn das passiert.

Dann sagst du, Walter, keinen Leerstand. Wir wissen alle, dass es einen Leerstand gibt, Gott sei Dank zum Teil einen sinkenden. Wir haben schon Phasen gehabt mit 50 Wohnungen, zum Teil sogar schon 100 Wohnungen. Ich denke mir es fühlt sich keiner veräppelt, wenn dann halt weniger Wohnungen oben stehen, aber das was frei ist und was man ohnedies lange Zeit nicht vermieten kann nicht hinaufzustellen, das halte ich für ökonomisch falsch. Was ökonomisch falsch ist kann politisch auf Dauer nicht richtig sein. Wir haben manche Wohnungen, die stehen halt sehr, sehr lange leer. Das wäre eine Möglichkeit, dass man diesen Leerstand vielleicht doch reduziert. Das kostet nichts, ich stelle sie auf die Homepage. Da würde ich darum bitten.

Zum Abschluss, du hast ein Protokoll aus dem letzten Jahr zitiert, danke schön, weil es zeigt, dass ich das ja nicht hier in der „Aktuellen Stunde“ zum Thema mache und im Ausschuss nicht darüber rede, sondern ich habe das Thema Barrierefreiheit, Behindertengerechtigkeit schon oft im Ausschuss gebracht. Was mich damals auch gestört hat und du hast es heute wieder gesagt, das war das Argument: „Wir mussten damals die Knoglergründe noch nicht barrierefrei machen, weil es eben noch keine gesetzliche Verpflichtung gab.“ Da frage ich mich schon, tun wir Politiker immer nur das was wir tun müssen, oder sollten wir nicht das tun, was wir tun sollen. Das Thema Barrierefreiheit und Behinder-

tengerechtigkeit ist keines der letzten zwei Jahre, sondern da hätte man auch schon viel früher etwas angehen können. Aber es zeigt einfach, wie man in Steyr auch denkt. Das was gesetzlich sein muss, das tun wir. Das haben wir auch gesehen bei der „Aktuellen Stunde“ wo dann herumgeritten wird, ja wie konkret ist das jetzt. Interessanterweise beim politischen Gegner, weil der Stadtrat Oppl hätte heute nur 5 Minuten reden dürfen. Laut Statut eindeutig geregelt, 5 Minuten. Du hast viermal solange geredet. Aber ich sage mir ist das egal, weil das ist ja nicht Demokratie ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Der Bürgermeister macht die Sitzungsführung oder die Frau Vizebürgermeisterin Mach. Wir, von der Opposition, machen keine Sitzungsführung.

Aber wie gesagt, ich habe da kein Problem und ich finde es auch in Ordnung, wenn der zuständige Stadtrat länger reden darf. Was ich sagen will damit ist, gehen wir weg von diesem Punkt nur das zu tun was wir tun müssen und tun wir das, was wir tun sollen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Und es ist ein Thema für die Leute. Ich sage nur eines, weil wir heute schon einmal beim Thema Spritpreise waren, einen Vergleich noch mit dem Auto der sich mir irgendwo aufdrängt, wenn man immer nur das tut was man tun soll bei einem Auto, dann weiß man, dann geht es irgendwann relativ rasch, dass man vielleicht kein Pickerl mehr bekommt. Ich muss ehrlich sagen, mit unter kommt es mir vor, dass die Steyrer Politik auf diesem Weg ist, wäre sie ein Auto, würde sie bald kein Pickerl mehr bekommen.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Das war jetzt polemisch. Ich habe geglaubt, wir können eine Sachdiskussion führen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren lasst mich auch noch ein paar Worte dazu sagen. Zum einen Thema, die Michaela hat ja am Anfang gesagt es gibt nur eine GWG und deswegen ist das ein konkretes Thema. Ich habe mir das jetzt überlegt, wenn ich gesagt hätte du präzisierst das, du hättest die Chance gehabt, dass du sagst okay, reden wir über die Mietpreise, dann wäre wahrscheinlich auch nichts anderes herausgekommen, weil es dir ja nicht darum geht, dass wir da herinnen sachlich diskutieren, sondern es geht dir um irgendwelche ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist eine Unterstellung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist wirklich das Einfachste und das passiert da herinnen auch hin und wieder einmal, dass ich einfach irgendein Thema her nehme, irgendein spezielles Thema, wo man nicht gleich antworten kann, wo man sich noch darauf vorbereiten muss. Aber du hast es eh gesehen, wir haben bei der SP sehr gut informierte Wohnungsspezialisten, mit dem Oppl Walter, mit dem Bremm Gerhard. Also, wir haben nicht nur einen sondern wir haben sehr viele die sich genau auf diesem Sektor sehr gut auskennen. Ich glaube es ist auch gut, dass wir solche Leute haben, weil in Steyr genau am Wohnungssektor sehr gut und hervorragend gearbeitet wird und auch ein gutes Service ist. Und wenn es um so Kleinigkeiten geht, dass ich sage jetzt habe ich auf der Homepage das eine oder das andere nicht drauf, okay, dann sage ich, danke schön für den guten Hinweis, wir wer-

den das auch noch einmal perfektionieren und in der Richtung eine schöne Homepage anbieten mit allem was aus deiner Sicht drauf gehört. Aber ich glaube, dass in Summe wirklich hervorragend da gearbeitet wird und dass da in Zukunft für die Steyrerinnen und Steyrer ein gutes Service geboten wird. Eines muss man schon klar sagen, eine gemeinnützige Wohnung, da steht einfach auch die SP dafür, dass es eine Gemeinnützigkeit in Zukunft auch in Steyr noch geben wird. Wenn man nämlich andere da arbeiten lassen würde und frei arbeiten lassen würde, dann wäre dieses Thema Gemeinnützigkeit nämlich schon weg. Das haben wir in der Vergangenheit eh erlebt, dass einiges geändert worden ist in der Richtung und dass wir heute natürlich, wie auch von der Frau Fanta da gesprochen worden ist, unter Umständen gleiche Preise haben können, ist klar. In einer schlechten Lage wird sich der nach dem Markt richten. Aber wenn heute wer eine Wohnung hat, ein Privater, in einer ausgezeichneten und guten Lage, dann wäre er wahrscheinlich schlecht gewickelt, wenn er da nicht einen höheren Preis verlangen würde. Das tut halt jeder Private, das ist halt einmal so. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Wenn es um die Beeinflussung geht, da möchte ich auch noch etwas dazu sagen. Die Beeinflussung der Gebühren und der Preise und alles mögliche, also, wir sind in dieser Weise mit Sicherheit zu einigen fähig oder möglich, dass man in Zukunft etwas macht und da wird auch von der SP einiges getan. Ich möchte nur darauf hinweisen, diese Forderung bei der Wohnbeihilfe. Das ist eine Selbstverständlichkeit, dass man so etwas unterstützt, dass dort auch die Betriebskosten hineingerechnet werden. Es gibt Heizkostenzuschüsse und es gibt auf dem Sektor Heizkostenzuschüsse auch weitere Vorstöße in der Richtung, dass man da noch etwas macht. Bei Kanalgebühren

und ähnlichem, bekomme ich vom Rechnungshof auch ständig den Hinweis, dass das selbstverständlich eine kostendeckende Angelegenheit sein muss. Da haben wir nicht volle Spielräume, dass ich sage, jetzt verrechne ich wesentlich weniger als zur Erhaltung dieser Kanalanlagen notwendig ist, sondern da muss ich sehr genau rechnen und da kann ich nicht einfach beliebig sagen ich mache das nicht. Also, da gibt es sehr viele Zwänge die uns auch dazu zwingen entsprechende Preise zu verlangen und da können wir nicht irgendwie groß Zugeständnisse machen. Dass du sagst wir tun nur alles was wir tun müssen, das stimmt ja bei Weitem nicht, sondern es gibt sehr viel wo wir sagen das machen wir freiwillig. Als ganz einfaches Beispiel die Liftnachrüstaktion. Das ist nicht ein Thema das wir unbedingt machen müssen, sondern das machen wir, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Steyr ein besonderes Service bieten wollen, weil wir eben sagen wir wollen das längere Wohnen in einer Wohnung und in den eigenen vier Wänden auch in Zukunft diesen Herrschaften erleichtern und das ist eine durchaus freiwillige Leistung. Da könnte ich viele aufzählen. Ich sage vom Hochwasserschutz angefangen über Wohnungsgeschichten gibt es da sehr viel. Das wollte ich noch zu diesem Thema „Aktuelle Stunde“ bringen.

So, damit wären wir am Ende der „Aktuellen Stunde“. Jetzt bitte ich noch um die **Kenntnisnahme der Stadtse-natsbeschlüsse** und komme dann zum Punkt **Verhandlungsgegenstände**. Da bitte ich die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um den Sparkassenfonds Steyr, Reithoffer KG, Haftungen der Stadt. Und zwar geht es da um die sogenannte Garantieübernahme. Im Zuge der Verhandlungen mit diversen Banken bezüglich des Darlehens und der Zwischenfinanzierung, hat sich herauskristallisiert, dass es aus gebührenrechtlichen Überlegungen sinnvoll ist, die Haftungen in Form einer Garantie zu übernehmen. Dieses Thema ist vom Finanzdirektor mit den verschiedenen Banken oder mit dem entsprechenden Bankinstitut Kommunalkredit Austria AG diskutiert worden. Da hat es eben diese Festlegung gegeben. Ich bitte diesem Antrag in dieser Form zuzustimmen.

1) Fin-122/06

Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG; Haftung der Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 30. Juni 2008 wird der Übernahme einer Haftung in Form der beiliegenden Garantie für das Darlehen gem. beiliegendem Anbot der Kommunalkredit Austria AG bis zu einem Betrag von Euro 12.990.000,-- - **vorbehaltlich einer eventuell notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung** - zugestimmt.

Die Beschlüsse bezüglich der Ausfallsbürgschaften werden dadurch aufgehoben.

Sollte es aus verwaltungstechnischen Gründen notwendig sein, kann das o. a. Darlehen und die o. a. Garantie auch auf mehrere gleich gestaltete Urkunden aufgeteilt werden. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nur eine Frage. Was sind gebührenrechtliche Überlegungen im Detail?

SR MAG. HELMUT LEMMERER:

Wir sind bei ca. 100.000 Euro!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (Bürgerforum Steyr). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es thematisch um dasselbe Thema nur um den Wirtschaft- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH. Da geht es ebenfalls um die Übernahme einer Garantie. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

2) Fin-108/98

Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut Steyr GmbH; Haftung der Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 30. Juni 2008 wird der Übernahme einer Haftung in Form der beiliegenden Garantie bis zu einem Betrag von Euro 1.200.000,-- - **vorbehaltlich einer eventuell notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung** - zugestimmt.

Die im Amtsbericht angeführten Beschlüsse bezüglich der Ausfallsbürgschaften werden dadurch aufgehoben.

Sollte es aus verwaltungstechnischen Gründen notwendig sein, kann die o. a. Garantie im Rahmen des Höchstbetrages auch auf mehrere gleich gestaltete Urkunden aufgeteilt werden. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (Bürgerforum Steyr). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem dritten Antrag geht es um die Global-Personalleasing GmbH. Da geht es um die Abschreibung von offenen Forderungen in der Höhe von 38.543,75 Euro. Es geht im Speziellen um Kommunalsteuer und Säumniszuschlag sowie Gerichtskosten. Diese Summen sind nicht einzubringen und es ist deswegen im Gemeinderat weil es die Summe von 25.000,-- Euro übersteigt. Ich bitte dieser Abschreibung offener Forderungen die Zustimmung zu geben.

3) Gem-106/06

Global-Personalleasing GmbH, 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15; Abschreibung offener Forderungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 9. Juni 2008 wird die Abschreibung der offenen Forderungen gegenüber der abgabepflichtigen Global-Personalleasing GmbH, 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15, in der Höhe von insgesamt Euro 38.742,78 gemäß § 181 der OÖ Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 107/1996 i.d.g.F., genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort?

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Ganz eine kurze Frage nur. Wie hoch war die Gesamtsumme?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kann Ihnen die Quote sagen. 8,21 % ist die Quote die da ausgeschüttet worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Die wir bekommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, die wir bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Erledigt? Gut. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich habe einfach eine Verständnisfrage. Ich habe mir den Akt angesehen und ich komme einfach nicht auf diese Summe die wir heute da abschreiben, immerhin 38.742,78 Euro, weil am 20. Dezember 2006 war eine Kommunalsteuer ausständig von 5.183,69. Das war mit Stand 20. Dezember 2006. Dann gab es ein weiteres Schriftstück im Akt mit 22. Februar 2007, das ist ja noch nicht so lange her, da war ein Rückstandsausweis von 13.154 Euro. Wie kommen wir jetzt in der relativ kurzen Zeit, zwischen Februar 2007 und heute, auf einmal auf 38.742,78 Euro. Das verstehe ich nicht. Ich habe mir den gesamten Akt angesehen und mehr habe

ich nicht gefunden. Ich frage mich wie das geht, dass man mit 20. Februar 2006 eine Kommunalsteuer aushaftend hat von 5.183, dann mit 22. Februar 2007, kurze Zeit später 13.154 und jetzt die 38.742. Das ist die Frage 1), die möchte ich noch aufgeschlüsselt haben. Das 2. ist, hat man rechtzeitig alles probiert, diese Forderungen, die offen waren, auch einzutreiben, weil ich finde auch kein Schriftstück im Akt wo man die Firma aufgefordert hätte, mehrmals, diese Forderung zu begleichen. Dass man mitunter eine Forderung abschreiben muss, das ist mir schon klar, aber da ist so viel zusammen gekommen, denke ich mir, da hätte man schon viel früher den Hebel ansetzen können, weil 38.000 Euro die hätte ich gerne für manch anderes. Vielleicht kann man das aufklären.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, ich kann das jetzt ad hoc nicht aufklären.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:

Also, es sind an sich die Schritte gesetzt worden. Die Kommunalsteuer ist ja eine Jahreserklärung. Es kann schon sein, dass oft die Firma nicht mehr vorhanden ist und in Konkurs ist und das ist der Fall gewesen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Thema Konkurs, Konkursforum haben wir angemeldet 13.154 Euro.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzter Gemeinderat, wenn wir die Zahlen da nicht aufklären können, und es aus dem Akt auch nicht ersichtlich ist und auch der Herr Finanzdirektor das nicht kann, dann ersuche ich um zurückziehen des Antrages, weil da

läuft uns nichts davon und dass wir bis zum nächsten Mal einen vollständigen Amtsbericht bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gut, wir kommen gleich über diesen Antrag zur Abstimmung. Wer für die Zurückziehung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Dieser Antrag wird im Herbst wieder behandelt werden. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Lingtos Holding GesmbH. über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut. Da geht es um die NKE Austria GmbH, Gewährung einer Wirtschaftsförderung. Ich glaube die Geschichte um die Firma NKE ist im Antrag sehr gut erläutert und es geht auch um einen Grundkauf in der Höhe von 21.500 m² und einer Option von 11.157 m². Das Grundstück wurde zu einem Kaufpreis von 30 Euro pro Quadratmeter plus 27 Euro Aufschließungsgebühren verkauft bzw. die Option abgeschlossen. Es gibt entsprechende Förderungen dieses Betriebes und ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) ÖAG-13/08

Abschluss eines Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Lingtos Holding GesmbH. über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut; NKE Austria GmbH; Gewährung einer Wirtschaftsförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen und der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 20. 6. 2008 wird dem Abschluss eines

Kaufvertrages und einer Optionsvereinbarung mit der Lingtos Holding GesmbH., 4407 Steyr-Gleink, Ennser Straße 41 a, über Grundstücke im Wirtschaftspark Stadtgut Steyr entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt.

Weiters wird aufgrund des Vorschlages des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Juni 2008 beschlossen, dass die Stadt Steyr der Firma NKE Austria GmbH., Ennser Straße 41, 4407 Steyr-Gleink in den Jahren 2008 – 2012 50 % jener Kommunalsteuer bei der Stadt Steyr, die über dem Kommunalsteueraufkommen für das Jahr 2007 liegt, in Form einer Wirtschaftsförderung refundiert. Die Abwicklung erfolgt in der im Amtsbericht dargestellten Form. Dem Abschluss einer entsprechenden Fördervereinbarung wird zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem fünften Antrag geht es um den Rechnungsabschluss 2007. Der ordentliche Haushalt für das Finanzjahr 2007 weist Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 96,790.417,21 auf. Ich habe da noch eine entsprechende Grafik vorbereitet, wo man auf einzelne Themen näher eingeht. Z. B. auf das Thema Personalaufwand in Prozent des ordentlichen Haushaltes. Hier sieht man die Entwicklung in den vergangenen Jahren von 1997 bis 2007. Im Jahr 1997 war der Personalaufwand in Prozent des o. H. rund 27,54 %. In den vergangenen letzten Jahren waren wir jeweils, also 2005 und 2006, bei 26,54 bzw. 26,03 % und im Jahr 2007 bei

25,97 %. Das einmal zum Personalaufwand in Prozent des o. H.

Die nächste Folie gibt den Schuldenstand in Prozent des o. H. Auch hier sehen wir wieder die Entwicklung von 1997 bis 2007. Der Schuldenstand, da geht es hier nur um die Schulden der Stadt Steyr, beträgt 56,01 Millionen und entspricht in Prozent des o. H. 57,87 %, wobei im Jahren 1997 haben wir bei 61,53 angefangen, waren einmal bei 39,40 % ca. In den letzten Jahren wo es wieder Investitionen gegeben hat, pendeln wir uns zwischen gut 57 Prozent ein.

Die nächste Folie zeigt das Verhältnis von normal zu niedrig verzinsten Darlehen. Da sieht man ebenfalls die Entwicklung. Bei einer Darlehenssumme von 56,01 Millionen sind wieder verzinsten Darlehen 48,69 % und normal verzinsten Darlehen 7,32 Millionen. Da sieht man wie der Schuldendienst in der Stadt Steyr abläuft. Der Schuldendienst ist in Prozent des o. H. auf einem sehr niedrigen Niveau, da waren wir schon einmal auf 15,27 % 1998 oder im Jahr 2004 auf 9,32 %. Zur Zeit, im Jahr 2007, sind wir bei 6,12 %.

Das ist auch eine sehr interessante Folie zum Thema Landestransfers. Hier ist dargestellt wie sich die Entwicklung, besondere Beachtung der roten Balken, das ist nämlich genau der Unterschied zwischen dem was wir vom Land bekommen und was wir an das Land bezahlen. Wir haben im Jahr 2007 50,71 Millionen Euro abgeliefert und 38,27 Millionen bekommen. Das bedeutet ein Differenz von 12,44 Millionen Euro. Wenn man sich die Entwicklung anschaut, dann hat sich das beinahe verdoppelt. Also, dieser Unterschied wird immer dramatischer und das ist an und für sich auch ein Problem, das in Zukunft vielleicht noch einer Lösung zugeführt werden sollte und zwar in Verhandlung mit dem Land OÖ.

Diese Folie zeigt die Entwicklung am Sozialsektor. Das ist ein Thema, das

für die Stadt Steyr nicht so einfach zu lösen ist. Die privaten Heime haben eine Summe bereits von 2,5 Millionen im Jahr 2007 und waren im Jahr 1996 bei 500.000 Euro angesiedelt. Bei den Pflegekindern gibt es eine Entwicklung nach oben und bei den ambulanten Betreuungen ebenfalls eine krasse Entwicklung nach oben. Das sieht man sehr genau an diesem Diagramm, wie sich die Entwicklung auf diesem Sektor darstellt.

Zum Schluss noch die Rücklagen. Die Rücklagenentwicklung der vergangenen Jahre, da sind wir gestartet im Jahr 1994 bei Rücklagen von 6,71 Millionen, waren dann im Jahr 2000 bei 11,2 Millionen und sind schlussendlich jetzt angelangt bei fast 12 Millionen Euro, also eine Entwicklung die sicher interessant ist.

Vielleicht noch ein paar Worte zum Thema Pro-Kopf-Verschuldung. Wir haben zur Zeit eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.424 Euro wenn ich nur die Stadt hernehme, wenn ich die ausgegliederten Bereiche dazu nehme komme ich auf eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.821 Euro.

Das wollte ich zum Rechnungsabschluss 2007 noch im Detail bringen und bitte diesem Rechnungsabschluss die Zustimmung zu erteilen.

5) Fin-120/07
Rechnungsabschluss 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2007 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von
96.790.417,21
im außerordentlichen Haushalt von
13.885.048,82
somit insgesamt
110.675.446,03

genehmigt.

Weiters werden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr grundsätzlich genehmigt:

Unternehmen
Stadtwerke Steyr
Aktiva/Passiva (in Euro)
41.225.216,32
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 554.484,39

Unternehmen
Alten- und Pflegeheim Tabor
Aktiva/Passiva (in Euro)
4.494.134,36
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 109.094,63

Unternehmen
Alten- und Pflegeheim Münichholz
Aktiva/Passiva (in Euro)
13.899.952,34
Gewinn (+)/Verlust (-)
- 2.405.318,70

Die oa. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertere Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geehrte Gäste. Wenn man sich an die euphorischen Pressemeldungen der letzten Wochen des Finanzreferenten, Bürgermeister Forstenlechner, erinnert, heute hat er sich ja sehr zurück gehalten, er hat sogar Zahlen genannt die in unseren Unterlagen, darauf komme ich noch zu sprechen, in einer ganz anderen Grö-

ßenordnung festzustellen sind, so hatte man aufgrund dieser Meldungen einfach den Eindruck und konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, der Herr Finanzreferent spricht von der Finanzgebarung einer anderen Stadt. Denn wenn er berichtet hat von einer sehr guten Finanzentwicklung der Stadt Steyr, dann befindet er sich mit dieser Argumentation auf sehr dünnem Eis, denn die Zahlen die vorliegen sprechen eine ganz andere Sprache. Jetzt abgesehen einmal davon, dass sich die Summen im o. H., aber auch im außerordentlichen Haushalt, vor allen Dingen in einem nicht unerheblichem Ausmaß verändern. Wenn man die Zahlen mit dem Voranschlag, dem Nachtragsvoranschlag und heute dem Rechnungsabschluss vergleicht, so stammen die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr vor allem von den ständigen Erhöhungen der Steuern und Gebühren. Heute wurde das bereits angesprochen, dass ja eigentlich seit 2003 ständig der Gemeinderat mit Erhöhungen bei der Kanalbenützungsgebühr befasst wurde. Da habe ich mir einmal die Mühe genommen und habe das nachgerechnet und da darf ich Ihnen mitteilen, dass diese Erhöhung alleine im Bereich der Kanalbenützung in nicht einmal 10 Jahren um 100 % angestiegen ist. Aber auch die Wasserbezugsgebühren sind entsprechend erhöht worden, die Müllabfuhr ist erhöht worden, in allen Bereichen auch der Stadtwerke, wir werden ja noch die Gelegenheit haben darüber zu reden, wenn die Bilanz vorgelegt wurde, wurden ständig Tarife und Gebühren angehoben. Aber die Mehreinnahmen stammen auch, das muss man korrekterweise sagen, von höheren Transfer-einnahmen bzw. von höheren Ertragsanteilen. Dennoch mussten, und das hat der Herr Bürgermeister nicht gesagt, Zins- und Mieteinnahmen sowie eine Rücklagenentnahme in Gesamthöhe von 2,47 Millionen Euro herangezogen werden um den ordentli-

chen Haushalt abdecken zu können, weil ja auch die Ausgaben entsprechend gestiegen sind. Ich nenne auch nur jetzt zwei Beispiele die aus diesem Zahlenwerk herausragen, das ist insbesondere im Sozialbereich und bei den Personalausgaben. Soll aber auch angesprochen werden. Jetzt komme ich auf die Zahl zurück, die der Herr Bürgermeister offensichtlich entweder nicht richtig genannt hat oder es stimmt der Amtsbericht nicht oder es stimmen die Folien nicht, es muss angesprochen werden, dass die Stadt Steyr im Jahr 2007 um 8,3 Millionen Euro mehr an das Land überwiesen hat als vom Land wieder an die Stadt zurückgeflossen ist und nicht die angeführten 12 Millionen. So zumindest lauten die Unterlagen die hier auf den Tischen der Gemeindemandatare liegen.

Der außerordentliche Haushalt von rund 13,9 Millionen Euro konnte nur durch neue Schulden von 8,4 Millionen Euro im Vergleich zu 13,9 Millionen Euro, um das noch einmal herauszustreichen, sowie durch Rücklagenentnahmen aber auch durch Vermögensveräußerungen finanziert werden. Trotz Auslagerung von investitions-trächtigen Baumaßnahmen wie Alten- und Pflegeheime, wie die Adaptierung des Reithoffergebäudes stieg der Schuldenstand der Stadt, ohne jetzt ausgegliederte Betriebe zu berücksichtigen, auf über 56 Millionen Euro. Auch künftige Vorhaben wie die sicherlich sehr notwendige Errichtung von weiteren Alten- und Pflegeheimen können aufgrund der prekären Finanzlage unserer Stadt nur mehr außerbudgetär in Angriff genommen werden. Die Rückzahlungen und auch der Betrieb natürlich wird dann in Zukunft den ordentlichen Haushalt entsprechend mehr belasten. Das ist eine Tatsache, nur dass man auch daran denkt und sich darauf einstellt bei künftigen Budgeterstellung.

Der Rücklagenstand konnte in 2007 zwar um 1,3 Millionen angehoben werden, dem gegenüber steht aber ein fünf bis sieben Mal so großer Schuldenberg, wenn man jetzt entweder die Zahlen nimmt ohne ausgegliederte Betriebe oder mit ausgegliederte Betriebe und dieser Schuldenberg wird jährlich, wie ich bereits angeführt habe, entsprechend höher. Die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhte sich von 990 Euro im Jahr 2002 um 43,8 % auf 1.424 Euro im Jahr 2007. Das ist eine gewaltige Steigerung und sollte eigentlich so manchen hier herinnen zum Nachdenken anregen. Das ist in Wahrheit, das sage ich ganz offen, keine verantwortungsvolle Finanzpolitik auf Kosten der nachfolgenden Generation und kein Grund zum Jubeln, wie das der Herr Finanzreferent über die Presse mitteilen hat lassen, dass das alles so gut verläuft. Die Schulden die heute gemacht werden müssen morgen und übermorgen von der nachfolgenden Generation aufgebracht und bezahlt werden.

Nun noch ein paar Worte zu den Stadtwerken. Sie werden ja sicherlich festgestellt haben, dass heute im Antrag die Bilanz der Stadtwerke angeführt ist, diese Bilanz aber im zuständigen Verwaltungsausschuss noch nicht behandelt wurde und daher es noch möglich sein wird, ausführlicher, von meiner Seite her, darauf einzugehen. Aber ich möchte doch, wie gesagt, einige Worte darüber verlieren und eine Anmerkung machen. Bis 2004 war es noch möglich im Bereich der Stadtwerke, gesamtbetrieblich gesehen, nicht unerhebliche Gewinne zu erwirtschaften. Seither werden Verluste im Gesamtbereich geschrieben und zwar soll nicht verschwiegen werden, dass die Hauptursache daran die Gasliberalisierung ist. Es gibt ja auch heute einen Antrag wo es wieder eine Veränderung des Gaslieferungsvertrages geben wird um die Situation auf dieser Ebene für die Stadtwerke etwas zu verbessern. 2007

hat sich zwar der Verlust der Stadtwerke, laut den vorliegenden Zahlen, auf 554.000 Euro reduziert, dennoch entwickelt sich der Bereich der Stadtwerke, gesamtbetrieblich gesehen, in Richtung Zuschussbedarf von Seiten der Stadt. Das wird auch noch eine große Aufgabe werden, das zu lösen, wie man da vorgeht, ob man, und das ist nur eine Frage der Zeit, ich sage das in den vergangenen Jahren immer sehr bewusst, weil man sich rechtzeitig darauf einstellen muss, ob die Stadt noch in der Lage sein wird auch den Stadtwerken entsprechende Betriebskostenzuschüsse leisten zu können um die an und für sich guten Leistungen der Stadtwerke weiter aufrecht erhalten zu können gegenüber unserer Bevölkerung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Mein Vorredner, Kollege Eichhübl, hat ja vieles schon vorweg genommen, auch diese zwei Wirklichkeiten die immer da im Rathaus existieren, wenn diese Jubelmeldungen kommen wie toll sich dieser Rechnungsabschluss da entwickelt hat. Faktum ist, wir haben Mehreinnahmen bei Steuern, Abgaben, Gebühren von fast 5 %. Was das wieder bestätigt was wir zuerst gesagt haben, dass die Betriebskosten auch deshalb so stark nach oben klettern, weil wir selber schuld sind. Alleine die Kanalbenutzungsgebühr, und das kann mir keiner, was auch heute schon gefallen ist, mit Kostendeckung erklären, allein die Mehreinnahmen bei der Kanalbenutzungsgebühr waren 1,1 Millionen Euro und das ist ein Anstieg um 18 %. Also,

so viel zum Thema der einzelnen Wahrheiten und Wirklichkeiten.

Was uns schon ein bisschen stutzig machen sollte ist das Steigen der Personalkosten. Der Personalaufwand ist um 5,4 % gestiegen. Wir geben ein Viertel des o. H. aus für Personal, Tendenz steigend, das war ja heute auch schon Thema einer Anfrage, unter anderem, auch da denke ich mir, gibt es Handlungsbedarf. Was ich mir wünschen würde ist, dass es mir als Mandatar selbst überlassen ist, ob ich einen Rechnungsabschluss lesen will oder nicht lesen will. Nämlich dieser eine Punkt auf der Seite 4 wo man schreibt beim ao. H.: Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist im ao. H. nicht zweckmäßig, da Schwankungen aufgrund der unterschiedlichen Vorhaben zu großen Differenzen führen würden. Das weiß jeder Mandatar der da herinnen sitzt, dass das beim ao. H. so ist, darum kann er sich das auch denken, aber es wäre schon ganz schön, dass man eine Gegenüberstellung hat bezüglich Darlehensaufnahmen, Transfereinnahmen, Rücklagenentnahmen, Vermögensveräußerung und sonstige Einnahmen. Ich würde bitten, das in Zukunft wieder hinein zu geben und nicht zu schreiben, dass es nicht zweckmäßig ist, weil wir es nicht beurteilen können.

Zum Schuldenstand und Zinsendienst, das ist auch schon angesprochen worden, Tendenz steigend. Der Herr Bürgermeister war wenigstens so fair zu sagen, dass wir, wenn man die ausgegliederten Bereiche dazu nimmt, inzwischen auf einem Schuldenstand sind, Pro-Kopf, von 1.800 Euro. Man kann es auch umrechnen pro Tag, weil Millionen Euro das sagt den meisten sehr wenige, das haben sie normalerweise nicht im Geldbörsel. Wir geben derzeit bereits, und Gott sei Dank ist es nicht noch mehr, das ist ein Kompliment an den Finanzreferenten Lemmerer, der immer sehr gut verhandelt, wenn es um das Thema Zinsen geht, wir zahlen

inzwischen pro Tag, 365 Tage im Jahr gerechnet, also auch wenn der Magistrat keinen Betrieb hat, 4.000 Euro ungefähr an Zinsen. Alleine 4.000 Euro Zinsen jeden Tag. Wenn ich mir anschau um wie viele Minibeträge man sich in dieser Stadt streiten muss, denke ich mir betreibt man hier auch eine Politik auf Kosten der folgenden Generationen. Also, alles in allem ist dieser Rechnungsabschluss nicht dazu angehtan, dass im Rathaus wirklich die Jubelstürme ausbrechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt ja so das Sprichwort „traue keiner Statistik die du nicht selbst gefälscht hast“. Wenn man sich so die Statistiken und Grafiken angeschaut hat, könnte man ja meinen, dass die Welt in Steyr, was die Finanzen betrifft, ja alles in Ordnung sei. Es gibt kaum Steigerungen was die Schuldenaufwandsquote betrifft. Fakt ist aber, dass natürlich einige dieser Statistiken auch nur aus dem ordentlichen Haushalt zitiert wurden, ohne den außerordentlichen Haushalt. Und wenn ich allgemein die Betriebsleistungen eines Betriebes vergrößere, also Einnahmen und Ausgaben sozusagen gleich ansteigen, dann ist klar, dass auch die Prozente dahinter gleich bleiben. Das sagt aber noch nicht recht viel darüber aus ob ich ordentlich mit den Finanzen umgehen kann. Fakt ist glaube ich, und ich brauche jetzt auf die Einzelheiten gar nicht mehr so im Detail eingehen, weil das hat sowieso der Kollege Eichhübl vorbildlich wieder gemacht und auch meine Vorrednerin die Mag. Frech, Faktum ist, dass uns die Deckungsbeitragsbringer oder die Erlösbringer in der Stadt Steyr weg-

brechen. Der Herr Eichhübl hat das gesagt, auch mit den Stadtwerken wird man sich irgendwann einmal auseinander setzen müssen, dass das ein Zuschussbetrieb werden wird und auf der anderen Seite steigen die Kosten im Sozialbereich ungebremst weiter und da muss man einfach wirklich konkret ansetzen. Ich glaube es kann auch durchaus bei kleinen Maßnahmen oder Projekten schon sein oder bei kleineren Investitionen, wir werden das heute auch noch auf der Tagesordnung drauf haben. Auch wenn es vielleicht gut ist die Infrastruktur bei uns im Freibad sozusagen auch zu verbessern, muss man sich überlegen, ob es in Zeiten, wo die Finanzsituation entsprechend angespannt ist, ob 435.000 Euro für den Ausbau einer Saunalandschaft oder für das Whirlpool usw. auch gerechtfertigt ist. Also, da vermisse ich schon dieses Augenmerk ein bisschen in finanziell schwierigen Zeiten auch den Sparstift anzusetzen.

Was das Personal betrifft, so hat das auch meine Vorrednerin schon angesprochen. Wir haben auch heute schon eine Anfrage gehabt, wo es um das Thema Abfertigung gegangen ist. Es ist im Amtsbericht auch auf Seite 3 ausgeführt. Und für die Steigerungen waren eben die Gehaltserhöhungen um 2,35 %, höhere Ansprüche bei Dienstaustritten und die Erhöhung des Personalstandes im Bereich Soziales und Kindergärten. Und auch wenn es verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt und wenn man sozusagen freiwillig denen schon eine Erhöhung geben will, dann kann es sich ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen auch nicht leisten, wenn es ihm wirtschaftlich sehr schlecht geht, in wirtschaftlich schlechten Zeiten, da freiwillige Mehrausgaben auszuschütten.

Ja, was die Schulden generell betrifft, so haben Sie, Herr Bürgermeister, dargestellt, dass sich der Schuldenstand mehr oder weniger gleich

bewegt, was in Prozent des o. H. betrifft. Fakt ist, dass der Schuldenstand Pro Kopf zumindest sich in den letzten Jahren fast verdoppelt hat von 900 Euro, jetzt inklusive der ausgelagerten Betriebe, auf 1.800 Euro und das ist einfach ein Faktum das man nicht wegdiskutieren kann.

Danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, der Rechnungsabschluss ist in Wirklichkeit eine Nachbetrachtung des abgelaufenen Budgets. Wenn man es so sieht, kann man schon sagen es ist gut gewirtschaftet worden. Es gibt keine Jubelstimmung und das ist auch nie behauptet worden, dass wir in einer heilen Welt wohnen, dass wir auf einer Insel der Seligen wohnen, dass wir im finanziellen Bereich an Überflüssen noch und nöcher zur Verfügung hätten. Das ist nie behauptet worden. Das wäre in den Protokollen auch immer nachzulesen. Der Bürgermeister, aber auch ich, haben immer darauf hingewiesen, dass wir uns in einer äußerst finanziellen angespannten Situation befinden. Die Ursachen dazu sind auch oftmals schon erläutert worden. Dass halt im Sozialbereich eine Kostenexplosion, die äußerst unerfreulich ist, die keinen begeistert, aber nicht verhinderbar ist, dass halt dort auch die Ursachen liegen, aber viele andere Dinge auch. Wenn man sich aber den Voranschlag zum Rechnungsabschluss vor Augen führt, dann muss man sagen, dass wir in dem Jahr schon sehr sorgfältig und verantwortungsvoll gearbeitet haben, weil wenn der Voranschlag so im Rechnungsabschluss stehen würde, dann hätten wir jetzt annähernd 4,5,

fast 5 Millionen Euro Abgang. Also, wir haben das deutlichst reduziert und haben da wesentlich eine Verbesserung zustande gebracht, das sicherlich auf der einen Seite auf die gute wirtschaftliche Situation zurückzuführen ist. Finanzausgleich, Ertragsanteilsteigerung hat sich auch positiv niedergeschlagen. Aber man sollte sich nicht nur auf das beschränken, sondern es sind auch hausintern dementsprechende Anstrengungen gewesen, damit dieses Ergebnis auch erreichbar ist. Es ist natürlich immer schön, wenn man seitens der Opposition, Sie gehören nicht zur Opposition, weil Ihr Referent sitzt nämlich in der Regierung, er ist so in einer Zwitterstellung, halb Opposition, halb Regierung, weil er braucht nämlich nur im Budget nachlesen, dass er auch immer sehr viel Geld braucht für die Sanierung und Erneuerung der Straßen. Natürlich ist es eine Frage der Prioritäten. Das Geld wird ja nicht um das mehr was wir ausgeben können, was die Ausgaben steigern. Es ist natürlich seitens der Opposition schön zu reden von Schulden und was weiß ich was und was da alles geschieht und wie das Geld weniger wird. Wir haben ja die Debatte schon zur Genüge geführt. Wo können wir denn was weglassen? In Wirklichkeit erbringen wir Leistungen. Das Geld wird ja nicht irgendwo verspekuliert, ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
So wie bei der BAWAG.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... so wie man das auch bei euren nahen Unternehmen ja kennen gelernt hat. Da brauchst du überhaupt nicht reden. Nicht du und ich habe auch keine BAWAG gehabt, wir befinden uns in bester Gesellschaft, da braucht sich keiner irgendwo etwas zuschieben, weil schau dir das an, was da alles schon an Pleiten in der Republik über

die Bühne gegangen ist. Auch die BAWAG erfreut uns nicht, die tut uns weh, keine Frage, aber da gibt es so viele andere auch die in Summe weit mehr ausmachen wie die beiden. Also, man muss natürlich auch sehen, was ist um das Geld geschaffen worden. Nur von Schulden zu reden ist die eine Seite, aber man muss im selben Atemzug auch den Gegenwert in Betracht ziehen und das geschieht ja bei uns eher sehr wenig. Wir nehmen alle Leistungen, wir leisten uns den öffentlichen Verkehr, wir bauen im Stadtbad um, weil es notwendig ist. Vor ein paar Jahren sind wir noch da gestanden, Roman Eichhübl, du hast oft auch jammert du würdest mehr Geld brauchen im Budget, das Stadtbad gehört saniert, das Stadtbad gehört erneuert und attraktiviert. Was auch 100 % richtig ist. Ich habe das ja auch immer mit unterstützt. Jetzt ist das Stadtbad halbwegs modern geworden, ist halbwegs schön geworden, es schlägt sich auch in den Besucherzahlen dementsprechend nieder und vor allem auch in der Kritik, die wir immer gehabt haben, die ist fast zur Gänze weg und das Stadtbad ist herrlich geworden, wir brauchen dort noch ein paar Attraktionen, wir brauchen Verbesserungen, so wie z. B. die Sauna. Es haben sich heute die Ansprüche und die Erwartungen verändert. Wir brauchen dann nicht, wenn wir nichts tun, jammern und sagen, da fahren die Leute nach Losenstein oder Ternberg oder fahren nach Enns oder Amstetten. Wir haben hier etwas getan und haben hier auch investiert. Das kostet natürlich Geld, aber es ist dort ein Gegenwert da. Wir haben eine Stadthalle gebaut, die heute immer noch, nach mehreren Jahren, 2003 haben wir sie in Betrieb genommen und wenn heute wer nach Steyr kommt sagen sie, was das für eine tolle Halle ist, die ist so super geworden. Alle sind wir stolz, nicht nur ich als Sportreferent, sondern wir alle herinnen sind stolz und verkaufen es immer

nach außen hin, aber intern jammern wir. Das kostet alles Geld und das muss man da auch sehen. Wenn man jetzt sagt, zukünftige Investitionen, Roman Eichhübl, du hast es erwähnt, werden sich im o. H. wieder niederschlagen, wenn wir sie auch außerhalb finanzieren, wo wir eigene Gesellschaften haben, das was ja gescheit gewesen ist, dass wir den Schritt in Gesellschaften getan haben, weil nicht, dass man Geld verstecken will, weil es scheint ja eh auf, sondern weil das halt für die Investition, finanzpolitisch gesehen hat das einen sehr positiven Aspekt dabei. Den Schritt haben wir halt gewählt. Wenn man jetzt sagt, wenn wir das Altersheim auf der Ennsleite und das Altersheim am Tabor bauen, dann haben wir die Rückzahlungen wieder im ordentlichen Haushalt. Was ist denn die Alternative dazu? Dann muss man sagen, wollen wir das Altersheim oder wollen wir das Altersheim nicht. Wenn wir es nicht im o. H. drinnen haben wollen, dann muss man auch im selben Atemzug sagen, wir verzichten auf den Bau des Altenheimes auf der Ennsleite und am Tabor. Dann müsstest du das korrekterweise auch dazu anführen, weil sonst gibt es keine Alternative. Weil einen reichen Onkel in Amerika haben wir nicht der kommt und sagt, jetzt finanziere ich euch ein Altersheim am Tabor und finanziere ich euch ein Altersheim auf der Ennsleite. Das haben wir nicht. Unser politischer Auftrag, und für alle Fraktionen, ist nämlich, dass wir für die ältere Generation zeitgemäße Pflegeplätze errichten und anbieten. Und das werden wir halt mit Schulden finanzieren und werden das aufnehmen. Machen wir uns doch nichts vor. Es gäbe, bis auf ein paar wenige die halt so aufgewachsen sind, in eine glückliche Familie hinein geboren worden sind, die vielleicht auch gar nicht wissen warum sie so reich sind, weil da gibt es ja viele die sind so reich und wissen gar nicht warum, wo das alles her gekom-

men ist, das was uns fehlt. Es gäbe kaum einen Häuslbauer der sein Haus ohne Kredit finanziert hätte. Es gibt keinen oder fast keinen. Dort ist das aber ganz normal, das ist legal, und obwohl das auch weit mehr kostet, weil wenn er das Bargeld hätte, würde er sich die Zinsen für 20, 25 oder 30 Jahre ersparen und er könnte das Geld für etwas anderes verwenden. Das ist halt nur auf diese Art finanzierbar und ich glaube, dass wir da auch diesen Weg weiterhin beschreiten sollen und können.

Von den Personalkosten, wenn man da redet die Personalkosten sind gestiegen. Ja aber warum denn? Das ist ja nicht so, dass wir da in dem Haus herinnen irgendwo Leute hingesetzt haben die umsonst sitzen. Von den Biennalsprüngen und die Dinge, die schlagen sich ja da, wenn man es so im Budget sieht, überhaupt nicht nieder was heute in den Anfragen schon gestanden ist. Also dort kann man das nicht hinschieben. Es werden die Anforderungen immer mehr. Wir brauchen mehr Personal im Sozialbereich, Jugendbereichbetreuung, überall steigt die Anforderung und dort brauchen wir mehr Personal und darum steigen auch die Personalkosten. Und darüber hinaus gibt es natürlich auch starke Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, nicht nur, aber auch, und es gibt halt jährliche Tarifierhöhungen und die schlagen sich halt bei den Personalkosten auch nieder. Aber das Verhältnis was wir gesehen haben muss man ja sehen, und da lügt die Statistik nicht, dass ich die Personalkosten zum ordentlichen Haushalt im Vergleich sehe, im Verhältnis. Diese Statistik stimmt und da liegen wir eigentlich sehr gut. Das sieht man auch, dass wir bei den Personalkosten schon sehr restriktiv sind und da immer schaut, dass das nicht vorbei läuft. Insgesamt glaube ich können wir sagen, dass wir gemeinsam gut gewirtschaftet haben, wir haben etwas weiter gebracht. Es wäre

schön für alle, und gerade für den Finanzreferenten, wenn er sich herstellen könnte und sagt, nächstes Jahr haben wir eigentlich ein Reservegeld zur Verfügung und wir können uns eine Aufstiegshilfe am Tabor ohne Probleme leisten und wir können uns eine Tiefgarage leisten und wir können uns das und jenes leisten. Das wird nicht kommen. Leider Gottes werden wir in den nächsten Jahren auch eine Politik betreiben müssen, dass wir die Investitionen die wir tätigen auch gut überlegen und dass man auch wirtschaftlich arbeitet.

Und eines fällt mir jetzt gerade ein, weil immer die Gebühren angeschnitten werden. Immer erhöhen wir die Gebühren. Erstens steigen die Kosten und das sind auch Einnahmen für die Stadt. Sich herzustellen und zu jammern, wir haben Schulden und wir haben kein Geld aber Gebühren sollen wir auch nicht erhöhen. Es sind uns ja gewisse Wirtschaftsbereiche, wo wir Deckungsbeiträge erwirtschaften, weggebrochen, so wie die Deponie, wo wir auch Deckungsbeiträge erwirtschaftet haben oder wie das beim Gas der Fall ist, das ist uns weggebrochen. Wir haben aber auch die Verantwortung so zu wirtschaften, dass das unter dem Strich passt. Ob es da halt immer angenehm ist, ich weiß schon, am Schönsten wäre alles kostenlos zu haben. Na, wer möchte das nicht? Aber immerhin hat die Stadt auch die gesamte Infrastruktur und die Leistungen an die Bürger aufrecht zu erhalten. Das sind die Erwartungshaltungen. Die Wünsche werden nicht zurückgeschraubt. Es soll mehr sein und es soll noch besser sein und in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine Nachbetrachtung, ja, das ist auch eine Meinung. Ich glaube, dass der Gemeinderat im Prinzip nichts anderes ist als der Aufsichtsrat des Unternehmens Stadt und der hat den Vorstand, in dem Fall mit dem Vorsitzenden Bürgermeister, zu entlasten. D. h., es ist unsere Aufgabe nicht nur die Zahlen einfach hinzunehmen, sondern sie zu hinterfragen auf ihre Plausibilität, auf ihre Richtigkeit und uns vor allem auch Gedanken zu machen welchen Weg nimmt das Unternehmen Stadt. Der Herr Vzbgm. Bremm hat richtigerweise angesprochen, dass kein Unternehmen, auch ein privatwirtschaftliches Unternehmen, die schon gar nicht, ohne Kredite auskommt. Ich bekenne mich zu Krediten und habe auch kein Problem mit Krediten. Ich habe auch in der jetzigen Phase nicht unbedingt ein Problem einen zusätzlichen Kredit aufzunehmen. Nämlich dann, wenn er für Investitionen gedacht ist, die uns helfen, die der Entwicklung der Stadt helfen. Ich glaube allerdings, wir müssen sehr, sehr vorsichtig sein bei den laufenden Kosten. Darum ist es sicher wichtig, dass man sich anschaut wie schaut denn die Tendenz aus. Der Herr Bürgermeister hat es in seiner Grafik ja auch gebracht. Ich darf auch darauf näher eingehen. Wenn Sie sich gewundert haben, warum ich diese ganzen Unterlagen hier mit habe, ich möchte Sie ersuchen, wenn Sie mit irgendeiner Zahl die ich sage nicht einverstanden sind oder sie anzweifeln, dass Sie es mir sofort sagen, dann habe ich die Möglichkeit, dass ich auf einen Schlag die Richtigkeit belegen kann. Ich arbeite mit nichts anderen als den Zahlen die da drinnen sind. Deswegen so vorsichtig und vorweg ge-

sagt, weil ich ja schon bei der Budgetsitzung den Vorwurf dann bekommen habe, Halbwahrheiten womöglich zu verbreiten. D. h., wenn Sie mit etwas nicht einverstanden sind, bitte dann fragen Sie mich. Das habe ich extra wegen Ihnen genommen, Herr Kupfer, diesen grünen Umschlag. Darin haben wir die Jubelmeldung des Herrn Bürgermeisters, weil im Gegensatz zu dir, Herr Vizebürgermeister, jubelt der Bürgermeister sehr wohl über den Rechnungsabschluss. Ich zitiere: Der Stadtchef ist auch Finanzreferent und bejubelt ein gutes Ergebnis. Das Finanzpolster wächst.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das habe aber nicht ich geschrieben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich zitiere aus der Zeitung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das habe sicher nicht ich geschrieben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das ist die Steyrer Rundschau.

So, dann darf ich Ihnen ein paar Zahlen näher bringen. Und zwar habe ich mir auch angesehen, und ich habe es auch mit, den Rechnungsabschluss des Jahres 2002, weil über einen Zeitraum von ungefähr 5 Jahren, so ist auch das mittelfristige Finanzkonzept aufgebaut, sieht man am ehesten wie die Entwicklung ist. Wie wir eingangs schon erwähnt haben, ist die Entwicklung einer Stadt ja von sehr großer Bedeutung. Wenn ich jetzt die Schulden betrachte, dann kann ich nicht eins machen, dann kann ich nicht sagen ich habe zwar ausgelagerte Betriebe die 100 % der Stadt gehören aber ich ziehe sie in meinen Betrachtungen nicht mit ein. Genauso wenig ist es nicht richtig bei den Verbindlichkeiten die

Haftungen, für die die Stadt unterschrieben hat und für die sie, für den aushaftenden Teil, für den sie haftet, muss ich ebenfalls in diese Überlegungen mit einbeziehen. 2002 haben wir einen Schuldenstand gehabt von knapp 39 Millionen, Haftungen von 26 Millionen und die ausgelagerten Betriebe haben Verbindlichkeiten von 15 Millionen gehabt. Das ergibt in Summe 81.283.364. Im Jahr 2007, Herr Bürgermeister, ist der Schuldenstand von 38 auf 56 Millionen gestiegen, die Haftungen sind leicht zurückgegangen von 26 Millionen auf 22 Millionen und die Verbindlichkeiten der ausgelagerten Betriebe sind von 15 auf 22 Millionen gestiegen. Das ergibt in Summe 100.769.000,44 Euro. Umgerechnet, in wirkliches Geld, mit dem wir alle, weil Jugendliche sind nicht herinnen, immer noch rechnen und umrechnen in Schillinge, sind das 1 Milliarde 386 Millionen die wir, als Stadt Steyr, derzeit Schulden haben. D. h., die gesamten Verbindlichkeiten der Stadt sind in diesen Jahren, von 2002 bis 2007, um 23,9 % gestiegen, Herr Bürgermeister. Das sind 19,5 Millionen Euro, was es mehr geworden ist. Das sind ebenfalls in Schillinge umgerechnet 1 Plus von 268 Millionen Schilling.

Bei den Haftungen möchte ich eines noch anführen, mit 1. 1. 2006 war bei den Haftungen die SK Vorwärts Steyr mit Null drinnen. Mit 31. 12. war sie dann mit 654.000 Euro drinnen. D. h., man war im Jahr 2006 noch der Meinung, dass keine Haftung für die Vorwärts existiert. Aber das nur als kleines Detail am Rande.

Wenn man sich jetzt diese Entwicklung anschaut, die Rücklagen sind von ungefähr von 10 Millionen auf jetzt 11,9 Millionen gestiegen, so sieht man schon eines, von einem, wie haben Sie gesagt Herr Bürgermeister, der Finanzpolster wächst oder einer Jubelmeldung. Huch, ich glaube wir stehen alle zu diesen Schulden die wir haben, aber sie so darzustellen als wie wenn

das eine super Tendenz ist und das alles klasse ist, also da wollen wir irgendjemanden ganz offensichtlich für dumm verkaufen. Wenn ich mir jetzt das Personal anschau, weil das heute auch schon einige Male angesprochen wurde, dann dürfen wir jetzt eines nicht unterschätzen, das Personal ist alleine vom vorigen Jahr auf heuer um 1,3 Millionen Euro gestiegen. Von 2002 bis jetzt ist es um 4,3 Millionen Euro gestiegen. Das sind immerhin 60 Millionen Schilling was nur die Personalkosten mehr geworden sind. Wenn ich mir dann einzelne Bereiche anschau, Kultur im letzten Jahr, 8,5 % plus. Da sind wir mittlerweile auf 1,1 Millionen. 2002 waren wir auf 611.000 Euro. APT 6,7 % plus, APM 11 % plus, Verkehrsbetriebe 11 % plus. Alles Personalkosten. Wenn ich bei den Verkehrsbetrieben dann noch schau, Stadtwerke insgesamt 6,2. Aber vielleicht, Herr Referent, bei den Verkehrsbetrieben auch eines ganz interessant, der Betriebsverlust 2002 von den Verkehrsbetrieben war 35.679, im Jahr 2007 ist er immerhin 947.996. 35.000 gegenüber 947.000. Der Dienstpostenplan spiegelt auch klar das wider, wir haben ein Plus innerhalb dieses einen Jahres um 14 Personen, davon ebenfalls in Karenz derzeit 59, das ist auch ein Plus von 16, d. h., insgesamt sind das um die 30 Personen die wir mehr im Stand haben, nur Verwaltungsbereich. Die ausgelagerten Betriebe extra, da haben wir alleine im APM ein Plus von 36 Personen. Ich zeige nur die wirklich gefährliche Tendenz an die wir hier haben und dass wir das Thema Personal nicht so locker sehen, wie es vielleicht manche sehen. Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge von und an Gebietskörperschaften gemäß § Abs. 2 Ziff. 2 VRV, das ist das was hier drinnen steht. Hier sind jene Zahlungen aufgelistet die wir bekommen, Bund, Land und Gebietskörperschaften und die wir zahlen an jene. Und da, ich glaube das ist auch sehr interessant,

2007 haben wir 7,3 Millionen bekommen und 13,7 Millionen ausbezahlt. Das ergibt ein Delta, das wir tragen mussten, von 6,4 Millionen. 2007 haben wir 12 Millionen Einnahmen, 17 Millionen Ausgaben, d. h. ein Delta von 4,9 Millionen. D. h. in Summe 1,5 Millionen, ein Plus was der Stadtkasse bleibt. Wenn ich jetzt noch anschau, was haben die Bürger bezahlt in Steyr. Ich nehme die eigenen Steuern, die Ertragsanteile, die Gebühren usw. dazu, dann habe ich 2002 insgesamt 61,9 Millionen, 2007 69,3 Millionen. D. h., der Bürger hat um 7,4 Millionen Euro mehr bezahlt. Trotz dieser 7,4 Millionen Euro mehr Bezahlung ist es uns nicht gelungen, bitte schön, von unseren Schulden runter zu kommen, sondern im Gegenteil, wir haben die Schulden noch einmal zurück um 18,4 Millionen erhöht. Wenn ich mir dann anschau das Reinvermögen. D. h., aus der Vermögensrechnung 2007, da haben wir 2006 43,4 Millionen und 2007 35,5 Millionen Reinvermögen. Das ist ein Verlust von minus 7,9 Millionen Euro, wo in diesem Jahr das Reinvermögen weniger geworden ist.

Herr Bürgermeister, der Finanzpolster wächst, Sie jubeln, wir haben um 8 Millionen weniger Vermögen in der Stadt. So, und jetzt möchte ich aber auf den Punkt kommen, weil das war die einzige Zahl, die nicht in diesem Buch steht, weil es nicht stimmt. Der Vergleich, vielleicht ist deswegen ihre Jubelmeldung entstanden, Sie haben einen falschen Vergleichswert angenommen beim Rechnungsabschluss 2007. Sie haben nicht den Übertrag von 2006 genommen sondern vom Anfangsbestand 2006, damit ergibt sich ein um 5 Millionen schlechteres Ergebnis. D. h., bitte dieser Rechnungsabschluss muss diesbezüglich korrigiert werden. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Bürgermeister, wartest du nicht auf den Herrn Finanzdirektor ob das stimmt, was der Herr Mayrhofer jetzt gesagt hat? Das wäre ja wichtig, dass wir wissen, ob das alles stimmt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Wir müssten diesen Tagesordnungspunkt zurückstellen, weil das stimmt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine Pause machen und in der Zwischenzeit wird das geprüft.

PAUSE VON 16.35 UHR BIS 17.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Es bekommt jeder einen Abänderungsantrag. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vermögenswerte, so wie sie in der Zusammenstellung im Rechnungsabschluss 2007 drinnen sind, da ist tatsächlich ein Fehler passiert. Ich sage einmal, Fehler können passieren, wie überall, auch der Handwerker kann einen Fehler machen. Bei einem umfangreichen Werk, wie dieser Rechnungsabschluss darstellt, ist ein Übertragungsfehler passiert. D. h., die meisten Werte die heute in so einem Rechnungsabschluss drinnen sind werden ja per EDV erfasst und da kommt es eigentlich selten vor, dass irgendein Fehler passiert, da gibt es

aber Werte die händisch übertragen werden, so hat es mir der Herr Finanzdirektor erklärt, und da ist dieser Fehler passiert, dass er die Werte von 2005 auch 2006 übernommen hat, wo er eigentlich die Werte von 2006 auf 2007 übertragen hätte sollen. Deswegen ergeben sich tatsächlich andere Werte und deswegen gibt es einen Abänderungsantrag gemäß § 9 und ich bitte dem zuzustimmen. Jeder hat es schon schriftlich und die Zahlen liegen vor. Da steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu.

Abänderungsantrag gem. § 9 der GOGR

Seite 391 des Rechnungsabschlusses 2007 wird wie folgt geändert:

Zusammenstellung:

Anfangsbestand 1. 1. 2007
Aktiva: 136.571.523,68
Passiva: 93.118.333,93
Reinvermögen: 43.453.189,75

Endbestand 31. 12. 2007
Aktiva: 133.707.112,81
Passiva: 98.195.576,61
Reinvermögen: 35.511.536,20

Veränderungen Finanzjahr 2007
Aktiva: -2.864.410,87
Passiva: 5.077.242,68
Reinvermögen: -7.941.653,55

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzter Gemeinderat, um es auf den Punkt zu bringen, die Veränderungen im Finanzjahr 2007 haben sich von 2,4 Millionen Verschlechterung auf 7,9 Millionen Verschlechterung erhöht. D. h., eine Differenz von 5,5 Millionen

ungefähr die praktisch den Wert der Stadt Steyr schlechter geworden ist als im Jahr 2006. Wir haben jetzt in der Pause auch noch darüber diskutiert, weil ich angesprochen habe, dass die Folie, die der Herr Bürgermeister präsentiert hat, wo es um die Zahlungen vom und an Land geht, dass die nicht stimmen. Ich habe gesagt, ich kann es auch belegen, da stehen andere Zahlen drinnen. Herr Bürgermeister, korrigiere mich, du hast gesagt, na ja, das sind ja natürlich nur die Zahlungen an das Land, da ist der Bund nicht drinnen, dann sind es nur die Zahlungen vom ordentlichen Haushalt, der außerordentliche ist auch nicht drinnen. Herr Bürgermeister, jetzt frage ich dich schon, was soll dann das Ganze? Welches Bild möchtest du von der Zusammenarbeit mit dem Land OÖ hier transportieren? Willst du es bewusst schlecht machen? Warum ist es nicht möglich, dass man her geht und ganz offen sagt, wie sich die Zahlungen vom Bund, Land entwickelt haben. Die haben sich äußerst positiv entwickelt. Wir haben von dem was die Stadt bezahlen musste, von 6,4 Millionen auf 4,9 Millionen reduziert. Wir haben eine Verbesserung in fünf Jahren um 1,5 Millionen Euro erzielen können. Mit dieser Folie die du hier an die Wand geworfen hast, Herr Bürgermeister, hast du uns weismachen versucht, wir werden schlechter gestellt beim Land und wir haben Nachteile. Das muss ich einfach sagen, das kann nicht sein, da muss man einfach sagen, da hast du bewusst versucht Zahlen so zu setzen, dass bei uns hier herinnen, beim Gemeinderat, ein anderer Eindruck entsteht. Da Herr Bürgermeister frage ich mich wirklich, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Klima mit dem Land nicht positiv ist, dann habe ich vollstes Verständnis dafür. Das ist ja wirklich so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, ich glaube jetzt übertreiben Sie ein bisschen, weil ich meine wir haben kein so schlechtes Klima mit dem Land und man muss auch sagen, so ist es nicht gewesen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das sind Worte des Herrn Vizebürgermeisters in der Presse, das Klima betreffend, und nicht meine.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich hätte an und für sich kein Problem der Argumentation des Herrn Bürgermeisters zu folgen, der gemeint hat es können Fehler passieren. Durchaus, das muss man zugestehen, wenn es sich um einen Fehler handelt. Aber wir haben heute in dieser Gemeinderatssitzung feststellen müssen, dass insgesamt in drei Fällen Zahlen nicht nachvollziehbar waren. Das war zum einen bei der Abschreibung, Sie erinnern sich daran, einer der ersten Anträge, und zum 2., was für mich wesentlich ist und gravierender ist, ist die falsche Darstellung was den Nachtragsvoranschlag jetzt betrifft. Der Kollege Mayrhofer hat es bereits ausgeführt und ich habe auch darauf hingewiesen in meiner ersten Wortmeldung, dass eine Differenz zwischen dem was hier dargestellt wurde, betreffend die Zahlungen an das Land und vom Land, es sich nicht um 12 Millionen Differenz handelt, so wie der Herr Bürgermeister in einer Folie dem Gemeinderat vorgezeigt hat, sondern es handelt sich um 8,3 Millionen. Das ist der eine Fall. Und der noch gravierendere Fall ist jetzt bei der Zusammenstellung der Vermögenswerte. Da geht es schlussendlich um 5,5 Millionen Euro, wobei die Situa-

tion sich jetzt ganz anders darstellt, nämlich 5,5 Millionen Euro Schlechterstellung der Vermögenswerte, ja bitte, das ist ja kein Pappentier. Da geht es ja um ganz erhebliche Beträge. Da habe ich schon den Eindruck gewonnen, dass man offensichtlich sehr bewusst diesen Nachtragsvoranschlag schöner darstellen möchte als er wirklich ist. Und vielleicht, und ich sage das hier auch ganz offen und klar, gibt es noch weitere Fälle die nicht so schnell nachvollziehbar und überprüfbar sind. Dieser Verdacht kommt einfach in einem auf und man verliert das Vertrauen wie bei vielen anderen Dingen in diesem Haus. Wir werden jedenfalls aus diesem Grunde alleine die Zustimmung diesem Nachtragsvoranschlag verweigern.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es ist kein Nachtragsvoranschlag, es ist der Rechnungsabschluss.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
Nicht dem Nachtragsvoranschlag sondern dem Rechnungsvoranschlag werden wir die Zustimmung verweigern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:
Gut. Wünscht noch jemand das Wort?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Geht es nur um den Abänderungsantrag oder überhaupt um den Antrag?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nur über den Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:
Michaela möchtest du auch noch etwas sagen?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Nur ganz kurz eine Frage. Die Folie, bekommen wir die?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:
So, wir kommen jetzt zum Schlusswort. Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch zu ein paar Themen Stellung nehmen, weil ja ein paar Aussagen da waren, die mich sehr wohl getroffen haben. DI Altman hat gesagt, im Sozialbereich gibt es eine ungebremste Entwicklung nach oben und so quasi wir täten nichts dagegen. Wir machen sehr viel dagegen.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:
Das habe ich nicht gesagt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das haben Sie nicht gesagt, das nehme ich zurück. Sie haben gesagt, ungebremstes Wachstum. Dem ist nicht so. Wir sind zur Zeit dabei. Sie kennen auch das Projekt YES, dass wir gerade in diesem Bereich versuchen diese Entwicklung, die wir mit Sicherheit nicht so total abflachen können, diese Kurve, die nach wie vor nach oben geht. Die Entwicklung der Kosten geht nach oben, das zeigt auch das Diagramm. Aber unser Ziel ist es, mit einigen konkreten Maßnahmen, und die haben wir auch schon da herinnen besprochen und im Sozialausschuss besprochen, dass hier Maßnahmen gesetzt werden wo eindeutig die Richtung dahin geht, dass wir hier zu einer Verbesserung kommen.

Zum Thema Stadtbetriebe. Selbstverständlich müssen wir auch in diesem Bereich entsprechende Maßnahmen setzen. Es ist klar, dass eine Entwicklung, wie wir sie in der Vergangenheit gehabt haben, dass immer wieder die Gaswerke die anderen Betriebe mehr oder weniger ausgeglichen haben und zu einer guten Entwicklung geführt haben, dass wir diese Entwicklung jetzt nicht mehr haben ist uns allen klar. Auch hier sind wir in Diskussionen mit den entsprechenden Verantwortlichen dieser Bereiche, dass hier entsprechende Maßnahmen gesetzt werden um hier eine Entwicklung zu haben, die uns in Zukunft auch befähigt entsprechende positive Entwicklungen zu haben.

Von einer Jubelmeldung habe ich nichts geschrieben. Ich weiß nicht, was die Zeitungen geschrieben haben. Wenn es eine Meldung von meiner Seite gegeben hat, dann diese, dass ich sage, wir haben ein Budget gehabt wo 4,7 Millionen Euro Abgang mehr oder weniger budgetiert waren. Selbstverständlich, Sie haben bei diesem Budgetbeschluss nicht mitgestimmt. Wir haben zur Zeit eine Minus von 0,31 Millionen Euro und da kann man sehr wohl von einer Entwicklung sprechen die für die Stadt mit Sicherheit dazu geführt hat, dass wir zumindest sagen wir haben die Kosten im Griff, wir haben diese Finanzentwicklung in der Stadt Steyr so weit im Griff, dass man von einer guten Entwicklung sprechen kann. Ganz eindeutig wird das auch nachgewiesen in den Rücklagen. Wir haben 12 Millionen Rücklagen, das ist ja kein kleiner Betrag. Wenn Sie, Herr StR Mayrhofer, sagen, das verstehe ich natürlich, wenn Sie sagen...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

100 Millionen Verbindlichkeiten!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das Schuldenthema kann man natürlich unheimlich schön schmieden und unheimlich schön darüber herziehen, und das tust du in der Vergangenheit ja auch sehr mit Hingabe. Ich möchte dich nur daran, dass du mich ja einmal Schuldenkaiser genannt hast. Ein guter Betrieb, wenn wir schon über einen Betrieb reden, wird aus meiner Sicht auch mit Kennzahlen geführt. Und die Kennzahlen die habe ich auch heute präsentiert. Der Herr DI Altmann hat das mit Sicherheit auch in der Fachhochschule x-mal gehört, dass man sich auf Kennzahlen verlassen soll und nicht, dass man sagt, absolute Zahlen vergleichen von hier nach da, sondern wie viel Prozent des o.H. sind Schulden und Schuldendienst. Das sind die Kennzahlen der Stadt Steyr. Da habe ich absolut ein gutes Gefühl, dass das in Ordnung ist. Also das ist für mich die Messlatte. Ich glaube, das unterrichtet ihr auch in der HAK, dass heute ein Betrieb mit Kennzahlen geführt werden muss.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, durch Kennzahlen die aufgrund von falschen, absoluten Zahlen ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nein, diese Kennzahlen, die ich da gezeigt habe, die sind aufgrund von realen und richtigen Zahlen dargestellt gewesen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, zur Geschäftsordnung. Aufgrund dessen, dass es in der Kürze der Zeit nicht möglich ist festzustellen welche anderen Fehler sich möglicherweise noch eingeschlichen haben, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das gibt es doch nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
... stelle ich den Antrag zur Geschäfts-
ordnung, diesen Punkt von der Tages-
ordnung abzusetzen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das war ja schon das Schlusswort.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das geht bis zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir stimmen über den Antrag ab. Wer
dafür ist, dass wir diesen Tagesord-
nungspunkt absetzen, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wortmeldungen gibt es eh keine dazu?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gibt es schon.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Na ja, ich frage nur, wenn Sie nicht
fragen, muss irgendwer anderer fra-
gen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich habe mir gedacht, ihr habt euch eh
abgesprochen und das abgeklärt. Also
wird sich eh niemand mehr zu Wort
melden. Aber ich bin gerne bereit,
selbstverständlich steht jeder Fraktion
eine Wortmeldung zu. Bitte sehr, wer
wünscht denn das Wort? Keiner. Wis-
sen Sie was, pflanzen können Sie wen
ändern aber nicht mich.

So, wir kommen zur Abstimmung. Wer
wünscht, dass dieser Punkt abgesetzt
wird, den ersuche ich um ein Zeichen
mit der Hand. ÖVP, FPÖ, Bürgerforum
Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer
enthält sich der Stimme? 2 Grüne. Gut,
der Antrag wurde mit Mehrheit abge-
lehnt. Bitte, du kannst mit deinem
Schlusswort weiter machen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich bin mit meinem Schlusswort eh
schon am Ende gewesen. Ich bitte ü-
ber diesen Rechnungsabschluss in
dieser abgeänderten Form die Ab-
stimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir
stimmen ab über den Abänderungsan-
trag, gemeinsam mit dem Hauptantrag.
Wer damit einverstanden ist, den ersu-
che ich um ein Zeichen mit der Hand.
SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, FPÖ,
Bürgerforum Steyr. Wer übt Stimment-
haltung? 2 Grüne. Danke, der Antrag
wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, wir fahren in der Tagesordnung
fort. Wir kommen zu Punkt 6), Verlei-
hung der Ehrenbürgerwürde der Stadt
Steyr an LH-Stellvertreter DI Erich
Haider. Seit 8 Jahren ist DI Erich Hai-
der Landeshauptmann-Stellvertreter in
Oberösterreich. In Anerkennung seines
verdienstvollen Wirkens für das Land
Oberösterreich und im Besonderen für
die Stadt Steyr ist beabsichtigt, ihn in
Anwendung des § 5 Abs. 1 des Statu-
tes für die Stadt Steyr durch die Er-
nennung zum Ehrenbürger der Stadt
Steyr auszuzeichnen. Ich bitte diesem
Antrag die Zustimmung zu erteilen.

6) Präs-406/08

Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Herrn LH-Stv. DI Erich Haider.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 11. Juni 2008 wird Herr Landeshauptmann-Stellvertreter DI Erich Haider gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Stadt Steyr als Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, im Besonderen für seine Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Steyr und für die Förderung vieler Projekte.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wenn man längere Zeit in diesem Gremium sitzt, dann kann man sich erinnern, dass es eigentlich über die Abstimmung, über die Verleihung von Ehrenbürgerwürden, seltsamerweise heißt es dann bei Punkt 10) Ehrenbürgerschaft, ich weiß nicht, was das jetzt offizielle ist, Ehrenbürgerwürde, Ehrenbürgerschaft, eher wenig bis keine Debatten gibt. Ich muss aber zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider schon ein Wort sagen, nämlich in der Begründung. Ich glaube, dass

das die Übertreibung des Jahres 2008 ist, die Begründung. Nämlich wenn er zuständig ist für den Verkehr und wenn wir in Steyr wissen, wie wir immer vom Land, was Verkehrsangelegenheiten anbelangt, behandelt worden sind, dann ist das ...

STADTRAT
WALTER OPPL:

Er ist für den öffentlichen Verkehr zuständig.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Ich fahre eh auf der Ennser Straße am öffentlichen Verkehr und nicht am Schleichweg hinten herum.

... wirklich ein bisschen weit hergeholt und ich würde das eher in einem netten Brief vom Zentralkomitee aus dem Casino orten, dass man da eine derartige Lobhudelei betreibt, weil mit der Realität hat das relativ wenig zu tun. Ich hoffe, dass zumindest mit der Verleihung dieser Ehrenbürgerwürde unsere Interessen in Linz dann auf ein offenes Ohr in Zukunft stoßen. Notwendig hätten wir es.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, laut § 5 des Stadtstatutes der Stadt Steyr kann der Gemeinderat Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben oder die der Stadt im besonderen Maße zur Ehre gereichen, durch Ernennung zu Ehrenbürgern ausgezeichnet werden. Es steht nirgendwo geschrieben, dass das automatisch Politiker sein sollen. Ich habe meine Meinung in 11 Jahren nicht geändert, seit ich hier herinnen bin, schauen Sie

auf die Tafel dort draußen, Sie finden eine einzige Frau und zugleich die einzige Nichtpolitikerin Enrica von Handel-Mazzetti. Alles andere an Ehrenbürgern sind nur Landeshauptleute, Bundeskanzler usw. Ich halte nichts davon, das ist eine grundsätzliche Angelegenheit, dass Politiker Politiker ehren, sondern Politiker haben eine Funktion für eine gewisse Zeit, dazu sind sie gewählt, dafür werden sie bezahlt, dafür sollen sie eine Leistung erbringen. Wenn Sie beispielsweise im Amtsbericht lesen, für die Begründung, so viele Mittel die da ausgegeben worden sind, das ist ohnedies nicht aus der Privattasche der Politiker gekommen, das sind die Steuergelder. Also, ich halte generell einmal nichts davon, von dieser Automatik, Politiker ehren Politiker, noch dazu wenn nicht andere Personen auch zu Ehrenwürden gelangen. Ich weiß z. B. von der Stadt Salzburg, da werden auch Politiker Ehrenbürger, aber da werden es auch Wirtschaftstreibende, Künstler und verdiente Leute aus dem Sozialbereich. Wir haben als Ehrenbürger nur Politiker, bis heute und Ausnahme eine Frau und das ist die Enrica von Handel-Mazzetti.

Persönlichkeiten werden aber nicht durch schöne Reden gemacht oder durch schöne Amtsberichte, sondern durch Taten. Da gestatten Sie mir in diesem Fall auch etwas zur Person bzw. Funktion des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters DI Erich Haider zu sagen. Ja, ich muss mich wieder bedanken beim Walter, zum 2. Mal an diesem Tag, verantwortlich ist der Landesrat Haider für den öffentlichen Verkehr. Richtig gesagt. Sie alle, die Sie da sitzen und schon 1997 hier gesessen sind, die wissen, dass die Tagesrandverbindung von Linz nach Steyr, Zug, eingestellt worden ist. Und zwar Zuständigkeit war damals Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider. Die, die damals schon da waren, die wissen auch, dass es eine einstimmige Resolution in diesem Ge-

meinderat gab, die ich eingebracht habe, und wo wir im Mai 1999 darum gebeten haben diese Tagesrandverbindung, die eingestellt worden ist, wieder zu beleben. Das war im Mai 1999. Wir sind die drittgrößte Stadt Oberösterreichs, die elftgrößte Österreichs und es war damals dann so, dass der letzte Zug irgendwann vor 22 Uhr gegangen ist. Diese Tagesrandverbindung war weg. Im Mai 1999 haben wir eine Resolution an die ÖBB und an den zuständigen Landesrat gemacht. 1 ½ Jahre hat es gedauert, bis zumindest ein Schienenersatzverkehr gemacht wurde. 1 ½ Jahre. Und nur, weil unter anderem Leute wie ich und ein paar andere sich immer wieder auf die Schienen gehaut haben, auf die sprichwörtlichen, dass da endlich was passiert und ständig auch die Medien darüber berichtet haben. So, und wissen Sie was dann passiert ist? Dann ist endlich nach 1 ½ Jahren, ich habe das sehr genau verfolgt, dieser Schienenersatzverkehr gekommen. Allerdings, der war nicht einmal in einem Fahrplan drinnen, der ist quer reingekommen, es waren falsche Daten drinnen, Faktum war, er ist wieder eingestellt worden. Wenn Sie heute, und da sind wir beim Thema öffentlicher Verkehr und gerade bei steigenden Spritpreisen, am Abend von Linz nach Steyr per Zug fahren möchten, dann geht das schlichtweg nicht mehr, weil der letzte Zug der Linz verlässt ist um 21.53 Uhr. Das ist der letzte Zug der fährt. Es gibt dann nur mehr einen Bus, aber dieser Bus ist relativ problematisch, weil der fährt erst ab der Wiener Straße. Wenn Sie irgendwo in der Innenstadt waren, Sie möchten ins Theater gehen oder sonst etwas, dann vergessen Sie das, das ist mit dem öffentlichen Verkehr nicht möglich. Zuständig war aber der Landeshauptmann-Stellvertreter Haider. So viel zu dem Thema.

Gut. Dann habe ich mir gedacht, jetzt schaue ich mir schon auch einmal den

Akt an, ich möchte die Begründungen wissen, weil im Amtsbericht sind die Begründungen für die Stadt Steyr, und um die geht es, es geht nicht um die Funktionen die jemand hat auf Bundesebene, wenn er irgendwo Mitglied geworden ist, es geht um die Verdienste der Stadt Steyr. Und da ist argumentiert worden auch öffentlicher Verkehr und Busse sind gezahlt worden. Da hätte ich eine Frage, weil das habe ich im Amtsbericht so gefunden und ich möchte wissen, ob das so ist oder nicht. Da gibt es einen Aktenvermerk der Stadtwerke, leider nicht mit Datum, darum möchte ich gerne wissen wie es jetzt ausschaut, und da steht, im Amtsbericht steht als Argument, dass 13 Busse gefördert worden sind vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider und in diesem Stadtwerkevermerk steht: Seit dem Jahr 2000 wurden 13 Busse gekauft und bis jetzt haben wir 225.062 an Förderung dafür erhalten. Von 8 Bussen fehlt noch die Förderung, jeweils zwei Busse aus den Jahren 2004, 2005, 2007 und 2008. Ich würde mir wünschen, dass dann zumindest die Ehrenbürgerschaft dazu führt, dass jetzt diese Förderungen für die Busse, die zugesagt worden sind 2004, 2005, 2007, 2008, die Stadt auch bekommt. Außerdem war die Umsetzung Regionalverkehrskonzept, das steht auch da, Aktenvermerk Stadtwerke, Förderung wurde zugesagt, jedoch gibt es dazu noch keine Abrechnung für das Jahr 2006/2007. Ich möchte zumindest wissen, was ist da jetzt der Stand der Dinge. Leider ist kein Datum oben gestanden. Also, wie gesagt, von den Verdiensten im besonderen Maße, da bin ich etwas zurückhaltend, was das anbelangt. D. h., Punkt 1), gegen die Automatik, Politiker ehren Politiker.

Punkt 2), stelle ich mir wirklich im konkreten Fall die Frage, wo sind die besonderen Verdienste für Steyr? Und Punkt 3), und da fühle ich mich, meine Damen und Herren, wirklich veräppelt.

Wenn es eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz gibt wo uns mitgeteilt wird, am 20. Mai, Bürgermeister sagt, wir haben vorgesehen, dass der DI Erich Haider die Ehrenbürgerwürde der Stadt bekommt, was haltet ihr denn so davon, 20. Mai. Ich habe damals, genauso wie ich es heute gesagt habe, ich halte nichts davon Politiker ehren Politiker. Beschließen tut es aber, und laut Statut sehen wir das auch, der Gemeinderat der Stadt Steyr. In Steyr ist das aber anscheinend nicht so, weil da gibt es schon ein Schreiben, lange vor diesem 20. Mai, 9. April, an das Büro des Bürgermeisters: In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Montag, 7. April 2008, wurden folgende Ehrungen beschlossen. Ehrenbürger der Stadt Steyr, DI Erich Haider, Ehrenmedaille so und so, Anton-Neumann-Medaille so und so. Um weitere Veranlassung wird gebeten. Und, an diesem 7. April, nicht am 7. April sondern ein paar Tage später, hat man dann schon ein Mail ausgeschickt an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter und ihm vier Terminvorschläge gegeben. D. h., der Termin, bevor wir heute noch darüber beschließen, steht schon lange fest, also merken Sie sich Mittwoch den 15. 10. um 11 Uhr vor. Das finde ich schon etwas, was keiner politischen Kultur entspricht wenn man die Dinge so angeht, dass man, bevor man mit den Fraktionsvorsitzenden redet schon die Termine vereinbart. Man hat ihm vier Termine übermittelt, er soll sich den aussuchen der am günstigsten ist.

Und jetzt kommt es, und das hätte ich auch gerne geklärt. Wir haben heute noch ein paar andere Ehrungen. Ich bin, bevor ich mir den Akt angesehen habe, davon ausgegangen, dass es eine Feier geben wird. Für den Landeshauptmann-Stellvertreter als Ehrenbürger und für die Restlichen. Nein, es werden zwei Feiern sein. Und zwar die eine Feier eben für den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter alleine

und für die anderen wird es im Frühling nächsten Jahres eine Feier geben. Zwei verschiedene Feiern. Ich verstehe den Sinn nicht, dass man zwei verschiedene Feiern macht, aber es steht auch ganz klar da, warten Sie, ich kann Ihnen das auch vorlesen, ich sauge mir das ja nicht aus den Händen. Die sozialdemokratische Fraktion hat es beschlossen, selbes Schreiben: Weiters wurde beschlossen, die Feierlichkeiten in zwei Veranstaltungen durchzuführen. Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an LH-Stellvertreter DI Erich Haider soll im Herbst stattfinden und alle anderen Ehrungen zusammengefasst im Mai, Juni. Also, wie gesagt, zwei Feiern wird es geben. Ob das ökonomisch sinnvoll ist, ob das eine Sache der Wertschätzung ist, ich denke mir, macht man da jetzt auch einen Unterschied eigene Feier für den Politiker, eigene Feier für die anderen.

Aus dem Grund wird es Ihnen wahrscheinlich schwer fallen, ich mache es aber trotzdem, ich stelle den Antrag, vorher muss ich noch eines dazu sagen warum. Im Vorfeld, und ich sage in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz nichts anderes als ich hier tu, wurde ja auch der Antrag gestellt, dass heute, und da findet sich ein Antrag über Prof. Karl Mostböck, dass der auch die Ehrenbürgerwürde erhält, und es ist praktisch mitgeteilt worden, in mehreren Gesprächen, dass man sich einfach überlegen muss, wem gibt man eine Ehrung. Das ist auch etwas, was ich in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz auch selbst gesagt habe, dass man sich Kriterien überlegt und nicht, so wie hier, auf Zuruf, sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, die und die werden es. Dazu stehe ich auch, dass man das macht. Und weil das so ist, und weil es hier auch gar keinen Dringlichkeitsbedarf gibt, der DI Erich Haider ist gerade 50 geworden, der kann noch ein bisschen warten, und wenn man schon Kriterien machen will, dann bitte

nicht für einen Prof. Karl Mostböck jetzt extra oder für Künstler extra, wenn wir automatisch heute auch Politiker ehren. Und beim anderen Tagesordnungspunkt wird das wahrscheinlich ein Thema werden, Kriterien usw. Nur dann brauchen wir die Kriterien aber auch schon jetzt und wir haben keinen Handlungsbedarf, deshalb Antrag zur Geschäftsordnung, Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Ich erwarte mir außerdem noch Aufklärung darüber, was da jetzt wirklich gezahlt worden ist von den Bussen und was nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der Antrag zur Geschäftsordnung steht. Wer wünscht dazu das Wort? Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe ja bereits im Vorfeld, als es darum gegangen ist die Verleihung der Ehrenbürgerwürde dem Herrn Landeshauptmann Pühringer zu überreichen, zum Ausdruck gebracht, dass ich nichts dagegen hätte, wenn es der Stadt nützt. Wenn es der Stadt nützt, gut, dann soll man eben eine Ehrenbürgerwürde verleihen. Ich habe ähnlich argumentiert, auch bei der Fraktionsobmännerbesprechung, was die Person des Herrn LH-Stellvertreters Haider betrifft und die Ehrenbürgerwürde die er bekommen soll. Allerdings, als ich den Amtsbericht gelesen habe, ist mir schon einiges aufgefallen. Und zwar geht es vor allen Dingen darum, auch darzustellen, wenn man schon darauf hinweist, dass der Herr LH-Stellvertreter, wie vorhin bereits diskutiert wurde, eine Förderung für 13 Linienbusse, da steht er, er persönlich hat diese 13 Linienbusse gefördert in der Höhe von 225.000 Eu-

ro und etwas darüber, dass man hier klarstellt, dass nicht der Herr Haider in die Tasche gegriffen hat, sondern es sich dabei um öffentliche Steuergelder handelt.

Herr Kollege Oppl, mein Kollege Payrleithner hat schon gewusst, dass der Herr LH-Stellvertreter Haider für den öffentlichen Verkehr zuständig ist. Keine Frage, weil Sie so großartig da eine Zwischenbemerkung gemacht haben. Also wir wissen schon, für welche Bereiche man im Land zuständig ist.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte man das wirklich klarstellen. Und da muss ich ganz offen sagen hat die Frau Kollegin Frech nicht so Unrecht gehabt, wenn man grundsätzlich darüber diskutiert wer die Ehrenbürgerwürde haben soll, dann soll das nicht in erster Linie nur auf Politiker reduziert werden, die an und für sich nichts anderes tun als ihren Job zu machen. Es gibt auch in der Privatwirtschaft viele gute Manager, viele gute Mitarbeiter auf allen Ebenen und die bekommen auch keine Ehrenbürgerwürde. Aber bitte, sei es wie es sei, wenn es der Stadt nützt, dann soll er halt die Ehrenbürgerwürde haben.

Aber ich möchte dann doch noch einige Worte verlieren, was den Verlauf der Fraktionsobmännerbesprechung betrifft. Herr Bürgermeister, da darf ich dich schon daran erinnern, dass es da nicht Einhelligkeit gegeben hat, sondern es wurden dort auch sehr kritische Worte geäußert, von verschiedenen Seiten. Und auf meine Frage, Herr Bürgermeister, was wird jetzt weiter geschehen, wird man jetzt trotzdem den Antrag im Gemeinderat einbringen, dann hat der Herr Bürgermeister gesagt, selbstverständlich. Mich hat das schon etwas gestört, weil das so typisch für die Vorgangsweise ist. Das erinnert mich so an die Budgetverhandlungen. Es ist im Grunde genommen völlig egal ob man eine Budgetverhandlung macht, ob man etwas be-

spricht was das kommende Budget betrifft, weil es ist eh egal, es wird sowieso nicht darauf eingegangen, weil es dem Herrn Bürgermeister offensichtlich wirklich egal ist, was die einzelnen Fraktionen für Wünsche äußern. Und so ähnlich kommt mir das jetzt auch vor, denn trotz dieser Einwände, auf die er gar nicht eingegangen ist, hat man heute diesen Antrag eingebracht. Aber wie gesagt es wird mich nicht daran hindern, weil ich halt der Meinung bin dann soll er halt die Ehrenbürgerschaft haben, dass wir dem die Zustimmung geben werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei Ehrungen, glaube ich, sollte man durchaus großzügig sein. D. h., eine Ehrung die jemand von einer Stadt erhält, ist eigentlich in den meisten Fällen ein Grund zur Freude und eigentlich auch eine sehr billige Sache für eine Stadt, dass man jemanden vor den Vorhang holt und ihm dankt und ihn damit auszeichnet. Ich habe allerdings nicht in Erfahrung bringen können, was ist mit dieser Ehrenbürgerschaft wirklich verbunden. Ich habe einmal irgendetwas gehört, was weiß ich, da hat man auch Anrecht auf ein Ehrengrab oder auch sonstige Dinge. Ich glaube es wäre schon gut, wenn man einmal wirklich definiert, wir haben im § 5 die Ehrungen drinnen, da steht drinnen, weder Sonderrechte noch Sonderpflichten, unter Punkt 2). Wahrscheinlich müsste man auch hier in diesem Absatz definieren, wer für welche Art von Auszeichnung infrage kommt. Wir haben, wenn Sie sich erinnern, das einmal gemacht mit der Anton-Neumann-Medaille und haben gesagt, das ist etwas das für Kultur möglich ist und so

eine Zwischenart darstellt so wie der Ehrenring und die Ehrenbürgerschaft wo man auch eine Abstufung praktisch hat. Wenn ich mir anschau, die Ehrenbürgerschaft, da bin ich bei der Kollegin Frech, das kann nicht sein, dass die ausschließlich Politikern vorbehalten wird. Die höchste Auszeichnung einer Stadt, das kann nicht sein, dass die ausschließlich für Politiker ist. Ich glaube es gibt genug verdienstvolle Persönlichkeiten die wirklich für eine Ehrenbürgerschaft infrage kommen. Wir werden heute noch über jemanden diskutieren. Und wenn hier jetzt ein bisschen kritisch angemerkt wurde, wo sind die Verdienste und so weiter, dann noch einmal meine Bitte, ein bisschen mehr Großzügigkeit. Allerdings nicht nur für jetzt, sondern auch für andere Personen, um sich zu überlegen, welche Signale schickt man damit aus.

Wogegen ich mich klar ausspreche ist gegen zwei Feiern. D. h., ich bin der Meinung das gehört bitte auf eine Feier konzentriert. Auch hier, welches Signal schicke ich denn aus? Mache ich eine Abstufung und sage, das gemeine Volk darf nicht mit dem Herrn LH-Stellvertreter zusammen kommen. Für den einen habe ich natürlich heuer noch Zeit, für die anderen, die sind nebensächlich, für die mache ich es erst im Frühling. Ich ersuche euch wirklich, bitte schön überlegt das. Das hat doch keinen Sinn. Wollen wir ehren oder wollen wir nicht ehren. Wollen wir verärgern oder wollen wir Leuten eine Freude bereiten. D. h., ich werde dem Antrag für den Herrn LH-Stellvertreter Haider zustimmen, ich ersuche aber wirklich auch bei den anderen Vorschlägen die Großzügigkeit zu machen, die wir auch hier machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. Das ist ein Thema das man glaube ich dem Thema gerecht nach würdig diskutieren sollte. Ich stelle mir irgendwie vor, es könnte ja sein, dass, wenn meine Person irgendwann einmal diskutiert wird oder über andere Personen da in dem Raum, ich würde mir das nicht wünschen, dass da dann über meine Verdienste oder Nichtverdienste diskutiert wird. Ich könnte dann beim nächsten Punkt auch sagen, die eine Oper hat mir nicht gefallen, die andere hat mir gefallen und beim Kollegen Pühringer könnte ich diskutieren, das hat er gut gemacht und das hat er nicht gut gemacht. Was ich damit sagen will, das halte ich bei diesem Tagesordnungspunkt wirklich für unwürdig, da jetzt über Verdienste oder Nichtverdienste zu diskutieren. Ich bin für die Wortmeldung des Kollegen Mayrhofer sehr dankbar, weil er es sehr gut auf den Punkt gebracht hat um was es eigentlich geht. Ich möchte seinen Vorschlag unterstützen bzw. noch ein bisschen ergänzen. Ich bin dafür, dass wir einmal jährlich diese Ehrungen durchführen, dass wir in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz einmal jährlich dieses Thema behandeln, dass alle Fraktionen die Möglichkeit haben da ihre Vorschläge einbringen können. Ich bin dafür, dass wir im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes, wo das auch ein Thema war, gemeinsam Kriterien für die Ehrungen neu erarbeiten. Ich bin auch dafür, dass es eine Feier gibt und ich bin dafür, dass es paritätisch verliehen wird, d. h., an Frauen und an Männer, dass man sich auch da bemüht. Das trifft auch den Vorschlag von der Michaela. Ich würde es aber ein bisschen unwürdig finden, heute sozusagen diese Ehrungen abzulehnen. Ich sehe das als Vorschlag für die Zukunft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Es ist zwar das Thema Antrag zur Geschäftsordnung von der Kollegin Frech, aber es ist eh so allgemein diskutiert worden, daher nütze ich auch aus zeitökonomischen Gründen, dass ich da auch meine und unsere Position darstelle. Also, das Thema Ehrungen ist schon ausführlich im Kreise der Fraktionsvorsitzenden, wo denn sonst, wo alle dabei waren, diskutiert worden und ist auch in der Form, nicht einstimmig, die Kritik der Kollegin Frech kennen wir, aber nicht nur bei den heute zu beschließenden Ehrungen, sondern auch in der Vergangenheit hast du dich dazu kritisch geäußert. Das ist legitim, das ist deine persönliche Meinung dazu. Aber es ist nicht so, wie da behauptet worden ist, die Sozialdemokraten haben das beschlossen und so ist das, sondern wir haben das schon in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz diskutiert und es war dort eine überwiegende Mehrheit dafür, diese Ehrungen vorzunehmen. Also ich möchte das schon ausführlich betonen. Ich würde mich auch dem anschließend, es ist nicht unbedingt gerade die feine englische Art, hier im Gemeinderat, in der Öffentlichkeit darüber zu diskutieren ob 8 Autobusse, 7 Autobusse oder 10 Autobusse oder ob eine Linie von Linz nach Steyr eingestellt worden ist oder nicht eingestellt worden ist, also, das ist unser nicht würdig muss ich ehrlich sagen. Da geht es wirklich um Menschen und wie der Kollege Mayrhofer auch sagt, da soll eine gewisse Toleranz auch stattfinden. Ich bin auch dafür, und wir kommen da eh noch zu einem Antrag, da werden wir noch die Gelegenheit haben darüber zu diskutieren, dass man sich wirklich hier auch überlegt, wie das in Zukunft über die

Bühne gehen soll, dass auch Kriterien oder dergleichen festgelegt werden sollen, dass das auch nicht auf Zuruf passieren soll, aber in dem Fall ist das wirklich ausführlich diskutiert worden. Wenn ich vielleicht noch einen Punkt zum Kollegen Haider dazu sagen darf. Wenn man schon sagt, was hat der für Steyr getan? Das ist nämlich nicht im Amtsbericht aufgelistet. Naturschutzgebiet Unterhimmler Au. Das habe ich nicht gelesen. Ich glaube, dass ich nicht darüber gelesen habe. Das ist das Thema was für Steyr und für die Entwicklung der Stadt Steyr ja nicht unbedeutend ist, und dass wir die Unterhimmler Au zum Naturschutzgebiet und Naturschongebiet erklären können haben und dass wir dort auch verschiedene Möglichkeiten haben, ist wesentlich auf die Unterstützung vom Kollegen Haider, der damals auch Naturschutzreferent war, zurückzuführen. Also, es ist nicht so, nur, dass man von den Autobussen redet, sondern schon für die Stadtentwicklung auch. Das wollte ich nur zu dem was aufgelistet worden ist hinzu fügen.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Den Gehsteig am Resthof hast du vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Da gäbe es ja viel.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt über den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wer für die Absetzung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen. SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 1 ÖVP, GR Altmann. Danke, jetzt können wir wieder zum Hauptantrag zurück gehen. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist

nicht der Fall. Wünscht der Herr Bürgermeister ein Schlusswort? Auch nicht.

Gut, wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne, 1 FPÖ. Wer ist dagegen? 2 (1 Bürgerforum Steyr, 1 FPÖ – GR Payrleithner). Wer enthält sich der Stimme? 1 ÖVP – GR Altmann. Danke, das ist eine 2/3 Mehrheit und somit ist der Antrag angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr an Herrn Intendanten Karl-Michael Ebner. Ich glaube den Herrn Karl-Michael Ebner brauche ich nicht extra vorstellen, er hat 14 Jahre das Musikfestival in Steyr als Intendant begleitet und ich glaube, dass er es sich auch verdient hat, dass er diese Medaille bekommt.

7) Präs-472/08

Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr an Herrn Intendant Kons. Karl-Michael Ebner.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 10. Juni 2008 wird Herr Intendant Kons. Karl-Michael Ebner gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seines langjährigen Wirkens als Intendant des Steyrer Musikfestivals, wo-

durch er den Namen der Stadt Steyr weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht hat.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im nächsten Punkt geht es darum, dass die Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn OSR Siegfried Huber verliehen werden soll. OSR Siegfried Huber hat ebenfalls, speziell mit dem Trachtenverein Steyr, sehr große Verdienste geleistet. Ich bitte auch diesem die Neumann-Medaille zu verleihen.

8) Präs-473/08

Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr an Herrn OSR Siegfried Huber.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 10. Juni 2008 wird Herr OSR Siegfried Huber gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seines langjährigen Wirkens als Gründungsmitglied, Mitglied und Ehrenmitglied beim Trachtenverein Steyr, wodurch er den Namen der Stadt Steyr weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht hat.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im nächsten Punkt geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Rudolf Wally. Der Herr Rudolf Wally war viele Jahre Obmann der Naturfreunde Steyr und ist auch jetzt immer noch für die Naturfreunde Steyr sehr aktiv und tätig. Ich bitte Herrn Rudolf Wally die Ehrenmedaille der Stadt Steyr zuzusprechen.

9) Präs-474/08

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Rudolf Wally.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 10. Juni 2008 wird Herr Rudolf Wally gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaillen der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seines langjährigen Wirkens als Obmann der Naturfreunde Steyr sowie als Obmann-Stellvertreter der Naturfreunde Oberösterreich, wodurch er den Namen der Stadt Steyr weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht hat.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hack. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es wurde schon viel diskutiert über die Zuordnung und über die Medaillen und Ehrungen als solches. Ich möchte noch zusätzlich einbringen, im Bereich der Kultur gibt es oder gäbe es oder hat es gegeben auch eine andere Medaille und zwar die Vogelmedaille, die offensichtlich aus dem Fundus des Magistrates verschwunden ist. Theoretisch gibt sie es immer noch. Ich habe eine in original zu Hause, also nicht ich bekommen, aber sie ist von der Stadt Steyr verliehen. Darum glaube ich, ist es sehr wichtig, dass man endlich einmal eine Klärung herbeiführt, was für wen passt. Da haben wir jetzt ein bisschen ein Problem mit dem Herrn Wally, weil wir glauben, dass ihm eher, ich sage jetzt einmal, von mir aus das goldene Sportehrenzeichen oder so etwas zustehen würde, nachdem die Naturfreunde hauptsächlich im sportlichen Bereich tätig sind und die Ehrenmedaille der Stadt Steyr unserer Meinung nach eigentlich nicht das trifft was man damit aussagen will.

Ich komme auch gleich zum nächsten Punkt. Das ist ein Punkt, der uns sehr am Herzen liegt, unser Antrag bezüglich Prof. Mostböck. Ob die Bereitschaft der Fraktion, der SPÖ-Fraktion ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist erst der nächste Punkt.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Es ist uns wichtig beide Dinge abzuklären, wie die Stellung der SPÖ dazu ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Es ist uns wichtig, wie die Stellung dazu ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gut, wir nehmen das zur Kenntnis, aber jetzt geht es um den Antrag der Ehrenmedaille für Herrn Wally. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich möchte es, meine sehr geehrten Damen und Herren, präzisieren. Ich habe überhaupt nichts gegen den Herrn Wally und ich bin gerne bereit, ihm die Ehrenmedaille der Stadt Steyr zu überreichen. Sollte die SP allerdings der Meinung sein, wir sollten generell diese Ehrenzeichen und die Art der Verleihung diskutieren und z. B. fordern, dass man das zurück gibt an den Ausschuss z. B. den nachfolgenden Antrag, dann bitte schön verlange ich, dass auch dieser Antrag gemeinsam zurückgestellt wird und dass darüber diskutiert wird, unter welchen Bedingungen wer etwas bekommt. Noch einmal: Wally ja, aber es kann nicht sein, dass man sagt den Wally, der eigentlich ein bisschen rausfällt aus der Ehrenmedaille, den schon, den Nächsten bitte schön wollen wir heute nicht diskutieren, den geben wir zurück in den Ausschuss. Das ist unwürdig, das kann man nicht machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Aber genau der Punkt war es, warum ich auch bei der ersten Ehrung die war, und das war halt der LH-Stellvertreter Haider, gesagt habe ab-

setzen, eben um Kriterien festzulegen wer soll es werden, unter welchen Gegebenheiten und wer nicht. Genau das war auch der Punkt. Da ist keiner von Ihnen mitgegangen, interessanter Weise. Jetzt wird es wieder zur Diskussion gestellt. Aber darum genau geht es. Es ist ja nicht so, und mir tut es Leid, dass wir die Diskussion da jetzt führen, das sage ich auch ganz offen, nur leider, lieber Andy Kupfer, du bist nicht in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und darum weißt du auch nicht genau was da gelaufen ist., Der Punkt war, dass das von den Fraktionen eingebracht worden ist. Und nicht das erste Mal sondern schon x-mal, auch von mir, jedes Jahr wieder, wenn Ehrungen kommen, endlich einen Kriterienkatalog, dass es mehr Frauen geben soll, dass nicht automatisch Politiker. Nur, das steht dann im Protokoll und es passiert nichts mehr weiter. Das Dumme ist nur, wir können es nicht einmal einen Ausschuss zuweisen, weil wir haben gar keinen. Wir haben es deshalb auch immer nur in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz behandelt, all diese Ehrungen, was ich sehr schade finden, weil von jeder Fraktion ist auch nur eine Person da und damit auch keine breitere Meinungsbildung, aber wir haben keinen Ausschuss lt. Statut, wo wir darüber diskutieren. Der, der meines Erachtens noch nahe käme, wäre vielleicht der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, nur da steht es meines Wissens auch nicht als Thema drinnen bei den Zuständigkeiten. Also, an einen Ausschuss zuzuweisen, da tun wir uns ein bisschen hart. Ich bin auch dafür, dass man sich Kriterien überlegt und ich gebe natürlich meinem Vorredner Recht, dass wir heute ja einige Fälle da haben. Ich habe einen Vorschlag diesbezüglich. Ich glaube, man muss schon unterscheiden, und es macht mir auch nicht wirklich Spaß, über Personen, die geehrt werden sollen, hier herinnen zu reden, sondern das gehört

einfach vorbesprochen. Nur wenn man dazu nicht bereit ist und vorher schon beschließt, seitens der SP, was man tun wird und erst nachher die anderen informiert, dann geht es einfach so nicht. Und bei Politikern, denke ich mir, sind wir nicht solche Mimosen, wenn ein Politiker dafür geehrt werden soll, was er politisch gemacht hat, dann muss er sich auch die Frage gefallen lassen, was hat er politisch gemacht. Bei Privatpersonen sehe ich das sehr wohl anders. Ich möchte jetzt auch nicht über die Person Wally, ich kenne ihn gar nicht, diskutieren, das liegt mir fern, aber ich würde mir das wünschen, diese Großzügigkeit die der Kollege Mayrhofer zuerst angesprochen hat, wenn man die hier jetzt walten lässt, bitte auch bei der nächsten Person, die als Antrag auf der Tagesordnung steht, genau die gleichen Kriterien anzuwenden, genauso diese Großzügigkeit und dann, und das wäre ein Vorschlag, die zu beschließen, diese ganzen Privatpersonen die wir heute auszeichnen, wirklich uns zusammen setzen im Rahmen einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz oder eben Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, wie auch immer, wie gehen wir in Zukunft mit Ehrungen vor, Prioritätenreihung, dass Frauen genauso vor kommen, dass wir sagen, es sind auch immer so und so viele Kunstschaffende, Kulturschaffende dabei, Leute die sich aus dem Sozialbereich ausgezeichnet haben usw. Aber machen wir heute einmal diesen Strich, diesen Schnitt, wo wir sagen, gut, die Privatpersonen die sich verdient gemacht haben um die Stadt Steyr die werden heute noch ausgezeichnet und dann setzen wir uns zusammen in Zukunft für einen Kriterienkatalog. Das habe ich übrigens auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz so vorgeschlagen, nur leider, wie gesagt, es ist Papier und die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat halt leider auch das Problem, dass es kein gemeinderätliches Gre-

mium ist, sondern es wird geredet und das war es dann. Also das würde ich schon ersuchen, die Sozialdemokratische Fraktion, hier diese Großzügigkeit walten zu lassen und diesen Schnitt dann einfach zu machen nach dieser heutigen letzten Ehrung die als Antrag kommt und die kommt halt dieses Mal nicht von der Sozialdemokratischen Fraktion sondern die kommt, und daran sehen Sie, dass wir das ganz unpolitisch wollten, ich, als einfaches Mitglied des Kulturausschusses und der Kollege Hack als Vorsitzender vom Kulturausschuss und nicht von irgendeiner Partei oder so, sondern einfach aus dem Bereich Kulturausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich ersuche kurz um Unterbrechung der Sitzung. Ich möchte, dass wir uns in der Fraktion zu diesem Thema da noch einmal kurz zurück ziehen und beraten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wer für die Unterbrechung der Sitzung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, das war einstimmig.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 18.07 UHR BIS 18.25 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Darf ich den Herrn Vzbgm. Bremm bitten, die Fraktionsmeinungen abzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Beratungen haben länger wie 5 Minuten gedauert, das ist auch ein Thema, wie wir heute schon bei anderen Ehrungen gesagt haben, dass man

mit diesen auch sorgfältig umgehen sollte ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Großzügig!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Bei Ehrungen, was ist großzügig? Der Vorschlag des Kollegen Mayrhofer, wenn wir uns schon für den Weg entscheiden, dass wir Kriterien erstellen wollen, und ich glaube dass es auch notwendig ist, aufgrund dessen, dass im Gemeinderat ein Antrag eingebracht wird, wird es notwendig sein, Kriterien zu haben, auch vorher darüber dementsprechend zu beraten und auch im Vorfeld weitgehendst zu schauen, wie es auch in der Vergangenheit möglich gewesen ist, und ich glaube, das sollte man sich für die Zukunft wünschen, dass wir im Vorfeld darüber eine Einigung erzielen und nicht so eine Vorgangsweise, wie es diesmal gewählt worden ist, da sind wir dafür, dass wir die Ehrung für den Kollegen Wally zurückziehen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt absetzen, aber natürlich auch den nächsten Tagesordnungspunkt und dass wir das nicht schubladieren, dass wir eine Arbeitsgruppe, oder Fraktionsvorsitzende, wie auch immer, das sollten wir jetzt nicht über das Knie brechen, aber dass wir eine Arbeitsgruppe installieren, wo wir Kriterien ausarbeiten, Kriterien festlegen und nach diesen Kriterien dann auch die Ehrungen in den Gemeinderat einbringen und dort einer Beschlussfassung zuführen. Das ist unser Vorschlag.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nur eine Zusatzfrage. Es geht ja um die Absetzung dieses einen Tagesordnungspunktes ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, beide.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir können eh zweimal abstimmen, das ist keine Frage

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Es steht der Antrag zur Geschäftsordnung und wir müssen natürlich zweimal abstimmen, weil es sind ja zwei Tagesordnungspunkte. Der Kollege Bremm hat jetzt die Fraktionsmeinung abgegeben, es ist der Antrag vom Herrn StR Mayrhofer gekommen, dass er gesagt hat, beide verbinden.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das war kein Antrag, sondern ein Vorschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Entschuldigung, Vorschlag. Aber es hat eh jeder eine Wortmeldung.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, die angesprochene Großzügigkeit findet anscheinend nicht statt; nur wenn sie das jetzt im Paket abstimmen, beide Anträge sofort zurückzustellen, dann ist etwas Einmaliges in diesem Gemeinderat passiert. Dass nämlich ein Antrag vom Antragsteller nicht einmal vorgebracht werden darf, das heißt, wenn sie das jetzt im Paket machen, dann heißt das – und das ist einmalig ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Moment, ich habe das nicht gesagt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir können das aber abkürzen, indem wir beide jetzt gleich besprechen und dann getrennt abstimmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann haben wir aber ein Problem mit dem Oberzeremonienmeister.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Mir geht es nur darum, dass man diesen Antrag auch wirklich verlesen darf und dass er nicht gleich weggestoßen wird, bevor man ihn überhaupt bespricht. Das möchte ich sichergestellt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wir haben den Antrag zur Geschäftsordnung gehabt und der Kollege Bremm hat die Fraktionsmeinung abgegeben. Nach dem Vorschlag des Kollegen Mayrhofer haben wir eine Sitzungsunterbrechung gehabt ...

MD-STV. PRÄS. DIR. HOF RAT DR.
GERHARD ALPHASAMER:
Der Antrag zur Geschäftsordnung ist nach § 6 Abs. 2 interveniert worden. Der Antrag auf Absetzung des Verhandlungsgegenstandes ist gestellt worden. Der steht zur Diskussion und jede Fraktion hat eine Wortmeldung.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Dann kann kein Antrag mehr vorgebracht werden.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es geht mir nur darum, weil sonst, wie der Herr Dr. Alphasamer richtig gesagt hat, wird dann abgestimmt, und dann hat man keine Wortmeldung mehr. Also, wenn ich den Antrag nachher vorbringen darf, dann passt das.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Jetzt sind wir beim Antrag 9) und da ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Da hat jede Fraktion eine Wortmeldung. Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin gegen die Absetzung beider Punkte. Ich habe es vorher schon gesagt, ich glaube, wir sollten diese Tagesordnung auch in würdevoller Art und Weise hinter uns bringen. Die sind auf der Tagesordnung und zum Teil ist das auch bekannt, dass wir über diese Personen heute diskutieren. Das betrifft den Herrn Wally und insbesondere auch den Herrn Mostböck und die Diskussionen in der Öffentlichkeit diesbezüglich, die will ich mir ehrlich gesagt wirklich ersparen. Ich hätte mich beim nächsten Antrag natürlich auch gemeldet; ich kann der sozialdemokratischen Fraktion folgen, mit dem Vorschlag, dass wir Kriterien erarbeiten usw., aber ich würde diese beiden Anträge heute durchziehen und beschließen. Ich glaube, dass das würdevoll wäre und darum bin ich jetzt auch bei diesem Antrag gegen die Absetzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Werte Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Seitens der freiheitlichen Gemein-

deratsfraktion schließen wir uns der Meinung von Herrn Vzbgm. Bremm insofern an, indem man in Zukunft wieder vor der Sitzung und vor diesen Abstimmungen das Einvernehmen unter den Fraktionen herstellt. Aber zum heutigen Antrag sind wir der Meinung, dass man ihn nicht absetzen soll, erstens ist das eine öffentliche Gemeinderatssitzung, das hat sich der über 80 jährige Prof. Mostböck und der mir unbekannte Wally in keinster Weise verdient und das ist peinlich, was sich da jetzt abspielt. Daher sind wir dagegen, dass man den jetzt absetzt, wir sollten das jetzt so beschließen. In Zukunft, und das gilt jetzt auch für den Antrag der ÖVP-Fraktion, mit der Frau Frech sollte man das natürlich auch besprechen. Auf der einen Seite heißt es immer, wir sollen ehrlich sein, es ist alles immer nicht genug in den Ausschüssen und auf der anderen Seite ist über den Herrn Prof. Mostböck nicht im Ausschuss debattiert worden, was ja überhaupt kein Thema gewesen wäre, aber man sollte das auch in Zukunft wieder so handhaben, aber für heute schlagen wir diese Vorgangsweise ab. Für heute sollten wir diese Debatte bitte schleunigst beenden, das ist ja wirklich nicht mehr zum Aushalten, hätte ich fast gesagt, und in dieser von mir vorgeschlagenen Vorgangsweise jetzt durchführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, der Kollege Kupfer hat eigentlich die Stimmung am Besten zum Ausdruck gebracht. Das Ganze gerät wirklich in Gefahr peinlich zu werden. Wenn wir es jetzt absetzen und dann werden Kriterien entwickelt, wo z. B. klar hervorgeht, dass der Herr Prof. Mostböck keine Ehrenbürger-

schaft bekommt, dann werden wir um diese öffentliche Diskussion sowieso nicht umhin kommen. Das kommt und ich glaube auch, dass es sinnvoll wäre zu sagen, machen wir einen Strich, wenn irgendetwas gegen den Herrn Prof. Mostböck spricht, dann sprechen wir es aus, nur ich finde nichts. Recht viel verdienstvollere Persönlichkeiten wie ihn, finde ich in Steyr wirklich nicht und wenn ich ein bisschen weiter schaue, auch in Linz nicht. Das heißt, das was ich eingangs gesagt habe, mit dieser Großzügigkeit, das war ernst gemeint. Bitte was vertut sich die Stadt Steyr, oder ist jemand der Meinung, dass es eine Herabwürdigung der Ehrenbürgerschaft ist, wenn man das dem Herrn Prof. Mostböck gibt, das kann es doch auch nicht sein. Das heißt, bitte beschließen wir heute die zwei Punkte und machen wir dann Richtlinien für die Zukunft.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Mit dem ist zu rechnen, wie der Kollege Hauser gerade sagt, das steht morgen alles in der Zeitung, und das ist wirklich unwürdig. Aber eines möchte ich schon sagen, erstens hast du den Vorschlag ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ich habe gesagt, eine Gleichbehandlung beider Anträge.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Du hast den Vorschlag gebracht, dass wir den Kollegen Wally absetzen, wenn wir bei dem nächsten auch ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe gesagt, eine Gleichbehandlung, es kann nicht sein, dass wir den nächsten machen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wenn wir den nächsten nicht machen, dann müssten wir den Kollegen Wally auch absetzen, so hast du es gesagt. Den Vorschlag habe ich hier gebracht, aber ich glaube, die Debatte ist wirklich unwürdig. Eines lasse ich uns nicht anhängen, dass wir jene sind, die da diesen Zirkus aufführen, weil es ist ohne Diskussion in irgendeinem Ausschuss ..

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

In der Fraktionsvorsitzendenkonferenz ist dieser Antrag sehr wohl besprochen worden.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Moment, das Thema ist angeschnitten worden, aber wir haben das dort nicht im Detail besprochen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Jetzt ist der Herr Vzbgm. Bremm am Wort!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung unterbreche ich ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Zur Berichtigung, steht das irgendwo?

MD-STV. PRÄS. DIR. HOFERAT SR

DR. GERHARD ALPHASAMER:

Aber nicht während der Rede!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Er muss ausreden können.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Der Antrag ist einfach eingebracht worden, ohne dass die Möglichkeit genutzt worden wäre, in den verschiedensten Kreisen darüber diskutieren zu können. Auch im Kulturausschuss hätten wir darüber diskutieren können, der hat erst vor wenigen Tagen seine Sitzung gehabt, es wäre aber auch die Möglichkeit gewesen, dass das intensiver an den Herrn Bürgermeister herangetragen worden wäre, wo man dann gesagt hätte, machen wir noch einmal eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz und diskutieren wir noch einmal darüber. Das hätte man tun können, man hätte auch sagen können, wenn man da bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz nicht einig wird, dann werden wir einen Antrag einbringen, man hätte alle Möglichkeiten gehabt. Einfach diesen Antrag in dieser Form einzubringen, ist eine nicht faire Vorgangsweise. Beim nächsten Antrag wird die Diskussion dann ja möglich sein, wir wissen sehr wohl die Leistungen des Herrn Mostböck zu schätzen und es ist ja nicht so, dass der Herr Mostböck in der Stadt keine Ehrung bekommen hätte. Er hat schon die zweithöchste Auszeichnung erhalten, er hat den Ehrenring der Stadt Steyr erhalten. Das ist ja nicht irgendetwas, weil wenn wir jetzt die Debatte führen, dass das alles nichts ist, dann können wir nämlich sagen, dass alle, die den Ehrenring der Stadt Steyr erhalten haben, dass das in Wirklichkeit eher eine Formalsache ist, das bekommt eh fast jeder. Man kann diskutieren, man sollte

sich Richtlinien erarbeiten, und nach denen vorgehen, aber das jetzt uns anzuhängen, da wehre ich mich massiv dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Ja, jetzt sofort, aber ohne einen Redner zu unterbrechen, steht da herinnen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung; das was hier behauptet worden ist, stimmt schlichtweg nicht und lässt sich auch beweisen. In der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 20. Mai – und das Protokoll schreibe nicht ich, das schreibt der Bürgermeistersekretär – steht wortwörtlich: „GR Mag. Frech stellt den Antrag, Prof. Karl Mostböck die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr zu verleihen.“ Zwischen 20. Mai und 19. Juni war genug Zeit für die sozialdemokratische Fraktion, dass der Herr Bürgermeister in die Fraktion geht und darüber diskutiert. Weil ich genau weiß, wenn man das Ganze mit Antrag macht und dann kommt es von jemanden anderen, dann hat man ein Problem und genau deshalb habe ich diesen Antrag in dieser Sitzung gestellt. Es ist mir auch zugesagt worden, man wird darüber nachdenken, das steht wortwörtlich drinnen. Ich hatte dann einen Termin mit dem Herrn Bürgermeister am Donnerstag den 19. Juni um 10.00 Uhr, wo ich noch einmal den Herrn Bürgermeister gefragt habe, wie sieht es jetzt aus, ist in der Stadtsenatsfraktion, in der großen Fraktion, in der kleinen Fraktion darüber gesprochen worden, wie er dazu steht? Ich will jetzt den Inhalt des Gespräches nicht genau wiedergeben, das erspare ich mir einfach, aber was allerdings dabei herauskam war, dass er gemeint hat, nein, da kann man jetzt nichts machen und es wird nichts passieren. Ich habe ihn eindringlich gebeten, darüber

nachzudenken, ich hätte sonst keinen Antrag eingebracht. Nur der Donnerstag, der 19. Juni – und darum war der Termin auch am 19. Juni – war der letzte Tag, wo es möglich war, einen Antrag fristgerecht einzubringen. Im Kulturausschuss, das sage ich ihnen ganz offen, hätte ich keine Chance mehr gehabt, wenn der Bürgermeister schon nein sagt und selbst wenn, es wäre nicht möglich gewesen, weil der Kulturausschuss an diesem Tag ab 16.00 Uhr stattgefunden hat und ich muss meinen Antrag aber einbringen solange Parteienverkehr ist, sprich spätestens bis 17.00 Uhr. Das heißt, ich musste in der Zwischenzeit, zwischen dem Gespräch um 10.00 Uhr und 16.00 Uhr diesen Antrag formulieren und auch begründen, denn ein Antrag muss auch begründet werden. Das ist der Punkt, noch intensiver kann man es nicht probieren und ich habe im Vorfeld, zwischen dem 19. Juni und der heutigen Gemeinderatssitzung mit zahlreichen Mandataren aus der SPÖ-Fraktion Gespräche geführt und habe wirklich versucht, das intern so zu machen, dass vielleicht doch noch etwas passiert. Man kann mir sicher nicht vorwerfen, ich hätte mich zu wenig bemüht, ich bin sogar gestern noch nach Linz gefahren, um mir eine Expertise zu holen, um mir eine Stellungnahme vom Land Oberösterreich zu holen – auf die werde ich dann bei meiner anderen Wortmeldung noch eingehen – aber zur Berichtigung, wie gesagt, es ist schlichtweg falsch, dass man nichts gesagt hätte, es ist schlichtweg falsch, dass man nicht schon einen Antrag intern eingebracht hätte und es ist schlichtweg falsch, dass man nicht das Gespräch gesucht hätte. Ich habe wirklich alles getan, was nur irgendwie geht und ich muss ihnen ehrlich sagen, es tut mir wirklich Leid, dass man 3, 4 oder 5 Wochen dafür verwenden muss, sich dafür fast auf die Knie werfen muss, damit man überhaupt eine Chance sieht, dass hier

irgendetwas weitergeht und das finde ich traurig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich habe es gesehen, wie wir den Antrag bekommen haben.

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung gehabt. Der Antrag des Rudolf Wally steht zur Absetzung. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, FPÖ, 1 Grüne (GR Kupfer), Bürgerforum Steyr. Wer übt Stimmenthaltung? 1 SPÖ (StR Oppl). Der Antrag ist mit Mehrheit abgesetzt worden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft den Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse.

10) Präs-486/08

Antrag des Bürgerforums und Herrn GR Hack betreffend Prof. Karl Mostböck; Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Herr Professor Karl Mostböck wird Ehrenbürger der Stadt Steyr.

Begründung:

Karl Mostböck, am 12. April 1921 in Grein an der Donau geboren, hat bereits während seiner Schulzeit besondere Begabung für Malerei und Musik gezeigt. Da für den Besuch einer Zeichenschule oder Akademie damals keine Möglichkeit bestand und er auf sich selbst angewiesen war, hat er von Anbeginn an zwangsläufig eine persönliche Eigenständigkeit entwickelt, die für seinen gesamten künstlerischen Werdegang charakteristisch geblieben ist. 1949 übersiedelte Karl Mostböck

aus Berufsgründen nach Steyr, wo er als Grafiker technische Konstruktionen für die Werbung umsetzte. Seine künstlerische Entwicklung erfuhr dadurch keine Einbuße, sondern eher neue Impulse. Bedachtsam und unbeirrt ging Karl Mostböck seinen Lebensweg über die Jahre hin. Kunstbände der allerfeinsten Art, sorgsam und gezielt zusammengetragen, gaben ihm Hinweise und waren Einführung in seine Entwicklung von Malerei und Zeichnung. Er nützte jede Möglichkeit, um seine Fähigkeiten zu erweitern und studierte die Klassiker der Malkunst mit einer enormen Gründlichkeit. Bereits Mitte der 50er Jahre hingen Mostböcks Arbeiten neben Werken von Anton Mahringer, Werner Berg, Anton Lehmden und Oswald Oberhub.

Prof. Karl Mostböck gilt heute als einer der bedeutendsten österreichischen Maler des Informel (Geschichte der Bildenden Kunst Österreichs, Prestel – Verlag, Band VI Hrsg. von Wieland Schmied). Seine Werke befinden sich in zahlreichen in- und ausländischen Sammlungen, so unter anderem in der Albertina Wien, in der Kunstsammlung Liechtenstein, im Leopold-Museum Wien, dem Museum der Stadt Hamm-Deutschland, im OÖ Landesmuseum, im NÖ Landesmuseum, im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Lentos Museum Linz und dem Museum der Sammlung Essel in Klosterneuburg.

Ich bitte um Diskussion zu diesem Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, der Antrag steht zur Debatte,

Herr Prof. Karl Mostböck wird Ehrenbürger der Stadt Steyr. Sie haben dazu im Antrag auch eine ausreichende Begründung vorgefunden, die – denk ich mir – nicht einmal nötig wäre, weil ich glaube, jeder von uns 36 Mandataren, selbst die, die heute nicht da sind, haben sicher alle erkannt, welchen Stellenwert der Herr Prof. Mostböck hat. Wenn sie heute, und das sage nicht ich, und das sagt nicht irgendein anderer Politiker, sondern wenn sie heute die Experten fragen, dann erfahren sie, welche führende Künstlerpersönlichkeit der Herr Prof. Mostböck ist. Ich habe mir gestern noch vom Land Oberösterreich, vom Landeskulturdirektor eine Stellungnahme geben lassen. Das Schreiben ist an das Magistrat der Stadt Steyr gerichtet, und zwar an sie, meine sehr geehrten Damen und Herren und ich darf ihnen das zur Verlesung bringen. „Die Direktion Kultur des Amtes der OÖ Landesregierung bestätigt, dass Prof. Karl Mostböck zu den bedeutendsten führenden Künstlerpersönlichkeiten des Landes gehört. Karl Mostböck hat ein umfangreiches malerisches und grafisches Werk geschaffen und ist durch zahlreiche Ausstellungen in Österreich und im Ausland international bekannt geworden. Sein unverwechselbares Werk wurde in zahlreichen Büchern und Katalogen publiziert. Arbeiten von Mostböck befinden sich in den wichtigsten öffentlichen und privaten Sammlungen. Unter anderem Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Albertina Wien, Kunstsammlung Liechtenstein, OÖ und NÖ Landesmuseen. Karl Mostböck wurde im Jahr 1984 mit dem Berufstitel Professor durch den Herrn Bundespräsidenten“ – das war, wenn ich mich nicht irre, damals Dr. Richard Kirchschräger – „ausgezeichnet. Im Jahr 1995 bekam er über Antrag von Bundesminister Dr. Rudolf Scholten das österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst erste Klasse. Karl Mostböck ist somit Träger der beiden höchsten Kul-

turauszeichnungen, die die Republik Österreich zu vergeben hat. Mit freundlichen Grüßen für das Land Oberösterreich, Dr. Reinhard Mattes, Landeskulturdirektor.“ Das heißt, hier geht es nicht um jemanden, wo wir uns Kriterien überlegen müssen, sondern da hat jemand schon die beiden höchsten Auszeichnungen, die die Republik zu vergeben hat. Da denke ich mir, wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, ich streiche das, eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er auch die höchste Auszeichnung bekommt, die die Stadt Steyr zu vergeben hat und das ist eben die Ehrenbürgerschaft. Noch dazu, wo Prof. Mostböck kein gebürtiger Steyrer ist, sondern aus Grein ist und damit, denke ich mir, ist die Ehrenbürgerwürde umso mehr gegeben, weil wenn man Bürger einer Stadt ist, dann muss man nicht Ehrenbürger werden, aber in diesem Fall doch besonders. Ich möchte jetzt gar nicht auf das Werk von Prof. Mostböck eingehen, weil ich denke mir, es steht einem Politiker auch nicht zu, über gut oder schlecht, schön oder nicht schön zu urteilen, sondern wie gesagt, das ist Expertenmeinung. Das ist nicht die einzige, sie können sich anschauen, im Haus liegen solche Pressespiegel von Prof. Mostböck, er steht außer Zweifel. Eines gebe ich halt auch zu bedenken, ich bin auch für einen Kriterienkatalog, nach dieser Sitzung, aber bitte nicht bei jemandem, der 87 Jahre alt ist, wo uns die Zeit möglicherweise davonläuft. Eines muss ich ihnen sagen, tut mir bei der Geschichte wirklich weh, ich wünsche mir nicht, dass dann so etwas passiert, wo man dann im Nachhinein sagt, hätten wir doch, wären wir über unseren Schatten gesprungen, oder was auch immer. Da geht es um jemanden, der außer Streit steht, wo es nichts gibt, was gegen die Ehrung spricht. Das könnten wir so in der Art machen, entweder soll er jetzt sprechen, oder für immer schweigen, so in diese Rich-

tung, denn es gibt einfach nichts, was gegen Prof. Karl Mostböck spricht, es spricht nur alles dafür und ich würde sie noch immer bitten, geben sie ihrem Herzen, was auch immer, einen Stoß, beenden wir das Ganze und zeichnen wir diesen verdienten Bürger der Stadt Steyr aus, der für die Stadt Steyr so viel getan hat, und sie brauchen sich jetzt nur im Antrag die Begründung durchlesen, aus Zeitgründen mache ich das jetzt nicht. Nur ein Satz daraus, nein, ich führe das jetzt gar nicht länger aus, wo er überall hängt, aber vielleicht doch noch ganz interessant, es gab in der letzten Zeit viele Ausstellungen in Deutschland, u. a. in Bochum, in Hamm usw., das heißt, er ist über die Grenzen Österreichs hinweg bekannt und da denke ich mir, wäre es eine Selbstverständlichkeit, diesen verdienten Bürger der Stadt Steyr zum Ehrenbürger zu machen. Ich habe immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, dass wenn wir nach dieser Gemeinderatssitzung in ein paar Monaten zur nächsten gehen, dass da draußen auf dieser Tafel Prof. Karl Mostböck hängt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Inhaltlich möchte ich da nichts hinzufügen, nur in einem Satz, wir können es uns nicht leisten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich bin dafür, diesen Antrag zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Unter § 5 – Ehrungen steht unter Absatz 1: „Der Gemeinderat kann Personen, die sich um die Stadt besonders

verdient gemacht haben, oder die der Stadt im besonderen Maße zur Ehre gereichen, durch die Ehrung zu Ehrenbürgern auszeichnen. Ich glaube, in dieser Formulierung steckt sehr viel drinnen. Was meint man damit, im besonderen Maße zur Ehre gereichen? Das heißt, den Namen der Stadt national, international bekannt zu machen und das in einem Bereich, der unumstritten ist. Das heißt, ich glaube, wir können noch so viele Definitionen suchen, es wird kein Weg daran vorbeigehen. Nur, 87 Jahre und ein angeschlagener Gesundheitszustand, ich möchte nicht, dass wir in die Verlegenheit geraten, dass wir ihm diese Ehrung postum verleihen müssen, weil wir jetzt nicht so weit sind, dass wir sagen, dieser Mann mit seinem Ruf, mit seinen Fähigkeiten ist der Stadt zu besonderem Maße zur Ehre gereicht. Ich ersuche wirklich um Zustimmung, ich ersuche darum, dem Antrag die Zustimmung zu geben, weil ich glaube, sonst müssten wir uns wirklich schämen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich bin ein bisschen bei dir, Gunter Mayrhofer, dass diese Diskussion nicht erfreulich ist, und dass wir uns ein bisschen schämen müssen, aber die Vorgangsweise, über die können wir uns auch schämen, über die Vorgangsweise, wie man an solche Themen herangeht. Das ist schon einzigartig, ich bin mittlerweile auch schon seit 1990 in diesem Haus und habe das in dieser Form noch nie erlebt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wie sonst hätte man auf die Geschichte eingehen können? Es gibt keinen Ausschuss, es ist nichts definiert. Anders als es vorzuschlagen, geht es nicht und es steht nirgends in den Statuten, dass Vorschläge ausschließlich über den Bürgermeister erfolgen können.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es hätten alle Fraktionen im Vorfeld die Möglichkeit gehabt und es gibt genügend Gremien, wo man im Vorfeld darüber diskutieren hätte können.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ja passiert!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Michaela, du hast die Diskussion begonnen, aber sonst war es auch schon vorbei, sonst ist es nicht weiter diskutiert worden. Es ist unbestreitbar, dass der Herr Mostböck eine anerkannte, bekannte Persönlichkeit ist, man braucht über seine Leistungen und über sein Wirken gar nicht diskutieren, aber es gibt natürlich viele andere Dinge auch. Darum ist es notwendig, Kriterien festzulegen, um eine korrekte Vorgangsweise für die Zukunft auch zu haben. Das ist notwendig und das brauchen wir dringend, aufgrund der Diskussion, die jetzt begonnen hat. Es ist schon ein bisschen unfair und nicht in Ordnung, dass man sagt, jeder meint, wir brauchen Kriterien, es gehören welche erarbeitet und festgelegt, aber bevor wir die Kriterien haben, müssen wir das jetzt beschließen. Also das ist eine unfaire Vorgangsweise, die ist schärfstens zurückzuweisen. Die Debatte kann man immer darüber führen und man weiß auch, warum die Debatte in dieser Form stattfindet.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Punkt – so wie auch den vorhergehenden Punkt – von der Tagesordnung absetzen. Ich ersuche, darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der Antrag zur Geschäftsordnung steht jetzt und jede Fraktion hat wieder eine Wortmeldung.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt ist genau das passiert, vor dem ich mich gefürchtet habe, muss ich ganz ehrlich sagen, jetzt ist es peinlich und jetzt ist es sehr unangenehm, auch mir persönlich ist das sehr unangenehm, ich spüre das auch, dass es mir ehrlich gesagt nicht gut geht. Wenn es so ist, wie es die Kollegin Frech gesagt hat, und ich nehme einmal an, sie lügt nicht, ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich kann es beweisen, ich habe es schwarz auf weiß.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

... dann hat es sozusagen ein Prozedere gegeben. Ein Prozedere gegeben, das dem Bürgermeister bekannt ist, das den Fraktionsvorsitzenden bekannt ist und dieser Antrag ist sozusagen nicht irgendwie willkürlich auf die Tagesordnung gekommen. Ich kann mich sogar erinnern, dass wir im Kulturausschuss schon vor längerer Zeit darüber gesprochen haben. Ich bitte noch einmal die sozialdemokratische Fraktion, diesen Antrag nicht von der Tagesordnung zu nehmen, ersparen wir uns bitte die Diskussion. Mir wäre es als Gemeinderat dieser Stadt extrem peinlich, das können wir uns einfach nicht leisten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich gebe dem Andi Kupfer vollends Recht, ich kann das auch beweisen, was ich hier behauptet habe, das ist sehr einfach, die Protokolle der Fraktionsvorsitzendenkonferenz liegen vor. Es ist zwar nicht ganz vollständig, weil ich kann mich erinnern, dass wie ich diesen Antrag in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz gestellt habe, von allen Fraktionen auch darüber gesprochen worden ist, dass sich das jeder vorstellen kann, mit Ausnahme der SPÖ-Fraktion, da ist nichts gekommen, aber auch kein nein, aber der Bürgermeister hat gesagt, er wird darüber nachdenken. Wie gesagt, man hat lange genug Zeit gehabt, und wenn du heute, Herr Vzbgm. Bremm, sagst, so geht man an etwas nicht heran, dann frage ich mich wie. Indem man in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz einen Antrag stellt, indem man das Gespräch mit dem Bürgermeister sucht, indem man mit dir spricht, ich habe mit allen möglichen Mandataren im Vorfeld gesprochen und auch gesagt, der Antrag wird zurückgezogen, wenn er gleich über die SPÖ eingebracht wird. Ich denke mir, mehr kann man nicht tun. Wenn du findest, dass man so vorgeht wie ihr, wo man dann bei den anderen Ehrungen lesen muss, in der Sitzung der sozialdemokratischen Stadtsenatsfraktion wurden am 7. April die Ehrungen für heute beschlossen und wir erfahren am 20. Mai in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, dass ihr vorhabt, das eventuell zu machen und der Termin für die Verleihung steht schon fest, sollen wir es so angehen? Ich finde, das ist ein unwürdiges Spiel und ich weiß wirklich nicht mehr, was man in dieser Stadt tun

muss, um eine verdiente Person, die außer Streit steht, zu ehren. Ich weiß es nicht, was man tun muss, ich hätte nur immer noch die Bitte, vielleicht darüber auch noch eine Sitzungsunterbrechung, oder was auch immer, aber diesem Vorschlag die Zustimmung zu geben. Ich habe keinen einzigen Grund gehört, warum man es nicht tun sollte, das dem Prof. Mostböck zu geben, es gibt auch keinen Grund, also bitte stimmen wir da dafür. Ich möchte mich dem anschließen, was der Kollege Mayrhofer gesagt hat, jemand der 87 Jahre alt ist, einen schlechten Gesundheitszustand hat, wisst ihr, wann wir die nächste Gemeinderatssitzung haben, irgendwann im Oktober, das heißt, selbst wenn wir schnell sind, wird das irgendwann einmal spruchreif, mit neuen Kriterien irgendwann im nächsten Jahr. Wollen wir das wirklich, dass wir jemanden das posthum verleihen, oder wäre es nicht schön, dass wir bei dieser Feier am 15. Oktober, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter die Ehrung bekommt, auch den Herrn Prof. Karl Mostböck mit ehren, wäre das nicht eine schöne Geschichte?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Was eine Ehrung nicht sein sollte, ist ein Politikum. Ganz offen, über alle anderen Themen ist es angebracht, eine politische Meinung zu haben, aber bei Ehrungen, glaube ich, sollte man nur abschätzen, verdient die diese Person, oder verdient sie diese nicht. Und Herr Vizebürgermeister, es ist schon sehr entlarvend, wenn du der Opposition vorwirfst, sie geht nicht richtig vor und du selbst, als Fraktionsvorsitzender machst genau dasselbe. In deinem Schreiben an das Büro des Bürgermeisters schreibst du: „Die

Fraktion der Sozialdemokraten haben beschlossen,“ – wortwörtlich, liegt da – „dass Haider und die anderen alle, die Ehrung bekommen.“ Es steht drinnen, wann die stattfinden soll, es steht eine Person drinnen, die es nicht bekommen soll, und das ist in Ordnung? Warum ist es in Ordnung, welche andere Vorgangsweise hast du gewählt, wie wir? Das möchte ich schon wissen. Und wenn jemand das zum Politikum macht, lieber Gerhard, dann bist du das.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir haben überhaupt nichts beschlossen, sondern einen Vorschlag gemacht, wir können nur einen Vorschlag machen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Darf ich das wortwörtlich vorlesen?
„Vorschlag für Ehrungen 2008“.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, Vorschlag für Ehrungen!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
„In der Sitzung der sozialdemokratischen Stadtsenatsfraktion am Montag, 07. April 2008, wurden folgende Ehrungen beschlossen: Ehrenbürger der Stadt Steyr – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Haider; Ehrenmedaille – Rudolf Wally; Prof. Anton-Neumann-Medaille – Oberstudienrat Siegfried Huber vom Trachtenverein Steyr, Intendant Konsulent Karl Michael Ebner. Der Vorschlag, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Kropf, den Ehrenring der Stadt Steyr zu verleihen, wurde nicht angenommen. Weiters wurde beschlossen, die Feierlichkeiten in zwei Veranstaltungen durchzuführen. Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an LH-Stv. Dipl.-Ing. Haider soll im Herbst bzw. im Oktober durchgeführt werden

und alle anderen Ehrungen zusammengefasst im Mai, Juni 2008.“ Geschrieben wurde das am 09. April 2008.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Bitte den Schlusssatz vorlesen!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
„Um weitere Veranlassung wird höflich gebeten.“

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Gezeichnet der Magistratsdirektor!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und jetzt frage ich euch, ob diese Vorgangsweise in Ordnung ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aber eines möchte ich jetzt schon einmal sagen. Wir können in der Fraktion beraten und einen Vorschlag machen, also ich glaube, das ist nicht verboten.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Und wir nicht?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ihr könnt in eurer Fraktion auch einen Vorschlag machen und man kann den diskutieren, aber ich glaube nicht, dass das richtig ist, dass wir keine Vorschläge mehr machen dürfen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der Verfasser dieses Schreiben ist übrigens der Herr Magistratsdirektor!

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:
Der Verfasser ist er nicht! Lesen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nur muss ich sagen, das ist jetzt nicht mehr schön, weil da geht es jetzt nicht mehr um die Personen, sondern da geht es eigentlich auch ... – ich glaube, wir müssen eine Sitzungsunterbrechung machen, denn das ist nicht richtig. Ich schätze den Herrn Prof. Mostböck sehr und ich traue mir jetzt auch zu sagen, dass ich das erst weiß, seit ich die Unterlagen für den Gemeinderat bekommen habe. Also ich habe mir gedacht, über jeden Ehrenbürger wird schon diskutiert, Michaela du weißt, dass ich ein Mostböckfan bin, und dann da politisch so herzustellen, wie wenn wir alle das nicht begreifen würden ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Mit wem habt ihr denn über den Wally diskutiert?

Mit wem habt ihr über den Herrn Kropf diskutiert?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Da wird halt ein Vorschlag gekommen sein, denn sonst würden wir nicht über Leute diskutieren.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber geschätzte Frau Vizebürgermeister, machen Sie mir nicht zum Vorwurf, wenn der Herr Bürgermeister bzw. die anderen, die in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz waren, das nicht an eure Fraktion weitergeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Du weißt, ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe diesen Antrag in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz gestellt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wenn man da schon Zettel vorliest, auch im Fraktionsvorsitzendenprotokoll steht: „Frau GR Mag. Frech stellt den Antrag, Prof. Karl Mostböck die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr zu verleihen. Der Herr Bgm. David Forstlechner weist darauf hin, dass Mostböck bereits den Ehrenring der Stadt Steyr hat, die zweithöchste zu vergebende Auszeichnung. Nach längerer Diskussion nahmen die Fraktionsvorsitzenden die vom Bürgermeister eingebrachten Vorschläge vorab zur Kenntnis.“

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aber der Herr Bürgermeister hat nicht gesagt, dass der Herr Mostböck keine Auszeichnung bekommen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir haben aber auch nicht gesagt, dass er sie bekommt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben ja den Antrag gestellt, was sollen wir denn sonst tun.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Da hätten wir schon Möglichkeiten gehabt, darüber vorher zu diskutieren.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es hat die Gespräche mit dem Herrn Bürgermeister gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wo, es gibt ja andere Fraktionen auch.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Es ist ja eh in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber diskutiert worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Also, ich glaube, wir werden jetzt eine Sitzungsunterbrechung machen, weil das führt zu nichts mehr.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 19.05 UHR BIS 19.25 UHR

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen noch einmal zum Antrag 10) zurück. Das heißt, es gibt den Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, Prof. Karl Mostböck zum Ehrenbürger der Stadt Steyr zu ernennen; mit einem

Zusatzantrag gem. § 9 Gemeinderatsordnung zu Top 10 (Antrag auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Prof. Karl Mostböck)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es wird Herr Rudolf Wally gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaillen der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seines langjährigen Wirkens als Obmann der Naturfreunde Steyr sowie als Obmann-Stellvertreter der Naturfreunde Oberösterreich, wodurch er den Namen der Stadt Steyr weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht hat.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wir haben ja über den Geschäftsordnungsantrag auch noch nicht abgestimmt. Du kannst ihn zurückziehen, dann brauchen wir nicht abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Dann ziehe ich den Antrag zur Geschäftsordnung zurück.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Antrag 10) mit Zusatzantrag steht dann zur Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht jetzt noch jemand das Wort? Dann kommen wir zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Eine Erklärung möchte ich schon noch kurz abgeben. Die Debatte haben wir erlebt, aber ich würde euch wirklich auch ersuchen, das ist zwar in so einem großen Kreis schwierig, dass wir diese Debatte wirklich in diesen heiligen Räumlichkeiten herinnen lassen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das wäre wünschenswert. Wie gesagt, wir wollen das nicht politisch ausschlagen, da können wir noch streiten, aber es geht um die zu Ehrenden und ich glaube, im Interesse derer ist eine Debatte in der Öffentlichkeit nicht wünschenswert. Ich ersuche auch die Medien, wenn sie 2 bis 3 Seiten bringen wollen, wir liefern euch wieder einmal irgendetwas anderes, wenn ihr etwas braucht.

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wie es immer so schön heißt, im Detail liegt der Hund, die Formalitäten haben da auch das ihre dazu beigetragen. Ernsthaft, ich ersuche wirklich im Sinne der Ehrenden, dass wir diese Debatte aus unserem Gedächtnis streichen, da wir hier gemeinsam mit allen Fraktionsvorsitzenden zu einem gütigen Vorschlag gekommen sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dafür stimmt, dass Prof. Karl Mostböck Ehrenbürger der Stadt Steyr wird, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Jetzt kommen wir zum Zusatzantrag bzgl. der Ehrenmedaille für Herrn Rudolf Wally. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Punkt betrifft einen Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung.

11) Präs-487/08

Antrag des Bürgerforums, der Grünen und der ÖVP-Fraktion an den Gemeinderat betreffend Erweiterung des bestehenden Ausschusses für Schule und Sport um das Gebiet „Liegenschaften“.

Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der bereits bestehende Ausschuss „Schule und Sport“ soll um das Thema „Liegenschaften“ erweitert werden. Die Bezeichnung des Ausschusses soll damit in Zukunft „Schule, Sport und Liegenschaften“ lauten.

Damit wäre sichergestellt, dass in Angelegenheiten, welche das Thema „Liegenschaften“ betreffen, Anträge gestellt und ausreichend vorberaten werden können, eine Akteneinsicht zu Unterlagen, welche diese Tagesordnungspunkte betreffen, möglich ist u. a. m.

Folgende Inhalte sollten insbesondere in diesem „Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften“

- der Kauf und Verkauf von Liegenschaften,
- die Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften, welche sich im Eigentum der Stadt Steyr befinden,
- die Anmietung neuer Liegenschaften sowie
- die Sanierung bestehender Liegenschaften

Begründung:

Es gibt derzeit zehn gemeinderätliche Ausschüsse sowie zwei Verwaltungsausschüsse zu unterschiedlichsten kommunalpolitischen Themen.

Trotzdem existiert bis dato kein Ausschuss, der sich mit jenen Angelegenheiten befasst, welche die zahlreichen Liegenschaften betreffen, die sich entweder im Besitz der Stadt Steyr befinden oder von der Stadt Steyr angemietet worden sind bzw. werden.

Dies ist umso unverständlicher als die Stadt Steyr über zahlreiche Liegenschaften verfügt: vom Alten Theater über den Stadtsaal bis hin zum Wirtschaftshof etc.

Aus ökonomischen Gründen und im Hinblick auf möglichst hohe Effizienz fordern die unterzeichneten Mandatare

allerdings keinen eigenen gänzlich neuen Ausschuss, sondern schlagen die Erweiterung des bereits existierenden Ausschusses für Schule und Sport vor, da der Vorsitzende des Ausschusses ident ist mit dem Stadtrat für Schule und Sport sowie Liegenschaften.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aus zeitökonomischen Gründen und um eine längere Debatte zu ersparen, werde ich gleich vorschlagen, dass wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn man Kritik übt, denke ich mir, sollte man sich auch die paar Minuten Zeit nehmen, um zu loben oder wie auch immer. Es freut mich, dass wir diesen Antrag auf die Einheitlichkeit, anscheinend einstimmig beschließen und damit auch in Zukunft wirklich über das Thema Liegenschaften im Ausschuss für Schule und Sport diskutieren können und damit einen Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften haben. Danke Herr Vizebürgermeister, dass das jetzt so unproblematisch funktioniert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es tut mir Leid, dass ich diese Zeitökonomie nicht aufbringe, aber nur ein Satz dazu. Es ist halt ein bisschen eine „Lex Bremm“, weil die Liegenschaften an und für sich meines Erachtens doch eher in Richtung Stadtplanung oder Bauausschuss passen. Weil der Liegenschaftsreferent auch Schule- und Sportreferent ist, gibt man das jetzt zusammen, ganz logisch ist es nicht. Ich begrüße es natürlich und finde es auch toll, dass wir das jetzt machen, irgendwo gehört es behandelt, aber so richtig zusammenpassen tut es nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist nicht unlogisch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, ich finde diese Zusammenlegung nicht so unlogisch, Schule und Sport sind auch Liegenschaften der Stadt, die ganzen Schulgebäude werden jetzt schon vom Herrn Vizebürgermeister betreut, das ist ein ganz wesentlicher Teil der Liegenschaften und alles andere wird halt dann in diesem Ausschuss mitbehandelt, das ist durchaus eine logische Zusammenlegung, die mir ganz gut passt. Wie es dann nach einer nächsten Wahl ausschaut, weiß man ja noch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersehe ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Berichterstatter ist die Frau Vizebürgermeisterin.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Änderung der Tarifordnung in den städtischen Kindergärten und Horte. Es gibt ja ein neues Landesgesetzblatt, es hat sich verschiedenes geändert und es soll mit 1. 9. in Betrieb gehen. Wir haben jetzt einen Abschlag für das zweite und dritte Kind drinnen, es ist keine Mussbestimmung, es ist eine Kann-Bestimmung, man kann beim zweiten Kind bis zu 50 % nachlassen, beim dritten Kind bis zu 100 %. Das haben wir auch gemacht, es ist auch eine Änderung bei den Alimenteren eingetreten, es werden nur die Alimenter für das Kind berechnet, welches den Kindergarten besucht. Was noch eingetreten ist, das Kinderbetreuungsgeld zählt auch nicht mehr zu den Einkommen dazu, das heißt, wenn jemand ein Kind hat, das noch zu Hause ist, also bis 2 ½ Jahre, dann wird das nicht mehr zu den Einkommen gerechnet. Ich glaube, dass es für viele Eltern billiger wird und ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

12) Kdg-5/07

Städtische Kindergärten und Horte;
Änderung der Tarifordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungs-, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten vom 30. Juni 2008 wird die in der Anlage beigeschlossene Abän-

derung der Tarifordnung für Kindergärten und Horte der Stadt Steyr beschlossen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN

EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Zu Beginn möchte ich einmal festhalten, dass bei jeglichen Debatten und Diskussionen über den leidigen Kindergartentarif keinesfalls irgendwelche Kritik an den Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen geübt wird, diese leisten hervorragende Arbeit und bereiten die Kinder sehr gut auf das spätere Leben und auf den Schuleintritt vor. Als gelernte Kindergärtnerin und Horterzieherin mit einigen Jahren Praxis möchte ich von dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen, für die verantwortungsvolle Arbeit, die sie täglich leisten. Eine anspruchsvolle, aber wunderschöne Arbeit, ich weiß wovon ich spreche. Nun aber zum Thema Kindergartentarifordnung. Am 11. Juni 2007 haben alle in der Landesregierung vertretenen Fraktionen die Elternbeitragsverordnung einstimmig beschlossen und in der Gemeinderatssitzung vom 4. 10. 2007 habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Stadt Steyr den im Sinne der Gemeindeautonomie zulässigen Handlungsspielraum der Tarifordnung schamlos ausnützt. Mit zunehmender Information der Nachbargemeinden mussten wir feststellen, dass wir in Steyr immer noch absolute Höchstbeiträge kassieren. Es wird nach dem Gesamtbruttoeinkommen berechnet, wie Frau Vizebürgermeister bereits gesagt hat, es zählt aber immer noch dazu Kinder- und Karenzgeld, Pendlerpauschale, Sonderzahlung, auch die Einkommen des Partners oder des Lebensgefähr-

ten werden hinzugerechnet und nach diesem Gesamtfamilienbruttoeinkommen wird der Tarif berechnet. Die Berechnung des Geschwisterrabattes beruht auf der Basis des Halbtagestarifes. Bis heute gibt es in Steyr kein Angebot für 20 bis 29 Stundenbetreuung pro Woche, also kein Halbtagesangebot. Es gibt Ganztages – kurz, Ganztages – mittel, Ganztages – lang. Wir haben aber schon auch das Gefühl, dass auch ein Halbtagesangebot gebraucht wird. Da der Rücklauf der Umfrage mit 40 % bei den Neukunden sehr gering ist, kann man annehmen, dass die anderen 60 % nicht dieser Meinung sind. Genau das fehlende Angebot eines Halbtageskindergartens ist der Grund, warum die Stadt Steyr als einzige Kommune noch nicht die Landesförderung erhalten hat. Die Stadt kann nicht nachweisen, dass das Angebot nicht benötigt wird. Im Gegenteil, ich habe heute telefoniert, in der Fachabteilung liegen Beschwerden vor. Daher bieten wir doch auch einen Halbtagesstarif an, es folgt dann umgehend die Landesförderung, wir bräuchten zur Berechnung des Geschwisterabattes keinen fiktiven, keinen fingierten Tarif annehmen. Halten wir uns bei der Tarifordnung doch etwas mehr an die Landesvorgabe, die Tarifänderung geht uns zuwenig weit, daher können wir der Ordnung nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich muss meiner Vorrednerin natürlich Recht geben, ich kenne keine Stadt in ganz Oberösterreich, korrigieren sie mich, wenn sie eine kennen, ich habe viel recherchiert, ich kenne keine, die so hohe Kinder-

gartentarife wie Steyr hat, nämlich bei den Höchstbeiträgen. Mit diesem heutigen Antrag werden diese Höchstbeiträge, die wir bisher hatten, noch ein bisschen höher. Jetzt sind wir beim Ganztageskindergarten – lang bei € 200,-- ohne Verpflegung. € 200,--, ich möchte nicht wieder in Schilling umrechnen, aber überlegen sie sich einmal 2.800,-- Schilling im Monat – und das sind jetzt nicht die „Gestopften“ usw., sondern das erreichen sie wie gesagt, wenn beide berufstätig sind – und gerade dann brauche ich ja einen Ganztageskindergarten, sonst brauche ich ihn ja ohnedies nicht, wenn einer der beiden Elternteile zuhause bleibt oder nur geringfügig beschäftigt ist. Im Endeffekt zahlt fast jeder diesen Höchstbeitrag, wenn beide arbeiten gehen und das kann nicht sein, € 200,--. Der Ganztageskindergarten – kurz, Ganztageskindergarten klingt ja gut, aber wie gesagt von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr das ist nicht lange, € 147,--, das muss man sich einmal leisten können. Ich appelliere wieder, ich habe es im Sozialausschuss bei jeder Gelegenheit gesagt, ich sage es wieder, rechnen wir uns die Kindergartentarife noch einmal durch. Ich verstehe es vor allem vor einen Hintergrund nicht, vor dem Hintergrund, dass angeblich alle unsere Kindergarten- gruppen ausgelastet sind. Das heißt, wenn die Kindergartengruppe voll ist, ist natürlich der Kostendeckungsfaktor ein viel höherer. Mir ist auch klar, wenn es so wäre, wenn ich eine Kindergärtnerin für 5 Kinder hätte, dann habe ich möglicherweise so hohe Tarife, aber wir haben alle Gruppen ausgelastet, heißt es immer, und dann kann es nicht sein, dass wir in Steyr die höchsten Tarife in ganz Oberösterreich haben. € 200,-- Höchstbeitrag im Ganztageskindergarten – lang, das kann nicht sein. Da bitte ich sie wirklich, gerade auch für Alleinerzieherinnen, zum Teil kommen die auch sehr rasch in höhere Beträge und ich kenne genug

Fälle – ich möchte nicht wieder mit Einzelfälle kommen, dann heißt es wieder wo man das her hat und ich möchte auch keine Namen nennen, aber es gibt genug Frauen, für die € 40,- oder € 50,- mehr im Monat mehr eine Katastrophe sind und die haben jetzt diese hohen Kindergartentarife. Eines kommt auch noch dazu, dadurch dass wir die privaten Betreiber verpflichtet haben, unsere Tarife zu übernehmen, trifft die das genauso. Damit haben sie zum Teil wirklich Situationen, wo jemand gegenüber vor 3 Jahren fast das Doppelte bezahlt wie früher und das ist ein Wahnsinn. Also, denken sie noch einmal darüber nach, machen sie noch einmal eine Kostenrechnung, ich habe es im Ausschuss schon gesagt, aber das ist schlichtweg zuviel.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist vieles schon gesagt worden, ich persönlich – das möchte ich vorausschicken – bin grundsätzlich nicht sehr glücklich mit diesem neuen Gesetz, das jetzt ein Jahr alt ist. Ich denke, es wird noch einige Novellierungen geben, einige Adaptierungen, einige Korrekturen. Was mir persönlich unter anderem aufgefallen ist, ist diese Möglichkeit, die es jetzt ja gibt, dass man seine Kinder, wenn man zuhause ist, im Juli abmelden kann, dass es aber nicht so ist, dass man dann nichts bezahlt, sondern dass man einen Pauschalbetrag von € 36,- zu bezahlen hat. Wo ich gerne wüsste, wie das den Eltern gegenüber begründet wird, wenn ich das Kind schon abmelden kann und die Möglichkeit habe, diesen Abschlag zahlen muss, das ist eine Kann-Bestimmung und keine Muss-

Bestimmung, also das ist ein Entschluss des Magistrates, das so zu handhaben. Ich würde bitten, das zu überdenken und sich grundsätzlich – auch wie die Kollegin Frech gesagt hat – die Kindergartentarife noch einmal anzuschauen und auch nach unten zu redigieren, der Spielraum ist da.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. An sich, vom Grundsatz her, ist dieser Antrag ja positiv zu beurteilen. Ich glaube, da sind wir uns ja alle einig, weil ja der Antrag davon ausgeht, dass für das zweite Kind ein Abschlag von 50 % künftig möglich ist und für das weitere Kind ein Abschlag von 100 %. Also daher ist dieser Bereich durchaus positiv zu beurteilen, aus unserer Sicht, aber er ist leider auch mit einigen Wermutstropfen versehen. Und zwar mit der Tatsache, dass die an sich bereits bestehenden hohen Beiträge, das ist auch unbestritten, nochmals heute hier um 1,5 % angehoben werden sollen, aufgrund dieser Indexklausel, die angeführt ist. Was mir auch nicht besonders gefällt, ich habe das bei anderen Gelegenheiten auch bereits gesagt und darauf hingewiesen, das ist die Rückverrechnung des Elternbeitrages. Denn das heißt im Klartext, dass wenn ein Kind aus Krankheitsgründen nicht den Kindergarten besucht, die 4 Wochen trotzdem zu bezahlen sind. Erst wenn der Zeitraum der Erkrankung über 4 Wochen ist, dann braucht man den Betrag der über 4 Wochen liegt, nicht mehr bezahlen. Das scheint mir nicht ganz gerechtfertigt zu sein, es wird sicherlich dafür eine Begründung geben, aber ich sehe das einfach so, dass das

eine nicht empfangene Leistung ist und daher auch nicht zu verrechnen wäre.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte schon noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir bei dem neuen Kindergartengesetz, wie wir die Tarife festgelegt haben – und das sollte man dabei nicht vergessen – natürlich kann man immer sagen, was ist zuviel und was nicht; ich tu mir natürlich leicht, weil ich sitze nicht Landtag oder in der Landesregierung, aber es wäre natürlich schon vorstellbar und wünschenswert, wenn der Kindergarten in einem gewissen Ausmaß überhaupt frei wäre, so wie in Niederösterreich der Halbtageskindergarten überhaupt frei ist. Das muss aber natürlich wer zahlen und jetzt kann man aus Sicht der Stadt sagen, ja das Land soll das zahlen, dann kann man leicht die Forderung stellen. Die Grünen sitzen ja in der Landesregierung, haben eine Koalition mit der ÖVP ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Ich sage es da bewusst, man redet sich natürlich leicht, wenn man nicht direkt die Verantwortung hat, aber es wäre sicherlich eine Diskussion wert, dass man sagt, Kindergarten in einem gewissen Ausmaß überhaupt frei. Wir haben aber bei der Tarifgestaltung im vergangenen Jahr, das sollten wir uns schon noch einmal in Erinnerung rufen, nicht die gesetzliche Obergrenze dort ausgereizt, sondern es sind für ca. 80 % der Kinder, die in Kindergärten gehen, die Tarife billiger geworden.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
70 %.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Dann sind es 70 %.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Aber nur in den städtischen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
In den städtischen, dafür sind wir zuständig.

*Unverständlicher Zwischenruf von StR
Gunter Mayrhofer*

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann haben die vorher zuwenig verlangt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Für die privaten kann man uns da jetzt nicht verpflichten, natürlich werden die auch keine Gewinne schreiben, sondern die kommen auch mit den Kosten nicht zusammen. Es kann ja nicht sein, lieber Gunter Mayrhofer, aufgrund des neuen Kindergartengesetzes, wo die Stadt verpflichtet wird, wenn sie selber nicht die Plätze zur Verfügung stellen kann, dass sie dann private Kindergärten miteinbeziehen müssen und dass wir dann den Abgang von der öffentlichen Hand zahlen müssen und die fahren mit dem Tarif herunter, das kann es wirklich nicht sein. Es ist schon wesentlich billiger geworden und mit der jetzigen Novellierung wird es noch einmal, zumindest für einen Teil, spürbar billiger. Für das zweite Kind 50 % Ermäßigung vom Halbtageskindergarten, der fiktiv mit € 105,--, das ist die Obergrenze vom Land her, angenommen wird. Nicht dass dort jemand glaubt, vom tatsächlichen Tarif be-

kommt er 50 % und beim dritten Kind überhaupt frei, also auch wieder vom Halbtageskindergartentarif gesehen, also es wird dort eine spürbare Verbesserung geben. Aber es ist ein Landesgesetz, das wir vollziehen und wenn wir uns zurückerinnern, wir haben schon einmal für das dritte Kind überhaupt einen Nulltarif gehabt, wir haben für viele Kinder einen Nulltarif gehabt, aber das Landesgesetz fängt das natürlich ein, was ja nicht ganz unverständlich ist, muss ich dazu sagen, dass wir da zumindest oberösterreichweit eine halbwegs gleiche Regelung haben und dass nicht jeder tut wie er will. Gerade auch im Hinblick auf die Abgangsgemeinden, so ist ja das gedacht gewesen, die hätten ja gar nichts verlangen wollen, weil sie bekommen es eh vom Land refundiert. Also, es macht schon einen gewissen Sinn, dass hier eine generelle Regelung gemacht wird. Zu dem Angebot Halbtageskindergarten, Frau Wührleitner, bei den Anmeldungen ist schon genau ermittelt worden, welcher Bedarf an Halbtageskindergarten, also mit den 5 Stunden, gegeben ist. Es war dort minimalst, es waren 2 oder 3 Kinder, die den Halbtageskindergarten beansprucht hätten. Das ist auch im Landesgesetz ganz klar geregelt, wie viel es für einen Halbtageskindergarten sein müssen, ich glaube, für eine Halbtageskindergartengruppe müssen es 10 sein, dass die eingerichtet werden muss, also wir halten uns da schon ganz klar an die Landesrichtlinien, an das Gesetz. Also dass uns das Geld noch nicht bezahlt wird, das ist eh eine Zumutung, dass uns als Stadt seit vergangenen Jahr der Betrag, der uns für die Kindergärtnerinnen per Gesetz zusteht, noch nicht bezahlt worden ist, weil es haben nämlich alle privaten Kindergärten, die die selbe Regelung wie wir haben, das Geld bekommen, nur die Stadt Steyr hat es nicht bekommen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Wührleitner, passen Sie eh auf?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
In Wirklichkeit ist das unzumutbar und nicht korrekt. Das ist so eine Wischiwaschi-Geschichte, es wird gar nicht genau begründet warum, es wird so pauschal gesagt, wir halten uns nicht so genau daran, aber genau was wirklich Sache ist, wird nicht gesagt.

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Weil wir nicht nachweisen können, dass wir den Halbtageskindergarten nicht brauchen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das hat z. B. der Bürgermeister von Steinbach auch nicht, und der bekommt das Geld.

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:
Der hat vielleicht den Nachweis gebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Also, unsere Fachabteilung für Kindergärten bestätigt das, dass auch der Nachweis gebracht worden ist, dass er nicht notwendig ist, dass der Bedarf nicht gegeben ist. Wir werden da halt immer ein bisschen „gehunzt“ und jetzt ist das eine Streitfrage, aber grundsätzlich wird diese neue Novellierung eine nochmalige Verbilligung für jene werden, die 2 oder 3 Kinder in einer Einrichtung haben. Wir sind da nicht unmenschlich oder unsozial, sondern wir haben voriges Jahr niedrigere Tarife eingeführt und heuer wird es aufgrund der Novellierung noch einmal billiger.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin ja sehr froh, wenn das jetzt für Familien mit mehr Kindern billiger wird, nur das ist sicherlich nicht der Verdienst der SPÖ gewesen, das muss man auch ganz klar sagen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war unser Vorschlag!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ihr habt es früher einmal gehabt, und dann gab es am 4. Oktober 2007 einen Zusatzantrag, wie es um die Kindergarten tarife gegangen ist, nämlich mit einer Resolution an das Land Oberösterreich, wo genau das gefordert worden ist, was jetzt wieder umgesetzt worden ist, mit 50 % für das zweite Kind und das dritte Kind gratis. Ich habe das als Resolution, als Zusatzantrag eingebracht, und Abstimmungsverhältnis laut Amt war: Dagegen gestimmt – dass für das zweite Kind ein Abschlag von 50 % gilt und das dritte Kind gratis ist - haben 21 von der SPÖ, dafür gestimmt haben einer von der SPÖ, 6 von der ÖVP, 2 Grüne, 2 FPÖ und einmal Bürgerforum, enthalten haben sich 2 Grüne. Was nicht ganz stimmen kann, weil ihr seid nur zu dritt, aber da steht es so. Das heißt, die anderen wollten das alle schon und ihr seid damals nicht einmal mitgegangen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das hat aber einen Grund gehabt.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung?
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich muss jetzt schon auch einmal eines sagen, ich habe die Zahlen eh schon genannt, wir haben eigentlich 69 Kinder in unseren Kindergärten, die den Höchstbeitrag bezahlen, von den ganzen Einrichtungen her und da haben 25 Eltern einen Einkommensnachweis erbracht und 44 Eltern haben gar keinen Einkommensnachweis erbracht. Ich muss gleich dazusagen, mir wäre es viel lieber, wir hätten einen Gratiskindergarten für alle Kinder und wir bekämen das Geld vom Land, wie es in den anderen Bundesländer auch ist, aber man muss eines sagen, das ist nicht der Fall. Wir bekommen jedes Mal ein neues Landesgesetz, das bekommen wir Ende Juni und wir müssen schauen, dass wir es im Gemeinderat noch beschließen und dann mit 1. September tritt es in Kraft. Ich glaube, wir haben den Beschluss so gefällt, dass man sagt, wir haben eh 50 und 100 % drinnen. Seit November hat die Frau Dr. Kolar-Starzer Verbindung mit dem Land, hat denen auch die Umfrage mitgeteilt, dass eigentlich 3 Eltern mit 3 Kindern einen Halbtageskindergarten brauchen und ich glaube, wenn ich sage, ich habe 46 Gruppen und 11 Betriebe, dann ist das für mich nicht umsetzbar, wenn die anderen eine längere Öffnungszeit wollen. Dem sind wir natürlich auch entgegengekommen, in Gleink z. B. bieten wir jetzt einen Mittagstisch an, weil die Eltern den Wunsch geäußert haben. Also es ist nicht so, dass wir dagegen arbeiten, sondern wir nehmen das schon ernst, was die Eltern sagen. Wo es für viele Eltern teurer geworden ist, und da komme ich immer mehr darauf, das ist aufgrund dessen, wenn ich mein Kind

in eine Privatschule schicke, dann ist da z. B. für das Schuljahr 2006/2007 ein Schulgeld von € 75,- und für das Schuljahr 2007/2008 ist das Schulgeld auf € 90,- erhöht worden und für 2008/2009 wird es auch sicher wieder erhöht werden, aber bitte das hat mit unseren Beiträgen überhaupt nichts zu tun. Bei uns gehen die Kinder natürlich frei in die Schule und darum erhöht sich für viele Eltern durch die Erhöhung des Schulgeldes und unseren Tarifen automatisch natürlich der Beitrag, den sie zu bezahlen haben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Schule oder Kindergarten?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich rede jetzt vom Schulgeld und vom Hort, weil von daher kommt natürlich die Beschwerde, weil das Schulgeld so erhöht worden ist und weil die unsere Tarife übernommen haben. Natürlich kommen sie jetzt höher hinauf.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Im Hort!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, im Hort und bei den Privaten ist es auch so, dass sie unsere Tarifordnung übernommen haben. Wir zahlen ja auch den Abgang für die Privaten und nicht das Land. Wir haben uns ja da geeinigt und die Privaten sind auch dafür. Nur mit dem Unterschied, dass die Privaten schon das Geld vom Land bekommen haben, obwohl sie die selben Tarife haben wie wir. Ich möchte euch in Schilling sagen, was uns das Land schuldet, das sind 18 Mio. Schilling, was uns das Land für dieses Jahr schuldet und ich meine, das kann nicht sein, weil laut Gesetz zahlen sie für jede Gruppenleiterin, und wir haben 46 Gruppen, da haben wir das Recht, das

Geld zu bekommen. Wir machen eine ordentliche pädagogische Arbeit, unsere Kindergärtnerinnen sind topausgebildet und das kann doch nicht sein, dass das Land sagt, die Stadt Steyr bekommt kein Geld. Wo leben wir denn, da haben wir jetzt rüberschrieben, wir schreiben jetzt schon x-Mal und wir bekommen aber nicht so eine Antwort, die eine Stellungnahme abgibt, warum wir das nicht bekommen. Ich habe gesagt, wir verlangen das, dass wir eine Stellungnahme bekommen, dass sie uns wirklich sagen, warum sie uns das Geld nicht geben. Das haben wir bis heute, Frau Wührleitner, das können Sie mir glauben, bis heute nicht bekommen. Zu der Frau GR Fanta, zu den € 36,-, muss ich sagen, das Landesgesetz schreibt 10 oder 11 Monate Öffnungszeiten vor, wir haben 11 Monate Öffnungszeiten, das heißt, dass wir für 11 Monate einen Beitrag verlangen müssen, aber wir haben gesagt, wenn die Kinder im Juli nicht mehr in den Kindergarten gehen, dann verlangen wir den Mindestbeitrag und das sind die € 36,-, weil wir haben 11 Monate angemeldet und wir haben immer bis um den 20. offen, wir haben ja 3 Wochen im Juli offen. Ich muss natürlich sagen, ich ersuche um Verständnis, wenn wir das für 11 Monate anmelden, dass wir dann auch für 11 Monate den Beitrag verlangen. Wir haben gesagt, die Kinder die nicht gehen, da verlangen wir € 36,-. Da ersuche ich schon um Verständnis, dass das so ist und zu der Erkrankung, da muss ich sagen, das war schon bei der vorhergehenden so, Herr Eichhübl, und das haben auch die anderen Städte, wir müssen ja trotzdem die Plätze für die Kinder freihalten. Ich habe oft Anfragen, dass wir Kinder bekommen würden, ich muss aber dem Kind den Platz freihalten. Da habe ich eigentlich von den Eltern noch nie eine Beschwerde gehört, dass sie sagen, sie würden das nicht bezahlen. Ich ersuche wirklich um Ver-

verständnis, dass wir uns eh bemühen, und ich glaube, es wird für viele jetzt trotzdem billiger. Weil das stimmt nicht, der Kinderabsetzbetrag, das Kinderbetreuungsgeld wird nicht mehr dazu gezählt, wenn ich jetzt für meine Kinder 3 Alimente bekommen, dann wird nur mehr eines dazugezählt, also es wird für viele billiger werden. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? 6 – ÖVP, Bürgerforum Steyr. Stimmenthaltungen? Keine. Wer ist dafür? SPÖ, Grüne, FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Jahresabschluss 2007 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Wir haben das in der letzten Ausschusssitzung in allen Details von den Steuerberatern vorgestellt bekommen. Ich muss natürlich eines sagen, es betrifft eh beide Häuser, aber vielleicht Münchenholz mehr, wie der Herr Mayrhofer gesagt hat, wir haben um 36 Personaleinheiten mehr – weil das ist der nächste Antrag – ich möchte schon sagen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Alten- und Pflegeheime leisten eine tolle und wertvolle Arbeit und ich möchte mich auch bei ihnen für diese Tätigkeit bedanken, weil es ist nicht so einfach und man soll einmal Bedacht darauf nehmen, es gibt einen Pflegeschlüssel und wir bekommen immer schwerere Pflegefälle und dadurch ist natürlich auch das Personal um soviel erhöht worden, weil das geht nach dem Pflegeschlüssel. Wir haben jetzt schon sehr viele Leute mit der Pflegestufe 4 bis 7 und dadurch sind natürlich auch die Personaleinheiten mehr geworden. Ich ersuche da wirklich um Verständnis. Ich muss sagen,

ich kenne die Altenheime sehr gut und ich kann nur jedem, der dort arbeitet, höchstes Lob aussprechen, weil es ist keine leichte Arbeit, es ist eine schwere Arbeit. Ich ersuche um Zustimmung.

13) Fin-141/08

APT, Jahresabschluss 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2007 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung, Jahresabschluss APT, APM.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Zuerst haben wir das APT zur Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag betrifft den Jahresabschluss für das APM. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

14) Fin-142/08

APM, Jahresabschluss 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2007 des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch keine, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Beim nächsten Antrag geht es um einen Antrag laut § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Antrag – Umsetzung und Gültigkeit der Elternbeitragsverordnung 2008 auch für Krabbelstuben. Es ist eine Resolution, die von den Grünen gekommen ist. Ich möchte dazu sagen, ich bin selbstverständlich dafür, ich würde aber, liebe Kollegin Fanta, Ihnen auch empfehlen, Ihren Landesrat ein bisschen zu beauftragen, das umzusetzen, weil ich glaube, es wäre wichtig, wenn man das an den zuständigen Landesrat weiterleitet, dass dies eigentlich wieder in der neuen Verordnung nicht berücksichtigt worden ist. Da wäre es in einem gegangen, aber ich glaube, wir werden noch öfters eine Novellierung bekommen, da bin ich mir auch sicher, dass das nicht hält.

15) Präs-482/08

Antrag der Grünen betreffend Umsetzung und Gültigkeit der Elternbeitragsverordnung 2008 für Krabbelstuben.

Antrag an des Gemeinderat laut § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Antrag

Umsetzung und Gültigkeit der Elternbeitragsverordnung 2008 auch für Krabbelstuben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution an die OÖ Landesregierung

Die OÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeit

alle erforderlichen Schritte zu setzen, damit die neuen Regelungen für Kindergärten und Horte in der novellierten Elternbeitragsverordnung 2008 auch für Krabbelstuben Rechtsgültigkeit erlangen.

Begründung:

Nach Evaluierung der Elternbeitragsverordnung 2007 wurde diese in einigen Punkten novelliert. Diese Änderungen treten ab 1. September 2008 in Kraft.

Eine der wichtigsten Verbesserungen in der Elternbeitragsverordnung 2008 ist der höhere Geschwisterabschlag, wenn mehrere Kinder gleichzeitig eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen. Für die Betreuung eines zweiten Kindes wird ein Abschlag von 50 % gewährt. Das dritte Kind geht frei. Der Geschwisterabschlag ist vom Elternbeitrag für halbtägige Inanspruchnahme (100 %) zu berechnen. Würde nun ein Kind in eine Krabbelstube gehen und ein zweites in einen Kindergarten oder Hort würde dieser Geschwisterabschlag nicht zur Geltung kommen. Diese Schlechterstellung für Familien, die Kinder in einer Krabbelstube betreuen lassen, ist für Eltern und Rechtsträger nicht nachvollziehbar. Sie stellt außerdem eine unnötig hohe finanzielle Mehrbelastung für Eltern dar. Die Krabbelstuben sind ein ebenso wichtiges Standbein der Kinderbetreuung, wie Kindergärten, Horte und heilpädagogische Einrichtungen. Die Elternbeitragsverordnung 2008 muss für alle drei Kinderbetreuungseinrichtungen gleich gelten, so wie es bisher auch der Fall war.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die Frau Vizebürgermeister hat ja schon etwas in Richtung der Grünen angesprochen, ich unterstelle jetzt der grünen Fraktion in diesem Hause nicht von Haus aus, dass sie diesen Antrag an die Landesregierung nicht in guter Absicht gemacht hätten, aber die Vorgangsweise ist schon etwas eigenartig, wenn man weiß, dass man unter dem Tagesordnungspunkt 12) eine Verordnung betreffend Kindergärten und Horte, Elternbeitragsverordnung 2008, diskutiert hat und weiß, dass diese eben von der Landesregierung als Auftrag an die Stadt übermittelt wurde und man auch weiß, dass es in der Landesregierung einen Landesrat Anschöber gibt, ich nehme an, der ist nach wie vor bei den Grünen, der sich in einer Koalition mit der ÖVP befindet und daher auch die Mehrheit in diesem Bereich hat, dann wäre es also angebracht gewesen, vorher, bevor man den Antrag hier einbringt, ich weiß ja nicht, ob sie das gemacht haben, vorher mit dem Landesrat ihrer Fraktion in Kontakt zu treten, dann hätte man sich wahrscheinlich diesen Antrag erspart, oder aber – und damit bin ich auch schon am Ende – lässt das den Schluss zu, dass sich die Grünen nicht nur hier in Steyr, sondern auch gegenüber den Landesgrünen nicht ganz grün sind.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir haben mittlerweile kurzfristig einen fliegenden Wechsel vorgenommen. Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Nein, der Antrag soll euch beweisen, dass wir eine eigenständige Partei in Steyr

sind, unsere eigene Meinung haben und auch zeigen, dass die Grünen in der Landesregierung nicht die Mehrheit haben bzw. es auch nicht so einfach ist, gewisse Themen auch in der Landesregierung durchzubringen und dieser Antrag ist auch eine Unterstützung für unsere Landtagsabgeordneten, bei der nächsten Novelle auch diesen Punkt zu berücksichtigen, der ist nämlich schon öfters diskutiert worden, ist aber sozusagen noch nicht berücksichtigt worden. Da gibt es keine Spielchen, oder irgendetwas, das ist unsere Meinung und ich glaube, dass das auch eine gute Sache ist. Ich ersuche sozusagen auch um eure Unterstützung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Eure Chefs tun auch nicht immer nur das, was ihr wollt, in Wirklichkeit ist das ein „Klackserl“. Frau Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich kann mich an den Sozialausschuss erinnern, als uns erklärt wurde, wie das erste, das zweite und das dritte Kind berechnet wurde, haben Sie, Frau Vizebürgermeisterin, auch von der Krabbelstube gesprochen. Sie haben gesagt, wenn jetzt das erste Kind in der Krabbelstube ist und das zweite Kind dann in den Hort kommt, dann wird das erste Kind so berechnet und das zweite Kind so.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau Vzbgm. Friederike Mach

GEMEINDERÄTIN
EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Ich bitte diejenigen, die im Ausschuss waren, mir zuzustimmen, daher habe ich angenommen, dass die Krabbelstuben dabei sind. Ich war ganz ver-

wundert, als ich das jetzt gelesen habe, dass die Krabbelstuben nicht dabei sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein, die Frau Fanta hat nur gesagt, dass die Krabbelstuben nicht dabei sind, das hat noch die Frau Dr. Kolar-Starzer gesagt, ich habe gesagt, es ist mir nicht ganz klar, warum die nicht dabei sind, weil das ist ja auch eine Kindergarteneinrichtung, das habe ich schon gesagt, aber ich kann das Landesgesetz nicht ändern.

GEMEINDERÄTIN

EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Nein, ich habe es so verstanden, dass Sie uns erklärt haben, Krabbelstube, Hort oder Kindergarten, das ist das erste, zweite und dritte Kind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Frau Fanta, richtig, das habe ich nicht gesagt?

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Nein!

GEMEINDERÄTIN

EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Ich habe es so verstanden.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich war auch im Sozialausschuss und ich bin schon davon ausgegangen, dass das jetzt mit der neuen Regelung so sein wird, dass natürlich auch die Krabbelstuben dabei sind. Wenn sie nicht dabei sind und

das so ist, dann denke ich mir, sollten wir dieser Resolution an das Land auch zustimmen, weil es kann ja keinen Grund geben, warum ich jetzt einen Unterschied zwischen Krabbelstube und anderen Einrichtungen mache. Gerade in Zeiten wo man ständig sagt, man wäre froh, wenn die Leute mehr Kinder hätten, denke ich mir, ist das eher eine einstimmige Angelegenheit.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wird es auch sein, nehme ich an. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Eigentlich ganz kurz, weil wir sind eh auch dafür und ich muss schon sagen, für mich war das auch ein bisschen unklar, dass die Krabbelstuben nicht berücksichtigt worden sind. Es ist nur geredet worden, das erste, zweite oder dritte Kind, weil es gehen z. B. manche in St. Anna in den Hort und andere bei uns in den städtischen Kindergarten, jetzt hat man gesagt, wie findet man das, jetzt brauchen wir die ganzen Meldungen, damit man dem nachgeht, wo ist das erste Kind gemeldet und welches Kind bekommt den Nachlass. Das ist im Sozialausschuss gesprochen worden, aber Krabbelstuben, habe ich gesagt, die sind nicht drinnen.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, weil ich gesagt habe, es tut mir Leid, dass sie nicht drinnen sind. Das war meine Meinung dazu.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wer stimmt dafür? Gegenstimmen?
Stimmenthaltungen? Einstimmige An-
nahme.

Ich übergebe den Vorsitz an die Kolle-
gin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich ersuche den Vzbgm.
Bremm um seine Berichterstattung.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Ein paar einfachere Themen. Mein ers-
ter Antrag geht um die Sanierung Bo-
denbelag im Gangbereich – Rathaus.
Das ist im oberen Bereich, hier sind die
Platten schon sehr desolat und das
gehört erneuert. Ich ersuche, diesem
Antrag sowie einer Kreditübertragung
zuzustimmen.

16) GHJ2-39/08

Sanierung Bodenbelag im Gangbe-
reich, Rathaus, Stadtplatz 27.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für
Liegenschaftsverwaltung vom
10.06.2008 wird den Auftragsvergaben
für die Sanierung des Bodenbelages
im Rathaus, Stadtplatz 27, an die

Fa. Lang & Menhofer, Steyr - Baumeis-
terarbeiten

(€ 8.173,90 inkl. USt.)

Fa. Stein & Raum, Steyr - Plattenver-
legung

(€ 6.976,44 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der
Höhe von:

€ 6.200,-- inkl. USt. von der VA-Stelle
5/270000/010000

(Volkshochschule Gebäude)

auf die VA-Stelle

5/029000/010000

(Amtsgebäude Gebäude)

und der Mittelfreigabe in der Höhe von

€ 15.200,-- inkl. USt.

(fünfzehntausendzweihundert)

bei der VA-Stelle 5/029000/010000

(Amtsgebäude Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist
eine Darlehensaufnahme in der Höhe
von € 6.200,-- notwendig, die hiermit
grundsätzlich genehmigt wird. Über
den Darlehensgeber und die Darle-
henskonditionen wird auf Basis einer
vom Geschäftsbereich für Finanzen
durchzuführenden Ausschreibung noch
ein gesonderter Beschluss herbeige-
führt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das
ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?
Stimmenthaltung? Einstimmige An-
nahme.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um den
Heizkesseltausch in der Hauptschule
Tabor.

17) GHJ2-27/08

Hauptschule Tabor – Heizkessel-
tausch.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für
Liegenschaftsverwaltung vom 19. Mai
2008 wird der Auftragsvergabe für den
Heizkesseltausch in der Hauptschule
Tabor, Taschried 1/3, an die

Fa. Klausriegler, Steyr - Heizkessel-
tausch (€ 70.805,92 inkl. USt.)

Fa. Mayr Peter, Steyr - Rauchfangkehrer (€9.000,-- inkl. USt.)

Fa. Kammerhofer, Steyr - Elektroarbeiten (€2.500,-- inkl. USt.)

Stadtwerke Steyr – Gasanschluss (€3.500,-- inkl. USt.)

Fa. Lang & Menhofer, Steyr – Bauarbeiten (€3.800,-- inkl. USt.)

zugestimmt

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerung wird der Mittelfreigabe von

€90.000,-- inkl. USt. bei der
VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen – Gebäude)

zugestimmt.

Ich ersuche, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Herrn Vzbgm. Bremm, nächster Berichterstatter ist der Herr Vzbgm. Ing. Dietmar Spanring.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem Antrag geht es um eine Freigabe in der Höhe von € 50.000,-- für die Neugestaltung Stadtmuseum Steyr – Konzept „spurwien“, weitere – und ich hoffe bald endgültige - Planungen, um das Haus dorthin zu bekommen, wo wir uns alle wünschen, dass es schlussendlich hinkommt.

18) K-33/99

Neugestaltung Stadtmuseum Steyr – Konzept „spurwien“ weitere Planungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Kultur, Bildung und Sport vom 26. Mai 2008 werden für weitere Planungsleistungen des Ateliers „spurwien“, 1010 Wien, Schwedenplatz 2/22

EURO 50.000,--
(i.W. EURO fünfzigtausend)

dem Grunde nach freigegeben.

Der Freigabe der unter der **VA-Stelle 5/360000/728000 (Museum – Entgelte für sonstige Leistungen)** hierfür **präliminierten Mittel in Höhe von EURO 50.000,--** wird hiermit zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 50.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Was lange währt, wird hoffentlich endlich gut, weil es schaudert mich schon ein bisschen, man hat als Frau momentan eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ein bisschen höher.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber man müsste, glaube ich, sein ganzes Leben im Gemeinderat verbringen, bis man Umsetzungen erlebt, weil heute haben wir 03. Juli 2008 und dass was wir jetzt eigentlich machen, da hatten wir damals am 14. Dezember 2000 schon einen Antrag, dass endlich die schrittweise Neugestaltung des Museums der Stadt Steyr erfolgt, dass ein Stufenplan zur Erneuerung des Heimathauses erarbeitet wird usw. 8 Jahre ist es jetzt her, wo im Museum nichts in diese Richtung geschehen ist, das muss man sich einmal vorstellen. Punkt 1. spricht schon Bände, wie wichtig uns der Innerbergerstadel ist und ich höre nicht auf, das bei jeder Gelegenheit zu betonen, es ist das bedeutendste Wirtschaftsgebäude der Renaissance in ganz Österreich, es ist nicht irgendetwas. Punkt 2. ist für mich jetzt die Frage, nachdem es Diskussionen über das Steyrer Kripperl gab, bleibt jetzt das Steyrer Kripperl dort, wo es ist, oder nicht. Das möchte ich nur als Zusage haben, über den Dschungelfunk habe ich es schon gehört, aber ich hätte es gerne in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung bestätigt.

STADTRAT
WALTER OPPL:

Der Dschungelfunk ist meistens konkret.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das weiß ich vom Personalbeirat her, wo ich gar nicht drinnen sitze und es trotzdem schon vorher weiß, wer es werden wird.

Aber Punkt 3., liebe Damen und Herren, und wir haben das heute schon ein paar Mal gehabt, und da wird es jetzt nicht mehr so lustig, ich würde mir ein bisschen mehr Sorgfalt bei der Erstellung von Amtsberichten wünschen. Das haben wir heute schon ein paar

Mal gehabt, und wenn sie sich diesen Amtsbericht anschauen, der uns heute vorliegt, dass man im ersten Satz schon 2 Fehler macht, das ist mir noch relativ egal, wenn man Museum nicht schreiben kann und Detailplanung nicht schreiben kann, das ist mir egal. Nur wüsste ich schon gerne, soll ich mich jetzt freuen, dass wir für das Museum jetzt € 500.000,-- ausgeben, oder nur € 50.000,--? Ich weiß es nicht, weil da steht € 500.000,-- i.W. Euro fünfzigtausend. Ich denke mir, ein bisschen mehr Sorgfalt, gerade im Bereich Kultur, sollte man schon walten lassen, Rechtschreibfehler sind mir egal, aber Zahlen sollten eigentlich stimmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Rechtschreibfehler sind auch nicht egal.
Herr Kulturreferent bitte, nein Kulturausschussvorsitzender.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Natürlich freue ich mich sehr, dass hier einmal ein erster finanzieller Ansatz vorgesehen ist und zur Anwendung kommen soll in Richtung Umbau des Stadtmuseums. Es ist zwar nur ein kleiner Beginn, ein kleiner Betrag, im Verhältnis zu dem, was es wahrscheinlich ausmachen wird, aber es hat ja sehr viele, sehr intensive Gespräche gegeben. Es war natürlich auch das Thema Kripperl ein sehr entscheidendes und ich glaube, es konnte eine gute Lösung im Gespräch mit Herrn Vzbgm. Bremm und mit dem Obmann des Vereines Heimatpflege gefunden werden, sodass da wirklich auch von dieser Seite keine Probleme zu erwarten sind. Ich bin wirklich schon sehr froh und sehr gespannt, wann wirklich der Spatenstich stattfinden soll und ich wünsche uns alles Gute dabei.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. In dieses freudige Konzert kann ich leider nicht einstimmen, oder nicht ganz einstimmen. Ich bin natürlich froh, dass wir diese € 50.000,- für dieses Konzept haben, aber 2 Punkte möchte ich doch noch anführen. Was nach meinem Antrag vom Jänner, glaube ich, immer noch nicht da liegt, das ist der Zeitplan der Umsetzung. Das würde mich schon interessieren, wir haben jetzt die Planung, aber wie schaut das mit dem Budget kommenden Jahr aus, ist es beabsichtigt, dieses Projekt noch 2009 zu beginnen? Das ist die eine Geschichte, aber das Zweite, was mich wirklich ärgert, ist die Sache mit dem Kripperl. Da bin ich höchstwahrscheinlich einer der wenigen hier herinnen, der dieser Meinung ist, aber ich glaube, dass ihr eine große Chance mit dieser Entscheidung, mit dieser Diskussion vertan habt. Ich habe nämlich das ursprüngliche Konzept, das Kripperl neu auszustatten, mit neuer Technologie, mit neuen Sitzmöglichkeiten, mit neuer Bühnentechnik etc. in einer tollen Räumlichkeit, das hätte ich wirklich sehr toll für das Kripperl gefunden und ich hätte es auch für das Gesamtensemble und für das gesamte Museum für eine tolle Chance gehalten, dieses bedeutende Gebäude aufzumachen, da wo die Leute hereinkommen und jetzt haben wir eine halbe, eine patscherte Lösung. Ich weiß nicht, warum das entstanden ist, da sind sicher viele falsche Informationen weitergetragen worden, oder man hat sich das nicht näher angeschaut, aber diese Chance, das Kripperl zu modernisieren, ist meines Erachtens vertan. Ich glaube, die Architekten werden es schaffen, eine Kompromisslösung her-

beizuführen, aber es ist nicht die perfekte Lösung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich danke dir und pflichte dir bei, du bist nicht der einzige, der diesen Ausdruck gemacht hat, es ist eine Chance. Es war eine gewaltige Chance, aber es hat halt Leute gegeben, die haben nein gesagt und die haben gesagt, es muss dort bleiben wie es war. Ich habe das nie verstanden, aber gut. Herr StR Mayrhofer bitte, der ist wahrscheinlich ein Befürworter für das Bleiben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, man muss jetzt ein bisschen in die Ursprünge zurückgehen, weil wir beschließen heute zusätzliche € 50.000,- für weitere Planungen. Jetzt muss man sich fragen, warum sind diese weiteren Planungen notwendig geworden? Das hängt nicht nur mit dem Kripperl zusammen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber auch sehr viel!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Es hängt damit zusammen, dass das Bundesdenkmalamt nicht vom Beginn weg dabei war, nämlich bei der Juryentscheidung war das Bundesdenkmalamt nicht mit eingebunden. Erst 2004 bei der Kulturausschusssitzung war der Hofrat dabei.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Stimmt nicht!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Was mich natürlich schon interessiert, wie weitreichend ist der Auftrag für „spurwien“ jetzt und wann beginnt man

mit inhaltlichen Diskussionen? Weil bis jetzt haben wir uns nur darüber unterhalten, was soll baulich geändert werden, aber es ist noch nie diskutiert worden, was wollen wir darin darstellen, was soll sich da abspielen, nämlich inhaltlich? Und nicht, wo soll welcher Raum sein. Ich glaube, dass man da schleunigst beginnen muss, damit man nicht weitere Ausgaben für zusätzliche Planungen, für zusätzliche Umplanungen hat. Und wir sollten auch überlegen, wie weitreichend wir wirklich den Auftrag für „spurwien“ gestalten und was wir nicht selber im Haus machen könnten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber in der Bauabteilung gibt es einige „Blockierer“. Herr GR Schuster bitte.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, weil mich das Thema Museum natürlich emotional sehr berührt, aber das Stichwort hat natürlich der Herr StR Mayrhofer ...

Unverständlicher Zwischenruf von Herr StR Gunter Mayrhofer

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Ja, ja, keine blöden Zwischenmeldungen!

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Gut, absolut Recht hat der Kollege Kupfer mit seinen Ausführungen, es ist eine große Chance vergeben worden. Ich glaube nicht, dass der Kollege Mayrhofer die Halbwahrheiten, die er da verbreitet, bewusst sagt, sondern

ich glaube eher, jeder Politiker wird ja durch einen Beamten informiert und ich glaube, er ist in diesem Zusammenhang auch informiert worden, aber leider nicht richtig. So ist es und ich kann es auch beweisen, eben aufgrund der Aktenlage. So wie sich die Michaela jeden Akt von vorne bis hinten anschaut, habe ich es natürlich dann auch, wenn es mich interessiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht ob sie wissen, dass der Kulturausschuss, unter Führung des von mir persönlich sehr geschätzten Herrn Dir. Engelbert Lengauer, im Juli 2000 „spurwien“ mit Herrn Arch. Grünberger an der Spitze, mit der Variante 3 des damaligen Präsentationskonzeptes, es war weder ein Einreichkonzept oder sonst etwas, sondern das waren einfach seine Vorstellungen, dass der Kulturausschuss damals, im Juli 2000 – ich zitiere aus dem Protokoll – „ aufgrund der Komplexität der Darstellung, diese Variante und dieses Projekt ausgewählt hat und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen hat.“ Daraufhin sind natürlich auch die Arbeiten in Gang gekommen und bereits im Februar 2001 ist die positive Stellungnahme zu diesem Präsentationskonzept von einem Sachverständigen dienst des Magistrates erfolgt. Im Juni 2001 erfolgte die erste Kontaktaufnahme des Herrn Arch. Grünberger mit dem Denkmalamt Steyr. Wobei aber erst im Oktober 2001 der Arch. Grünberger schriftlich seitens des Magistrates bzw. schriftlich seitens des Herrn Dir. Lengauer mit einem Weiterführungskonzept beauftragt wurde. Im August 2002 fand ein wesentliches Abklärungsgespräch des Arch. Grünberger mit dem Hofrat Lipp in meinem Museum vorne statt, da war ich selber anwesend, unter Anwesenheit des Leiters der damaligen Kulturabteilung Lopicnik, wo im Endeffekt die wesentlichen Punkte, Lift da und dort usw., abgeklärt worden sind. Seit diesem Zeitpunkt hat leider, meinem Gefühl

nach, eine Behörde versucht, nein, eine Behörde ist das Denkmalamt ja keine, das ist auch interessant, in Wien ist es eine Behörde, in Steyr ist es nur ein Amt, versucht dieses Projekt einfach umzubringen indem alles was grundsätzlich seitens des Architekten nicht möglich war, seitens der Fachabteilung geprüft werden musste. Ich darf nur ein Beispiel nennen, man glaubt es ja nicht, aber wenn man selber Haus baut und man beauftragt den Architekten das Haus so zu planen, wie man es nicht will, damit man weiß, dass man es so nicht will. So unwahrscheinlich ist es, aber wir haben z. B. prüfen müssen, ob ein Innenlift möglich ist – ein Innenlift, den wir ja gar nicht wollen, weil er würde ja eine wunderbare Innenarchitektur zerstören. Ich habe auch dem zuständigen Beamten gesagt, das brauchen wir nicht prüfen, das kostet nur Geld, weil der Herr Architekt Grünberger ist ja auch nicht auf dem Mist daher geschwommen, seine Referenzliste ist ja größer als des Kaisers Bart. Also das muss man schon auch sehen, er zeichnet derzeit verantwortlich für die Ausstellung in der Kunsthalle in Leoben, eine wunderschöne Ausstellung, also es ist ja nicht so, dass er ein Bettler ist. Aber wir haben das prüfen müssen und natürlich hat das auch etwas gekostet, bis dann gesagt worden ist, ja das geht wirklich nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Nicht wir, nein es ist geprüft worden, wie alt eine Treppe im Innenhaus ist, die wir aber sowieso nicht wegtun wollten. Da hat er irgendjemanden im Zillertal gekannt, einen Historiker, der das erheben musste. Hätte er mich gefragt, ich hätte es gewusst, weil ich weiß ja wie alt das Haus ist und wie das eingebaut worden ist. Das sind nur wenige Beispiele und das ärgert mich per-

sönlich so viel und das ärgert mich in den letzten 4 Jahren massiv, weil er immer wieder versucht hat, das Projekt zu stören und jetzt ist es ihm gelungen. Ich muss ganz ehrlich sagen, nachdem wir ja ständigen Kontakt mit dem Herrn Arch. Grünberger halten, es ist nicht mehr sein Projekt, wie es da ist, ich würde mich nicht wundern, wenn er von seinem Projekt zurücktritt. Es würde mich nicht wundern, wenn wir wieder bei Null anfangen müssen und es würde mich nicht wundern, wenn das nächste Projekt so ist, wie es derzeit aussieht, nur nicht ganz, sondern da tun wir halt ein bisschen etwas herrichten und die Sache hat sich. Da ist an und für sich einer Kulturstadt wie Steyr nicht würdig. Daher, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich euch ein bisschen ein Grundwissen vermittelt, es gibt ja noch so viele Sachen, die zu erzählen wären, aber hier ist wahrscheinlich nicht der richtige Ort dafür. In dem Zusammenhang, damit es wieder ein bisschen lustig endet, Steyr ist keine Bananenrepublik, aber vielleicht ein Kaiserstaat.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wenn der Kollege Mag. Schuster schon seine Emotionen spielen lässt, dann versuchen wir das wieder auf eine sachliche Basis herunter zu bringen. Wenn ein Architektenwettbewerb über ein denkmalgeschütztes Objekt gemacht wird, dann gibt es 2 Möglichkeiten. Entweder die ausschreibende Stelle definiert genau was in diesem Objekt gemacht werden darf, oder es ist Aufgabe der Architekten sich zu erkundigen, was dürfen wir machen. Nicht im Nachhinein, nach Zuschlag, das hat ja der Herr Schuster ganz klar terminlich abgestimmt. Es ist zuerst dieser Beschluss über die Variante 3

gefasst worden, dann ist Kontakt mit dem Denkmalamt aufgenommen worden. Das ist verkehrt, bevor ich überhaupt einem Preisträger den Zuschlag gebe, bevor sich der überhaupt mit einem Projekt beschäftigt, muss eruiert werden, was darf ich in einem denkmalgeschützten Objekt. Das ist so, ich habe bei der Architektenkammer auch nachgefragt, sie haben gesagt – selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mag. Schuster bitte.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Lieber Herr Mayrhofer, es stimmt einfach nicht, was Sie sagen, es tut mir herzlich Leid. Erstens wissen Sie es nicht, Nichtwissen kann man einem nicht vorwerfen, aber ich will nur sagen, es gab keinen Architektenwettbewerb. Falls Sie es nicht wissen, es gab keinen, sondern es waren einschlägige Firmen eingeladen, ihre Überlegungen zu präsentieren, es war kein Wettbewerb. Daher war es im Endeffekt nichts anderes, als dass 5 Firmen das präsentiert haben. Sobald eine Firma, wie z. B. „spurwien“ sagt, schaut euch das an, ist mit dem Denkmalamt Kontakt aufgenommen worden. Ist das klar, zur Richtigstellung, oder glauben Sie das nicht?

*Frau GR Ute Fanta verlässt um 20.22
Uhr die Sitzung*

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Glauben Sie nicht, dass das eine sehr holprige Vorgangsweise war und dass es gescheiter gewesen wäre, man hätte das vorher eingereicht, um allen 4 die Möglichkeit zu geben, etwas zu planen, was in Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt wäre, oder zahlen wir jetzt gerne zusätzlich € 50.000,--? Ich nicht.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Wissen Sie, dass das Bundesdenkmalamt sicher eine wichtige Behörde ist, aber es gibt auch andere Behörden, die mitzureden haben.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Nicht bei einem denkmalgeschützten Objekt.

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Das denkmalgeschützte Objekt ist im Endeffekt unverändert. Schauen Sie sich den Plan einmal an, ich weiß ja nicht, was Sie für Einsager haben. Schauen Sie sich einmal den Plan an, dann werden Sie sehen, dass das unverändert ist. Nicht wahr?
Schweigen ist auch eine Antwort.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Die Konzepte gibt es, das ist richtig, es wurden offensichtlich einige vorgelegt. Das eine heißt z. B. wissenschaftliches Inhaltskonzept für ein Gestaltungskonzept. Allerdings dürfte die Vorbereitung doch nicht so gut gewesen sein, weil z. B. mit den Besitzern und Betreibern des Kripperls hat nie irgendjemand gesprochen und von Haus aus anzunehmen, na bitte, die müssen sich sowieso „vertschüssen“, wenn wir das wollen, so ist es auch nicht. Das Kripperl ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Bestandteil, oder kann ein Superbestandteil eines lebendigen Museums werden, weil immerhin hat das Kripperl im Jahr etwa 12.000 Besucher und wenn man jetzt die Frequenzen, die wir da haben, umrechnen, dann haben wir im Tag etwa 3 Führungen. Also, ich würde nicht behaupten, dass das Kripperl ein unwesentlicher Punkt in der

ganzen Konzeption eines Museum sein kann ...

GEMEINDERAT

MAG. ERWIN SCHUSTER:

Hab ich eh nicht getan. Weder ich noch der Herr Kupfer.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Und von Haus aus anzunehmen, ja ihr müsst euch jetzt hinausschleichen, geht hin wo ihr wollt, in den zweiten Stock, unter das Dach, oder sonst wo.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Das ist etwas, was du verbreitest.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Nein, das verbreite ich nicht. Ich weiß was in diesem Verein gesprochen oder nicht gesprochen wurde.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Die Planung ist dem Kripperl, den Betreibern des Vereines Heimatpflege nie vorgelegt worden und der Verein war nie eingebunden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dazu muss ich sagen, die waren bei mir.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ja nachher, jetzt erst.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nicht jetzt erst, die waren vorher auch schon bei mir und da waren sie dafür. Ein Jahr später waren sie dagegen.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Es hat jetzt ein sehr gutes Gespräch mit dem Herrn Vzbgm. Bremm und dem Herrn Dr. Kaiser gegeben und ich glaube, es ist eine Lösung gefunden worden, die für alle zufriedenstellend ist und vor allen Dingen ein sehr großes Risiko verhindert. Weil das Kripperl zu zerlegen, dort abzubauen und wieder zusammen zu bauen, das birgt ein Risiko in sich, das man wahrscheinlich nicht gut abschätzen kann.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das haben die alten Ägypter schon gemacht, vor 3.000 Jahren haben sie das schon gemacht.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Also, wir werden jetzt in Steyr die ägyptischen Umzugstechniken anwenden, das finde ich super.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die haben es aber zusammengebracht, aber wir bringen ein Kripperl nicht unter, das ist ja unglaublich.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, weg von diesen Emotionalitäten, möchte ich eines, was auch schon gefallen ist, unterstützen. Das ist, sich wirklich ein Konzept zu überlegen, was man denn tatsächlich ausstellen will. Zeit gehabt hätten wir genug, weil wenn ich jetzt schaue – und ich schaue mir, wie der Kollege Schuster schon gesagt hat, die Akten

gerne an – da steht, seit 3 Jahren beschäftigt sich der Kulturausschuss mit der Neugestaltung des Heimathauses, in einem Dringlichkeitsantrag vom November 2000, das heißt, seit 1997. Jetzt haben wir 2008, das heißt, wir hätten eigentlich jetzt schon 11 Jahre Zeit gehabt, uns zu überlegen, was stellen wir dann dort aus, weil die Räumlichkeiten, das was ich ausstelle und das was ich pädagogisch vorhabe, was ich auch an Zielgruppen vorhaben, wen spreche ich eher an, Touristen, Schüler usw., muss ich dann halt auch in einem Paket bündeln und das sollte jetzt zumindest spätestens vorliegen. Zeit haben wir 11 Jahre gehabt, nur mich wundert es nicht, dass es das noch nicht gibt, weil ich schaue mir nicht nur Akten an, sondern ich schaue mir auch Räumlichkeiten an und es gab eine Begehung des Kulturausschusses, wo wir uns nicht nur das Heimathaus angeschaut haben, sondern auch diese Depots. Und dann war schon ein bisschen klar, woran das liegt, weil da machen sie die Türe auf und dann können sie nicht mehr weitergehen, weil einfach alles wie in einer Rumpelkammer dasteht. Das lässt sich auf Fotos alles beweisen, das haben wir alles im Gemeinderat gehabt. Das heißt, wenn – dann sollten wir das jetzt angehen. Warum ich mich jetzt noch einmal zu Wort melde, ist auch um ein bisschen Druck zu machen, weil ich habe im Kulturausschuss die Frage gestellt – und darum ist mir auch klar, warum es das Konzept nicht gibt – wie es mit der Inventarisierung im Museum ausschaut, die ich vor einem Jahr eingefordert habe. Mir ist mitgeteilt worden, ja die läuft. Ich habe gesagt, ja bis wann ist die denn fertig, jetzt läuft die schon mindestens ein Jahr? Ja, das weiß man noch nicht. Und wenn ich etwas noch nicht einmal inventarisiert habe, wie soll ich dann wissen was ich ausstelle. Da geht es nicht darum, irgendjemanden eine Schuld zuzuweisen, keinem Beamten, keinem Politi-

ker, gar nichts, ich möchte nur dass eines passiert und dass man sich parallel dazu das jetzt wirklich überlegt, was machen wir jetzt mit dem Museum. Denn es wäre schade, wenn wir dann umgebaut haben und dann draufkommen, dass die Umbaugeschichten nicht zu dem passen, was wir eigentlich wollen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:
Andi, du hast festgestellt, du bist nicht alleine, brauchst keine Sorgen haben.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:
Das hilft mir aber nichts.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:
Nein, das hilft dir oder uns nichts. Ich bin wirklich auch voll der Meinung, dass das eine vergebene Chance ist, dass man wirklich das Kripperl hätte etablieren können und nicht einfach sagen – so läuft es draußen herum – schleicht euch, die hätten weg müssen, ganz egal wo hin. Das stimmt schlichtweg überhaupt nicht, sondern im Endeffekt wäre es eine Chance gewesen, bei dem Ganzen eine saubere und entsprechende Aufarbeitung zu machen. Okay, nachdem wir nicht unbedingt Diktatoren sind, ist es halt so, dass der Kripperlverein festgehalten hat, dass sie dort nicht weggehen wollen, einverstanden, sie bleiben dort. Michaela, sie bleiben dort, sie kommen nicht weg, wenn du es jetzt ganz offiziell hören möchtest. Das andere wird sein, dass wir das Museum nicht normal offen betreten werden können, die Welser kratzen sich so ungefähr am Kopf, und so werden wir uns in das Museum wahrscheinlich irgendwie hin-

einbewegen müssen. Es wird sicherlich irgendeine Lösung werden, aber die Chance selber wurde vertan, da wirklich eine gescheite Lösung für alle zu erreichen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist Herr StR Wilhelm Hauser.

BE:STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine werten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Trotz hoher Temperaturen und sich eigentlich in einer Sauna befindend, berichte ich jetzt über einen Antrag, wobei es um eine Finnsauna und einen Whirlpool geht, die wir im Stadtbad Steyr neu errichten wollen. Um auf das zu antworten, das u. a. der Kollege Altmann angeschnitten hat, natürlich ist es eine Investition, aber es hat auch eine Kundenbefragung gegeben, die also durchaus gezeigt hat, dass sie einerseits die Wünsche danach haben und sie andererseits dafür auch höhere Eintrittspreise zur Kenntnis nehmen. Es wird natürlich eine Zeit dauern, bis sich so etwas amortisiert, das ist schon klar, aber wir müssen auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, wie es der Kollege Vzbgm. Bremm angesprochen hat, dass halt viele Leute auch gerne wo anders hinfahren und wir müssen u. a. auch darauf Rücksicht nehmen, dass z. B. gerade in Bad Hall groß gebaut wird, dass in Amstetten viel Neues entstanden ist, wo die Leute gerne hinfahren. Wenn wir also haben wollen, dass wir halbwegs vernünftige Besucherzahlen haben und nicht irgendwann so enden

wie Enns, dass man das Hallenbad zusperren musste, weil sich das Finanzierungskonzept aufgrund der Besucherzahlen überhaupt nicht ausgegangen ist, dann müssen wir also schauen, dass wir uns auf einem Level befinden, der für die Besucherinnen und Besucher, und damit für die Bürgerinnen und Bürger von Steyr dementsprechend ist. Es wurde auch die Meinung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit eingebunden, was die also dazu sagen, und wir haben versucht ein Konzept zu erstellen, das den Wünschen also dementsprechend gerecht wird. Wir haben also 9 Gewerke ausgeschrieben und ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir beim Gewerk 7, bei der Sauna selbst, nicht den Billigstbieter genommen haben, sondern den Bestbieter, weil einfach von den anderen beiden bestimmte Ausschreibungskriterien nicht erfüllt wurden, und wenn wir schon eine Investition machen, die € 433.000,- kostet, dann sind wir also der Meinung, dass es nicht an € 5.000,- scheitern darf, um die beste Saunatechnik zu haben, noch dazu wo es darum gegangen ist, dass wir vor allen Dingen eine Klimasteuerung für den Ofen wollten, damit es also Einsparungsmöglichkeiten beim Energieverbrauch gibt u. a. dass es auch eine vernünftige Möglichkeit der Reinigung dieser Sauna gibt, indem also hier die Sitzflächen klappbar sind und die Ummauerung des Ofens hier auch im Angebot drinnen ist. Ich ersuche also daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, wobei ich noch ansprechen möchte, dass wenn dem heute zugestimmt wird, dann die Fristen noch abgewartet werden müssen, voraussichtlich mit August der Baubeginn ist und mit Ende November die Inbetriebnahme geplant ist, weil ab dem 19. November es dazu kommen soll, dass der Probetrieb beginnt, um es dann dementsprechend für die Bevölkerung öffnen zu können.

- 19) Stw-86/08
Stadtbad Steyr – Finnsauna und Whirlpool; Erweiterung des Freibereiches Sauna 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 9. 6. 2008 wird der Erweiterung des Saunabereiches im Stadtbad Steyr und den nachstehenden Auftragsvergaben an die vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

1. Baumeisterarbeiten:

Fa. Alpine, Steyr

€95.212,--

2. Elektroarbeiten

Fa. Kammerhofer, Steyr

€25.220,--

3. Spengler, Dach

Fa. Lipfert, Steyr

€29.271,--

4. Fliesen, Böden

Fa. Seyrlehner, Behamberg

€19.536,--

5. Whirlpool, Haustechnik

Fa. Höber, Steyr

€148.372,--

6. Lichtdurchlässige Bauteile

Fa. Eckelt, Steyr

€22.390,--

7. Sauna

Fa. Klafs, Linz

€34.576,--

8. Stahlbau, Schosser

Fa. Riegler Metallbau, Steyr

€29.129,--

9. Tischlerarbeiten

Fa. Bauernfeind, Garsten
nachgereicht am 2. 6. 2008

€29.928,--

Gesamtsumme: €433.634,--

Das Projekt ist im Budget 2008 der Stadtwerke vorgesehen und wird bis zur jährlichen Abrechnung durch die Stadt Steyr aus dem Cash Flow der Stadtwerke finanziert.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Danke für die Zustimmung. Der nächste Punkt betrifft den Erdgasliefervertrag von der Fa. EconGas. Ein bisschen zur Geschichte gesagt, wir haben den Erdgasvertrag ja erst mit Ende 2006 neu beschlossen und das Problem, welches wir gehabt haben, dass im Jahr 2007 die Erdölpreise exorbitant gestiegen sind und wir damit schon erkennen konnten, wenn wir beim Erdgasvertrag keine Veränderungen herbeibringen, dann werden wir in einem noch größeren Minus landen. Aufgrund dessen haben wir dann versucht, mit der Fa. EconGas in Verhandlungen zu treten und die haben sich also keineswegs dafür erweichen lassen, mit uns über den Erdgasliefervertrag zu verhandeln. Ich habe mich dann, auch gegen sehr große Widerstände, das muss ich auch ganz eindeutig sagen, auch von der juristischen Abteilung des Magistrates, dazu entschlossen, mittels einer Dringlichkeitsverfügung diesen Erdgasvertrag per 31. 12. 2007 zu kündigen. Ein Jahr Kündigungsfrist, damit wir also mit 31. 12. 2008 auch aussteigen können. Das hat dazu geführt, dass genau das passiert ist, was uns die Juristen vom Magistrat gesagt haben, dass sie sagen werden, dass sie das nicht anerkennen. Wir haben gesagt, es mag schon sein, dass sie das nicht anerkennen, wir bleiben trotzdem bei der Kündigung. Es wurde damals das erste Mal auch signalisiert, dass sie mit uns in Verhandlungen treten werden, indem sie uns ein Angebot machen. Das Angebot haben wir dann ca. im April bekommen und im April war es dann so weit, dass wir gesagt haben, das geht so nicht. Damit wir

sozusagen aber nicht aus der Kündigung herausfallen, indem wir dieses Angebot einfach mir nichts, dir nichts ablehnen, haben wir natürlich wieder mittels Rechtsanwalt zurückschreiben lassen. Jetzt ist es so, dass wir in etwa einen 45 %igen gestiegenen Einkaufspreis haben und wir uns in einem Bereich befinden, wo wir alleine beim Gashandel keine Gewinne, sondern Minus geschrieben hätten und es natürlich auch dringend notwendig war, weiter in Verhandlungen zu treten. Die Fa. EconGas ist auf uns zugekommen und hat uns nun einen Vertrag präsentiert, wo wir der Meinung sind, dass wir das als Kompromiss eingehen könnten, wo Verbesserungen drinnen sind, wo wir um € 480.000,- billiger einkaufen, wo wir zusätzlich die Anerkennung als eigenständige Bilanzgruppe erfahren, und wo sie uns zugesagt haben, für 14 Monate – ab dem 1. November des heurigen Jahres – unsere Gaseinkäuferin mit zu betreuen, einzuschulen und das gesamte Clearing durchzuführen und uns damit auch auf den Weg zu begleiten, dass wir dann ab Ende dieses Erdgasvertrages in der Situation sind, selbst am Weltmarkt einkaufen zu können. Dieser Preisnachlass von € 480.000,- ist also hier im Amtsbericht erklärt, ich möchte das nicht noch einmal alles mit ihnen durchgehen, wir haben auch versucht, das im Verwaltungsausschuss sehr genau zu diskutieren. Ich möchte nur auf die Alternativen hinweisen, wenn wir diesem abgeänderten Erdgasvertrag nicht zustimmen, was das bedeutet. Es bedeutet, dass wir beim alten Erdgasvertrag bleiben, dass wir € 480.000,- höher einkaufen, dass wir keine Anerkennung als eigene Bilanzgruppe haben, dass wir keine Unterstützung haben bei der Schulung unserer Erdgaseinkäuferin und der einzige Vorteil wäre, dass also dieser Vertrag um 1 Jahr früher endet. Damit, wenn wir also dieser Veränderung nicht zustimmen, würde auch die Kündigung aufrecht

bleiben und wir müssten mit einem Prozessrisiko rechnen, wenn dem sozusagen Recht gegeben wird, dass unsere Kündigung nicht anerkannt wird, wir weiterhin auch im alten Vertrag bleiben.

20) Stw-87/08

Städt. Gaswerk – Erdgasliefervertrag; Neufassung für Zeitraum November 2008 bis Ende 2011.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14. 06. 2008 wird der Neufassung eines Erdgasliefervertrages für den Zeitraum 01. 11. 2008 bis 31. 12. 2011 mit der Firma EconGas GmbH, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien, zugestimmt. (Beilage)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche daher dieser Abänderung des Erdgasliefervertrages und dieser Neufassung zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dazu Wortmeldungen? Roman Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

In welchem Bereich wird die von dir angesprochene Mitarbeiterin eingeschult?

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Bei der EconGas. Die kaufen ja schon groß ein und man muss dazu sagen, dass die sicherlich hohes Interesse hätten, dass wir selbst als selbständige Bilanzgruppe in Zukunft bei ihnen weiter einkaufen. Ich kann mir also nicht vorstellen, dass die unsere Gaseinkäuferin falsch schulen würden, außerdem haben wir natürlich auch eine interne Kooperation mit Ried abgesprochen, dass auch die uns weiterschulen, weil

die sind ja schon lange eine eigenständige Bilanzgruppe.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Keine weiteren Fragen? Dann kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Erdgasvertrag? Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung – Bürgerforum Steyr. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist unser Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der erste Antrag bezieht sich auf eine Verpflichtungserklärung, es gab eine Bürgermeisterverfügung, und zwar geht es um das Hochwasserschutzprojekt Steyr.

21) Wa-15/04

Hochwasserschutzprojekt Steyr; Geschiebeentlastung Himmlitzer Au; Verpflichtungserklärung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 24. April 2008, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt:

„Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24. April 2008 wird zur Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes „Himmlitzer Au“ der Verpflichtungserklärung und somit der Übernahme des Interessentenbeitrages von 20 % der Entstehungskosten, das sind voraussichtlich etwa EUR 600.000,--, durch die Stadt Steyr zugestimmt. Der Magistrat wird wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Für die Mittelfreigabe des Interessentenbeitrages wird bei Bedarf ein besonderer Antrag gestellt.“

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt betrifft ebenfalls ein Hochwasserschutzprojekt:

22) Wa-15/04

Hochwasserschutzprojekt Steyr; Enns-Fluss; Aufweitung Innenbogen und teilweiser Inselabtrag; Verpflichtungserklärung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 21. Mai 2008, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt:

„Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Mai 2008 wird zur Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes „Enns-Fluss, Aufweitung Innenbogen und teilweiser Inselabtrag“ der Verpflichtungserklärung und somit der Übernahme des Interessentenbeitrages von 15 % der Entstehungskosten, das sind voraussichtlich etwa EUR 270.000,--, durch die Stadt Steyr zugestimmt. Der Magistrat wird wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

Für die Mittelfreigabe des Interessentenbeitrages wird bei Bedarf ein besonderer Antrag gestellt.“

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich habe nur eine Frage. Wo geht denn
jetzt die Abtragung durch?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der ganze Abtrag? Durch die Insel
durch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aber nicht durch den Wald?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Durch den Wald fahren wir dann weg.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Es wird eine Deponie im Waldbereich
sein, und zwar an einer Stelle, die das
Bistum möchte. Dafür sind natürlich
Wege zu machen, das ist überhaupt
keine Frage.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Von welcher Seite?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die fahren von der Insel, über das kur-
ze Stück Enns wird eine Straße ge-
macht, dann fahren sie über den Mü-
nichholzer Wald und dann wird entlang
des Münichholzer Waldes bis zur Brü-
cke eine Straße gebaut und dort wird
dann abgelagert.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
Roman Eichhübl*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir werden dort rechtzeitig eine Bür-
gerinformation machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wenn das durch den Wald geht; es hat
ursprünglich ja anders geheißen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ursprünglich hat es geheißen mit dem
Schiff, das ist aber technisch nicht
machbar und möglich. Das heißt, die
einzige verträgliche Möglichkeit ist die.
Die andere würde bedeuten, ihr müsst
euch ja überlegen, wir reden da von
ca. 40.000 LKW-Ladungen und die
fahren zum Teil Richtung Münichholzer
Wald und der andere Teil wird in ande-
ren Deponien abgelagert.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Wann soll das passieren, in welchem
Zeitraum?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das geht in einem Zeitraum von unge-
fähr einem halben Jahr und wird natür-
lich bei Niedrigwasserstand, das ist
im Herbst, über den Winter hindurch
gemacht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe zwar jetzt nicht alles mitbe-
kommen, weil ich draußen kurz ge-
schwätzt habe, aber ich habe mich mit
dem Thema Inselabtragungen auf der
Enns beschäftigt und ich glaube, dass
hier schon noch intensive Diskussio-
nen notwendig sind. In dieser Form,
wie das jetzt geplant worden ist, also
ich muss ehrlich sagen, das ist fast
unvorstellbar, dass man im Münichhol-
zer Wald, der das Naherholungsgebiet
von einem Stadtteil von 7.000 Bewoh-
nern ist, und ein sehr beliebtes Gebiet
ist, dass man dort eine Schneise durch
den Wald schlägt und 85.000 m³ von
der abgetragenen Insel durch den

Wald und die Schrebergärten durchführt. Ich glaube, man muss schauen, wie es möglicherweise eine verträglichere Variante geben kann. Die, die jetzt auf dem Tisch liegt, das muss ich ehrlich sagen, ist fast unvorstellbar. Hochwasserschutz bei allem Verständnis, aber es muss natürlich auch das andere Verständnis da sein. Wenn es jetzt auch so aussieht, es geht nicht anders, aber wo ein Wille da auch ein Weg, da muss man wirklich darüber nachdenken, vielleicht gibt es eine moderatere Variante. Ich kenne das Gebiet ja sehr gut, weil ich alle paar Tage dort unterwegs bin, also da muss man schauen, wie man zu einer Lösung kommt. Nur so vorweg jetzt gleich zu sagen, das ist es und das ist das Gelbe vom Ei und nichts anderes gibt es, das ist unvorstellbar, weil ich kenne die Debatte auch nur so, dass es geheißen hat, das mit dem Schiff zu befördern und jetzt auf einmal heißt es, das geht nicht mit dem Schiff, weil es zu teuer kommt und weil es zu lange dauert. Man muss dabei schon alle Interessen berücksichtigen und darüber muss man schon noch einmal ernsthaft diskutieren und alle Möglichkeiten ausschöpfen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich glaube auch, dass es notwendig ist, dass man eine Bürgerinformation macht bevor man so etwas macht und das wird auch mit Sicherheit passieren. Wir werden die betroffenen Bürger informieren, welche Varianten überhaupt zur Diskussion stehen, ob das wirklich nur die eine ist, die sie jetzt vorgeschlagen haben, oder ob es noch eine entlang der Enns gibt, was auch unter Umständen noch geprüft wird. Aber die Variante, die ursprünglich angedacht war, die schaut so aus, dass ein Schiff dort fahren würde, das Schiff bräuchte aber fast 2 Jahre für den Inselabtrag und das ist aus heutiger Sicht nicht machbar, das dauert zu lange, dann

würden wir das Projekt noch einmal um 2 Jahr hinausschieben.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, schieben wir es jetzt hinaus oder machen wir es?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir machen es.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Dass das mit dem Schiff nicht geht, ist ja bekannt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das, was wir heute beschließen, das ist ja nur diese Verpflichtungserklärung, dass wir für diese Kosten in der Höhe von 15 % aufkommen.

Die technische Prüfung wird ja schon gemacht und es gibt mit Sicherheit noch einmal eine entsprechende Bürgerinformation und eine Abstimmung mit der Bauabteilung, welche der Varianten die beste und die günstigere ist. Das ist halt auch ein Meinungsprozess, den man einmal machen muss.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Fangen wir wieder von vorne zu diskutieren an?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das fangen wir nicht an, aber da gibt es noch gar keine Information, du weißt es nämlich auch nicht, wie es aussieht. Oder weißt du schon, wie es aussieht?

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, aber vor 10 Minuten hast du zur Frau Vizebürgermeisterin gesagt, wir machen das schon.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was machen wir schon?

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
Roman Eichhübl*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In welcher Art wir es machen, das wissen wir selber noch nicht genau. Was ich zur Frau Vizebürgermeisterin sage, das soll für die Sitzung keinen Belang haben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Darf ich das Schlusswort halten, oder will sich noch jemand zu Wort melden?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Erstens einmal ist natürlich die Zustimmung des Naturschutzes notwendig, die haben natürlich auch größtes Interesse, dass hier nichts nachhaltig zerstört wird. Dass man aber sehr wohl abschätzen muss wen betrifft es, betrifft es Bewohner, bei deren Fenster direkt mit den LKW's vorbeigefahren wird, oder betrifft es einen Wald. Einen Wald, der durchaus auch bewirtschaftet wird.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, der wird nicht bewirtschaftet, weil er als Erholungswald erklärt ist und wir zahlen als Stadt Steyr einen dementsprechenden Betrag und wir haben vereinbart, dass er nicht wirtschaftlich genutzt werden soll.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Fallen die Bäume um, wenn der Lastwagen vorbeifährt?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Eine Schutzwaldbewirtschaftung ist natürlich auch mit unserem Vertrag notwendig, überhaupt keine Frage, aber das Entscheidende ist, dass wir schauen, so schnell wie möglich zu einer Lösung zu kommen. Dass hier die Bevölkerung natürlich eingebunden wird, ist ganz klar. Dass wir hier, wie bei allen anderen Großbauvorhaben, eine ausreichende Information für die betroffenen Bürger machen, das ist selbstverständlich. Aber ich glaube, dass wir jetzt einmal nichts verzögern, brauchen wir auf jeden Fall einmal die Zustimmung für diesen Interessentenbeitrag. Die Klärung, was endgültig gemacht wird, muss selbstverständlich erst erfolgen.
Das heißt, ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, da geht es wirklich nur um diese Interessentenbeitragsklärung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Beim nächsten Punkt geht es um die Kanalisation im Bereich des zweiten Amtsgebäudes, im Reithofferareal.

23) BauT-8/08
Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2008/1;
Kanalneubau incl. Straßenbau und Beleuchtungsverlegearbeiten
1. MK Reithofferareal, MK Reichenschwall – Neuluststraße - Sarninggasse;
2. NK Daimlerweg.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Juni 2008 wird die **Fa. Gebrüder Haider**, 4451 St.

Ulrich/Steyr, mit der Errichtung der im Betreff angeführten Kanalbaumaßnahmen im Stadtteil Pyrach und Tabor in Höhe von **EUR 1.238.639,60** inkl. MWSt. beauftragt.

Die erforderlichen Mittel sollen wie folgt freigegeben werden:

Betreff – Jahr – VSt. - Mittelfreigabesumme

Kanalbau – 2008 – 5/851000/004000
Kanalbau Ausb. weit. Kanäle – 780.000,--

2009 – 5/851000/004000 Kanalbau
Ausb. weit. Kanäle – 458.639,60

Gesamt: 1.238.639,60 excl. MWSt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Die Planung für die Westspange Steyr wurde ausgeschrieben. Wir haben ein sehr gutes Ergebnis erreicht.

24) BauStr-7/05

Westspange Steyr; Vergabe der Planungsarbeiten;
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. Juni 2008 wird die Ziviltechniker-GmbH Spirk & Partner, Steyr, mit dem Planungsleistungen für den Straßen- und Tiefbau für das Bauvorhaben „Westspange Steyr“

in Höhe von EUR 92.960,40 inkl. MWSt. beauftragt. Die erforderlichen Mittel sind bei VSt. 5/611000/728000 „Landstraßen Entgelte für sonstige Leistungen“ im Jahr 2008 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 93.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Beim letzten Punkt geht es um die Hangsicherung bei der Taborstiege, um die Generalinstandsetzung. Aufgrund des Aufschubes der Kirchengasse können wir das jetzt gleich machen. Es geht um einen Dringlichkeitsbeschluss.

25) BauH-34/00

Taborstiege; Hangsicherung und Generalinstandsetzung – 6. Teil; Vergabe;
Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Juni 2008 wird der Vergabe der Hangsicherung- und Instandsetzungsarbeiten an der Ta-

borstiege im Ausmaß von EUR 214.667,11 an die Fa. Alpine BauGmbH, Filiale Steyr, und der zusätzlichen Mittelfreigabe in Höhe von ca. EUR 5.300,-- für unvorhersehbare Regiearbeiten zugestimmt.

Die Mittelfreigabe im Gesamtausmaß von EUR 220.000,-- erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung“.

Infolge Dringlichkeit wird er Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 220.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich beneide immer den Herrn Mayrhofer, da rührt sich keiner und da redet keiner dagegen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Auch keine, also einstimmige Annahme.

Es sind heute Verhandlungsgegenstände ohne Rechnungsabschluss in der Höhe von EUR 1.720.540,-- beschlossen worden. Kenntnisnahme von Beschlüssen in der Höhe von EUR 53.700,--, in Summe EUR 1.774.240,--.

Ich wünsche allen noch einen schönen erholsamen Urlaub.

ENDE DER SITZUNG: 21.00 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Thomas Schwingshackl eh.

GR Gerald Hackl eh.

Gabriele Obermair eh.

GR DI Christian Altmann eh.